

1. Sitzung

Mittwoch, 5. Oktober 2011, 9:04 Uhr

Inhalt

1. Entschuldigungen von der Haussitzung
2. Beschluss über den Beginn der 4. Session der 14. Gesetzgebungsperiode
3. Genehmigung des stenographischen Protokolls der 8. Sitzung der 3. Session der 14. Gesetzgebungsperiode
4. Einlauf
 - 4.1 Zuweisung von Vorlagen und Berichten der Landesregierung
 - 4.1.1 Vorlage der Landesregierung betreffend die Finanzierung der Planung und Neuerrichtung des Amtsgebäudes Bezirkshauptmannschaft Hallein einschließlich allfälliger Grundstückserwerbe und -übertragungen (Nr 13 der Beilagen)
 - 4.1.2 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Umweltschutz- und Umweltinformationsgesetz geändert wird (Nr 21 der Beilagen)
 - 4.1.3 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz 2001 und das Salzburger Gemeindebeamtengesetz 1968 geändert wird (Nr 22 der Beilagen)
 - 4.1.4 Vorlage der Landesregierung betreffend eine Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG über die Marktüberwachung von Bauprodukten (Nr 23 der Beilagen)
 - 4.1.5 Vorlage der Landesregierung betreffend eine Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG über eine Änderung der Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG über die Einführung der halbtägig kostenlosen und verpflichtenden frühen Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen (Nr 24 der Beilagen)
 - 4.1.6 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Krankenanstaltengesetz 2000 geändert wird (Nr 25 der Beilagen)
 - 4.1.7 Vorlage der Landesregierung betreffend eine Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über eine Weiterführung der stabilitätsorientierten Budgetpolitik (Österreichischer Stabilitätspakt 2011) (Nr 26 der Beilagen)
 - 4.1.8 Bericht der Landesregierung über den Vermögensstand und die Gebarung des Fonds für Kunst am Bau und im öffentlichen Raum (Nr 7 der Beilagen)

- 4.1.9 Bericht der Landesregierung über den Stand der Raumordnung im Land Salzburg (6. Salzburger Raumordnungsbericht 2010)
(Nr 27 der Beilagen)
- 4.1.10 Bericht der Landesregierung über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in den Jahren 2007 – 2009
(Nr 28 der Beilagen)
- 4.1.11 Bericht der Landesregierung über die Gebarung des Salzburger Naturschutzfonds in den Jahren 2008, 2009 und 2010
(Nr 29 der Beilagen)
- 4.1.12 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Schulorganisations-Ausführungsgesetz 1995 geändert wird
(Nr 78 der Beilagen)
- 4.1.13 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Bezügegesetz 1998 geändert wird
(Nr 79 der Beilagen)
- 4.1.14 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz über allgemeine Bestimmungen zur Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie im Land Salzburg (Salzburger Allgemeines Landesdienstleistungsgesetz – S.ALDG)
(Nr 80 der Beilagen)
- 4.2 Anträge
 - 4.2.1 Dringlicher Antrag der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann betreffend die Ablehnung des "Europäischen Stabilitätsmechanismus"
(Nr 81 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Blattl)
 - 4.2.2 Dringlicher Antrag der Abg. Dr. Rössler und Schwaighofer betreffend die Unterstützung der BürgerInnen und Gemeinden durch das Land Salzburg im Genehmigungsverfahren zur 380-kV-Leitung
(Nr 82 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Dr. Rössler)
 - 4.2.3 Antrag der Abg. Mag. Eisl, Steidl und Ing. Mag. Meisl betreffend den Ausbau der Atomkraft in der Republik Tschechien
(Nr 83 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Mag. Eisl)
 - 4.2.4 Antrag der Abg. Ing. Mag. Meisl und Steidl betreffend mehr Transparenz bei den Parteispenden
(Nr 84 der Beilagen – Berichterstatter: Ing. Mag. Meisl)
 - 4.2.5 Antrag der Abg. J. Ebner und Steidl betreffend Energiesparlampen
(Nr 85 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. J. Ebner)
 - 4.2.6 Antrag der Abg. Mag. Hagenauer und Dr. Solarz betreffend die Digitalisierung der Programmkinos
(Nr 86 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Mag. Hagenauer)
 - 4.2.7 Antrag der Abg. Mag. Schmidlechner und Dr. Solarz betreffend die Bewerbungsmöglichkeit höherqualifizierter Bediensteter in niedrigerer Verwendung
(Nr 87 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Schmidlechner)

- 4.2.8 Antrag der Abg. Mag. Rogatsch, Dr. J. Sampl und Dr. Kreibich betreffend Kinderlärm
(Nr 88 der Beilagen – Berichtstatter Abg. Dr. Kreibich)
- 4.2.9 Antrag der Abg. Mag. Rogatsch, Dr. J. Sampl und Dr. Stöckl betreffend die Sprachstandsfeststellung bei vierjährigen Kindern
(Nr 89 der Beilagen – Berichtstatter: Abg. Dr. J. Sampl)
- 4.2.10 Antrag der Abg. Dr. Schöchgl und Neuhofer betreffend eine Neuaufteilung des Speicherszinses nach dem Mineralrohstoffgesetz (MinRoG)
(Nr 90 der Beilagen – Berichtstatter: Abg. Dr. Schöchgl)
- 4.2.11 Antrag der Abg. Mag. Scharfetter, Dr. Schöchgl und Dr. Stöckl betreffend steuerliche Vorteile beim Kauf von Jobtickets
(Nr 91 der Beilagen – Berichtstatter: Abg. Mag. Scharfetter)
- 4.2.12 Antrag der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann betreffend Kinderlärm als schädliche Umwelteinwirkung
(Nr 92 der Beilagen – Berichtstatter: Abg. Wiedermann)
- 4.2.13 Antrag der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann betreffend die Evaluierung des Projektes ELISA
(Nr 93 der Beilagen – Berichtstatter: Abg. Wiedermann)
- 4.2.14 Antrag der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann betreffend die Novellierung der Salzburger Gemeindeordnung hinsichtlich der Nachwahl von Mitgliedern der Gemeindevorsteherung
(Nr 94 der Beilagen – Berichtstatter: Abg. Essl)
- 4.2.15 Antrag der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann betreffend die vollständige Offenlegung der Parteienfinanzierung
(Nr 95 der Beilagen – Berichtstatter: Abg. Wiedermann)
- 4.2.16 Antrag der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann betreffend Perspektiven der zukünftigen Stromversorgung für Österreich
(Nr 96 der Beilagen – Berichtstatter: Abg. Rothenwänder)
- 4.2.17 Antrag der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann betreffend die Kürzung der Parteienförderung im Jahre 2012
(Nr 97 der Beilagen – Berichtstatterin: Abg. Blattl)
- 4.2.18 Antrag der Abg. Dr. Rössler und Schwaighofer betreffend die Einführung einer Widmungsabgabe
(Nr 98 der Beilagen – Berichtstatterin: Abg. Dr. Rössler)
- 4.2.19 Antrag der Abg. Schwaighofer und Dr. Rössler betreffend Wahlkampfkostenbegrenzung
(Nr 99 der Beilagen – Berichtstatter: Abg. Schwaighofer)
- 4.3 schriftliche Anfragen
- 4.3.1 Anfrage der Abg. Dr. Rössler und Schwaighofer an die Salzburger Landesregierung betreffend die behördliche Vorgangsweise im Falle eines Hundebisses
(Nr 1 der Beilagen)

- 4.3.2 Anfrage der Abg. Dr. Rössler und Schwaighofer an die Salzburger Landesregierung betreffend die Umsetzung des Staatsziels Gender Budgeting im Landeshaushalt (Nr 2 der Beilagen)
- 4.3.3 Anfrage der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. Juli 2011 (Nr 3 der Beilagen)
- 4.3.4 Anfrage der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Restitution von Kunstwerken (Nr 4 der Beilagen)
- 4.3.5 Anfrage der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landesrätin Mag. Schmidjell-Esterbauer betreffend Fallzahlenentwicklung in der Mindestsicherung (Nr 5 der Beilagen)
- 4.3.6 Anfrage der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landesrätin Dr. Widmann betreffend Schließzeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen (Nr 6 der Beilagen)
- 4.3.7 Anfrage der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner betreffend die Vermietung bzw Verpachtung von Geschäftsräumlichkeiten (Nr 8 der Beilagen)
- 4.3.8 Anfrage der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Behandlungskosten in den SALK ohne Vorlage einer Versicherungskarte (Nr 9 der Beilagen)
- 4.3.9 Anfrage der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Vergabe von Aufträgen an Generalunternehmer (Nr 10 der Beilagen)
- 4.3.10 Anfrage der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Kosten für die Behandlung von Abhängigen von illegalen Suchtmitteln (Nr 11 der Beilagen)
- 4.3.11 Anfrage der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Übernahme von Lehrlingen in den Landesdienst (Nr 12 der Beilagen)
- 4.3.12 Anfrage der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. August 2011 (Nr 14 der Beilagen)
- 4.3.13 Anfrage der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landeshauptfrau Mag. Burgstaller betreffend die Schließung von Kleinschulen (Nr 15 der Beilagen)

- 4.3.14 Anfrage der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landesrat Eisl betreffend Förderungen von Almweideflächen im Land Salzburg (Nr 16 der Beilagen)
- 4.3.15 Anfrage der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landesrätin Mag. Schmidjell-Esterbauer betreffend die Errichtung eines Pflegezentrums in der Christian-Doppler-Klinik (Nr 17 der Beilagen)
- 4.3.16 Anfrage der Abg. Dr. Rössler und Schwaighofer an die Landesregierung betreffend die im Jahr 2010 gewährten Zuwendungen an die Sport-Dachverbände (Nr 18 der Beilagen)
- 4.3.17 Anfrage der Abg. Dr. Rössler und Schwaighofer an Landesrat Eisl betreffend die Bio-landbau-Ausbildung an Salzburgs Landwirtschaftsschulen (Nr 19 der Beilagen)
- 4.3.18 Anfrage der Abg. Dr. Rössler und Schwaighofer an Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner betreffend die doppelte Geschäftsführung beim Fußballstadion Wals Siezenheim (Nr 20 der Beilagen)
- 4.3.19 Anfrage der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landeshauptfrau Mag. Burgstaller betreffend das Digitalfunknetz "Tetron" (Nr 30 der Beilagen)
- 4.3.20 Anfrage der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landesrat Eisl betreffend ein neues Gehaltssystem im Landesdienst (Nr 31 der Beilagen)
- 4.3.21 Anfrage der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landesrat Eisl betreffend die Aufnahme sogenannter Eignungsmaturanten (Nr 32 der Beilagen)
- 4.3.22 Anfrage der Abg. Dr. Kreibich, Ing. Schwarzenbacher und Ottenbacher an die Landesregierung betreffend die Neuorganisation der Flugrettung in Salzburg (Nr 100 der Beilagen)
- 4.3.23 Anfrage der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung betreffend Mandatswohnungen im Bundesland Salzburg (Nr 101 der Beilagen)
- 4.3.24 Anfrage der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 30. September 2011 (Nr 102 der Beilagen)
- 4.3.25 Anfrage der Abg. Dr. Pallauf und W. Ebner an Landeshauptfrau Mag. Burgstaller betreffend die Einführung eines eigenen Faches "politische Bildung" (Nr 103 der Beilagen)
- 4.3.26 Anfrage der der Abg. Mag. Rogatsch und Dr. Kreibich an Landeshauptfrau Mag Burgstaller betreffend die Umsetzung des Blaulichtfunkes (Nr 104 der Beilagen)

- 4.3.27 Anfrage der Abg. Schwaighofer und Dr. Rössler an Landeshauptfrau Mag. Burgstaller betreffend die Zuteilung von BeratungslehrerInnen (Nr 105 der Beilagen)
- 4.3.28 Anfrage der Abg. Schwaighofer und Dr. Rössler an Landeshauptfrau Mag. Burgstaller betreffend den Masterplan Integration (Nr 106 der Beilagen)
- 4.3.29 Anfrage der der Abg. Schwaighofer und Dr. Rössler an Landeshauptfrau Mag. Burgstaller betreffend die Entwicklung von Planstellen im Pflichtschulbereich (Nr 107 der Beilagen)
- 4.3.30 Anfrage der Abg. Dr. Kreibich und Dr. Stöckl an Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner betreffend eine Überprüfung der ASKÖ (Nr 108 der Beilagen)
- 4.3.31 Anfrage der Abg. Dr. Pallauf und W. Ebner an Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner betreffend die Finanzierung der Veranstaltungsreihe Yellow Lounge Salzburg (Nr 109 der Beilagen)
- 4.3.32 Anfrage der Abg. Kosmata und Steidl an Landesrat Eisl betreffend die Energieberatung Salzburg (Nr 110 der Beilagen)
- 4.3.33 Anfrage der Abg. Zehentner und Mag. Eisl an Landesrat Eisl betreffend das Bienensterben in Salzburg (Nr 111 der Beilagen)
- 4.3.34 Anfrage der Abg. Mag. Hagenauer und Riezler an Landesrätin Dr. Widmann betreffend das Integrationsleitbild und Integrationsprojekte im Bundesland Salzburg (Nr 112 der Beilagen)
- 4.3.35 Anfrage der Abg. Riezler und Dr. Solarz an Landesrätin Dr. Widmann betreffend die Förderkulisse im Bereich der Kinderbetreuung (Nr 113 der Beilagen)
- 4.3.36 Anfrage der Abg. Mag. Rogatsch und Dr. J. Sampl an Landesrätin Mag. Schmidjell-Esterbauer betreffend die Tarifverhandlungen mit Schulärzten und Schulärztinnen (Nr 114 der Beilagen)
- 4.3.37 Anfrage der Abg. Ottenbacher und Dr. Pallauf an Landesrätin Mag. Schmidjell-Esterbauer betreffend Psychosoziale Versorgung – Planung NEU (Nr 115 der Beilagen)
- 4.3.38 Anfrage der Abg. Dr. Rössler und Schwaighofer an die Landesregierung betreffend die im Jahr 2010 gewährten Zuwendungen an die Sport-Dachverbände (Nr 120 der Beilagen)
- 4.4 Berichte des Rechnungshofes, des Landesrechnungshofes und der Volksanwaltschaft
- 4.4.1 Bericht des Rechnungshofes betreffend Flächenfreihaltung für Infrastrukturprojekte, Verleih von Sammlungsgut durch Landesmuseen, Strombeschaffung und Stromvertrieb der Salzburg AG und der TIWAG und den Trinkwasserverband Gasteinertal

- 4.4.2 Bericht des Rechnungshofes betreffend Verträge der geschäftsführenden Leitungsorgane in öffentlichen Unternehmen ("Managerverträge")
- 4.4.3 Bericht des Rechnungshofes betreffend familienbezogene Leistungen des Bundes und ausgewählter Länder
- 4.4.4 Bericht des Salzburger Landesrechnungshofes betreffend Dienstfahrzeuge Teil I – Last- u. Sonderfahrzeuge, September 2011
- 5. Aktuelle Stunde
"Transparenz und Verantwortung im öffentlichen Bereich"
- 6. Mündliche Anfragen (Fragestunde)
 - 6.1 Mündliche Anfrage des Abg. Schwaighofer an Landesrätin Dr. Widmann betreffend familienbezogene Leistungen in Salzburg
 - 6.2 Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Schnell an Landeshauptfrau Mag. Burgstaller betreffend Blockadepolitik in der Landesregierung
 - 6.3 Mündliche Anfrage der Abg. Dr. Rössler an Landesrat Eisl betreffend die Marke SalzburgerLand-Ei
 - 6.4 Mündliche Anfrage des Abg. Wiedermann an Landesrat Eisl betreffend die Nachbesetzung von Dienstposten
- 7. Dringliche Anfragen
- 8. Berichte und Anträge der Ausschüsse
 - 8.1 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Fischereigesetz 2002 geändert wird (Nr 33 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Dr. Kreibich)
 - 8.2 Bericht des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht der Landesregierung über den Nationalpark Hohe Tauern für die Jahre 2008, 2009 und 2010, insbesondere über die Gebarung des Salzburger Nationalparkfonds (Nr 34 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Obermoser)
 - 8.3 Bericht des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht der Landesregierung zum Jahresbericht über den Salzburger Gesundheitsfonds (SAGES) gemäß § 26 SAGES-Gesetz betreffend das Jahr 2010 (Nr 35 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Dr. Schlömicher-Thier)
 - 8.4 Bericht des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Riezler, Dr. Pallauf, Ing. Mag. Meisl und Mag. Rogatsch betreffend ein neues Behindertengesetz (Nr 36 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Riezler)
 - 8.5 Bericht des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschusses zum Antrag der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann betreffend das Modulsystem in der Oberstufe und das Aufsteigen mit zwei/drei Nicht genügend (Nr 37 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Dr. J. Sampl)

- 8.6 Bericht des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschusses zum Antrag der Abg. Dr. J. Sampl und Dr. Stöckl betreffend die schulische Nachmittagsbetreuung für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf
(Nr 38 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Dr. J. Sampl)
- 8.7 Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Energie zum Antrag der Abg. Dr. Rössler und Schwaighofer betreffend ein Landesförderprogramm für Solarstromdächer auf Salzburger Schulen
(Nr 39 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Dr. Rössler)
- 8.8 Bericht des Ausschusses für Raumordnung, Umweltschutz und Verkehr zum Antrag der Abg. Steidl, Dr. Solarz, Mag. Hagenauer und Kosmata betreffend die Schaffung einer S-Bahn Haltestelle im Bereich der Gartenstadt Aigen
(Nr 40 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Steidl)
- 8.9 Bericht des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Ing. Mag. Meisl und Dr. Schlömicher-Thier betreffend die Verrechnung der Kosten für Behandlungen von PatientInnen aus anderen Bundesländern in Salzburger Spitälern
(Nr 41 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Dr. Schlömicher-Thier)
- 8.10 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Mag. Rogatsch und Dr. Kreibich betreffend eine Novellierung des Landessicherheitsgesetzes
(Nr 42 der Beilagen – Berichterstatter: Dr. Kreibich)
- 8.11 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann betreffend die Schaffung eines Bundesgesetzes über die Kostentragung der Suche und Beseitigung von Kriegsrelikten
(Nr 43 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Essl)
- 8.12 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Schwaighofer und Dr. Rössler betreffend die Abschaffung der zusätzlichen Parteienförderung für Bundesräte im Land Salzburg
(Nr 44 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Ing. Mag. Meisl)
- 8.13 Bericht des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht des Landesrechnungshofes betreffend Landesabgabenamt
(Nr 45 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Ing. Mag. Meisl)
- 8.14 Bericht des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht der Volksanwaltschaft an den Salzburger Landtag 2009 – 2010
(Nr 46 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Schmidlechner)
- 8.15 Bericht des Petitionsausschusses zu den Beschlüssen des 1. SchülerInnen-Parlaments vom 27. Jänner 2011 und des 2. SchülerInnen-Parlaments vom 6. Juni 2011
(Nr 47 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. W. Ebner)
- 8.16 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Schulorganisations-Ausführungsgesetz 1995 geändert wird
(Nr 116 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Schmidlechner)

- 8.17 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz über allgemeine Bestimmungen zur Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie im Land Salzburg (Salzburger Allgemeines Landesdienstleistungsgesetz – S.ALDG)
(Nr 117 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Hirschbichler MBA)
- 8.18 Bericht des Ausschusses für Europa, Integration und regionale Außenpolitik zum Dringlichen Antrag der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann betreffend die Ablehnung des "Europäischen Stabilitätsmechanismus"
(Nr 118 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)
- 8.19 Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Energie zum Dringlichen Antrag der Abg. Dr. Rössler und Schwaighofer betreffend die Unterstützung der BürgerInnen und Gemeinden durch das Land Salzburg im Genehmigungsverfahren zur 380-kV-Leitung
(Nr 119 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Ebner)
9. Beantwortung schriftlicher Anfragen
- 9.1 Anfrage der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 30. Juni 2011
(Nr 48 der Beilagen)
- 9.2 Anfrage der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. Juli 2011
(Nr 49 der Beilagen)
- 9.3 Anfrage der Abg. Dr. Rössler und Schwaighofer an die Salzburger Landesregierung betreffend die Umsetzung des Staatsziels Gender Budgeting im Landeshaushalt
(Nr 50 der Beilagen)
- 9.4 Anfrage der Abg. Dr. Rössler und Schwaighofer an die Salzburger Landesregierung betreffend die behördliche Vorgangsweise im Falle eines Hundebisses
(Nr 51 der Beilagen)
- 9.5 Anfrage der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung betreffend Mobbing und andere Diskriminierungen in der Landesverwaltung
(Nr 52 der Beilagen)
- 9.6 Anfrage der Abg. Dr. Rössler und Schwaighofer an Landeshauptfrau Mag. Burgstaller betreffend EU-Vertragsverletzungsverfahren
(Nr 53 der Beilagen)
- 9.7 Anfrage der Abg. Dr. Schöchgl und Dr. Kreibich an Landeshauptfrau Mag. Burgstaller betreffend Vorsitz Landeshauptmann-Konferenz
(Nr 54 der Beilagen)
- 9.8 Anfrage der Abg. Dr. Rössler und Schwaighofer an Landeshauptfrau Mag. Burgstaller betreffend die Neuanschaffung von Dienstwägen
(Nr 55 der Beilagen)
- 9.9 Anfrage der Abg. Dr. Rössler und Schwaighofer an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haslauer betreffend die Verkehrslösung beim geplanten Salzachkraftwerk Gries
(Nr 56 der Beilagen)

- 9.10 Anfrage der Abg. Mag. Eisl und Kosmata an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haslauer betreffend den Ausbau S-Bahn Nord-Ost-Ast (S-Bahn zwischen Salzburger Hauptbahnhof und Straßwalchen)
(Nr 57 der Beilagen)
- 9.11 Anfrage der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haslauer - betreffend die Restitution von Kunstwerken
(Nr 58 der Beilagen)
- 9.12 Anfrage der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haslauer - betreffend den Schutz der Gasteiner Thermalquellen
(Nr 59 der Beilagen)
- 9.13 Anfrage der Abg. Dr. Stöckl und W. Ebner an Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner betreffend die Sportförderung im Land Salzburg
(Nr 60 der Beilagen)
- 9.14 Anfrage der Abg. Dr. Schöchgl und Dr. Pallauf an Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner betreffend den Kunstpavillon „White Noise“
(Nr 61 der Beilagen)
- 9.15 Anfrage der Abg. Schwaighofer und Dr. Rössler an Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner betreffend Kunst und Bau
(Nr 62 der Beilagen)
- 9.16 Anfrage der Abg. Ök.-Rat Illmer, Dr. Kreibich und Dr. Stöckl an die Landesregierung - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner - betreffend die gesetzlichen und administrativen Rahmenbedingungen zur thermischen Sanierung und zur Herstellung eines barrierefreien Zugangs zu den landeseigenen Gebäuden im Geltungsbereich des Altstadterhaltungsgesetzes und des Denkmalschutzgesetzes
(Nr 63 der Beilagen)
- 9.17 Anfrage der Abg. Mag. Eisl und Dr. Solarz an Landesrat Eisl betreffend die Kontrolle von landwirtschaftlichen, tierhaltenden Betrieben in Salzburg
(Nr 64 der Beilagen)
- 9.18 Anfrage der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landesrat Eisl betreffend das Bienensterben im Bundesland Salzburg
(Nr 65 der Beilagen)
- 9.19 Anfrage der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Eisl - betreffend den Schutz der Gasteiner Thermalquellen
(Nr 66 der Beilagen)
- 9.20 Anfrage der Abg. J. Ebner und Ing. Mag. Meisl an Landesrat Eisl betreffend die Förderung des ländlichen Verkehrsnetzes
(Nr 67 der Beilagen)
- 9.21 Anfrage der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Eisl - betreffend Mobbing und andere Diskriminierungen in der Landesverwaltung
(Nr 68 der Beilagen)

- 9.22 Anfrage der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Eisl - betreffend die Situation in den Jugendämtern
(Nr 69 der Beilagen)
- 9.23 Anfrage der Abg. Ök.-Rat Illmer, Dr. Kreibich und Dr. Stöckl an die Landesregierung - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Dr. Widmann - betreffend die gesetzlichen und administrativen Rahmenbedingungen zur thermischen Sanierung und zur Herstellung eines barrierefreien Zugangs zu den landeseigenen Gebäuden im Geltungsbereich des Altstadterhaltungsgesetzes und des Denkmalschutzgesetzes
(Nr 70 der Beilagen)
- 9.24 Anfrage der Abg. Pfatschbacher und Riezler an Landesrätin Dr. Widmann betreffend die Kinderbetreuung im Bundesland Salzburg
(Nr 71 der Beilagen)
- 9.25 Anfrage der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landesrätin Dr. Widmann betreffend Schließzeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen
(Nr 72 der Beilagen)
- 9.26 Anfrage der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landesrätin Dr. Widmann betreffend die Unterstützung von START und des Österreichischen Integrationsfonds
(Nr 73 der Beilagen)
- 9.27 Anfrage der Abg. Ottenbacher und Dr. Pallauf an Landesrätin Mag. Schmidjell-Esterbauer betreffend die Kampagne "Mehr Lebensqualität für Senioren in Salzburg"
(Nr 74 der Beilagen)
- 9.28 Anfrage der Abg. Mag. Rogatsch und Ottenbacher an die Landesregierung - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Mag. Schmidjell-Esterbauer - betreffend eine beabsichtigte Zentralisierung bei der Pflegeausbildung
(Nr 75 der Beilagen)
- 9.29 Anfrage der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Mag. Schmidjell-Esterbauer - betreffend die Situation in den Jugendämtern
(Nr 76 der Beilagen)
- 9.30 Anfrage der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landesrätin Mag. Schmidjell-Esterbauer betreffend Fallzahlenentwicklung in der Mindestsicherung
(Nr 77 der Beilagen)

- . - . - . - . - . -

(Beginn der Sitzung: 9:04 Uhr)

Präsident Ök.-Rat Illmer: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus!

Ich begrüße Sie zur ersten Sitzung der 4. Session der 14. Gesetzgebungsperiode.

Ganz herzlich begrüßen darf ich den CSU Ortsverband Maisach aus dem Kreis Fürstenfeldbruck in Bayern. (Allgemeiner Beifall)

Auch zu uns gekommen ist die 7. Klasse des Akademischen Gymnasiums mit Herrn Prof. Dr. Johannes Straubinger. Ich darf Sie herzlich begrüßen. (Allgemeiner Beifall)

Bevor ich in die Tagesordnung eingehe, möchte ich mich nochmals sehr herzlich für die große Teilnahme an der Trauerkundgebung und am Begräbnis vom verstorbenen Herrn Landtagspräsidenten aD Ing. Georg Griessner bedanken.

Ich ersuche Sie, sich kurz von den Sitzen zum Gedenken zu erheben!

Ich bedanke mich.

Die Tagesordnung für die Trauerkundgebung und den Nachruf werde ich diesem Protokoll anschließen lassen.

Weiters weise ich darauf hin, dass Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, heute die soeben aus der Hausdruckerei gebrachte Broschüre Nummer 17 der Serie "Salzburger Landtag" in der Schriftenreihe des Landespressebüros vorliegt. Es handelt sich um die Dokumentation der Festlichen Sondersitzung vom 6. April 2011 aus Anlass des 150-Jahr-Jubiläums des sogenannten Februarpatents unter dem Motto "Der Landtag auf dem Weg in die Zukunft". Neben den Reden, die bei dieser Sitzung gehalten wurden, sind weiters Beiträge von Dr. Richard Voithofer, Dr. Hubert Schopf vom Salzburger Landesarchiv und von Landtagsdirektor Hofrat Dr. Karl Edtstadler enthalten.

Damit haben wir die Serie zu diesem Jubiläum – Symposium der Landtagspräsidenten am 3. und 4. Februar 2011, Herausgabe des Buches über diese Tagung in der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Festliche Sondersitzung vom 6. April 2011 und das Buch "Politische Eliten von 1861 bis 1918" abgeschlossen.

Ich möchte mich herzlich bedanken für die Gestaltung und Produktion dieser Dokumentationen, die sozusagen den Festakt der 150-Jahr-Gedenkfeiern im Landtag in Salzburg abschließen.

Meine Damen und Herren! Die vorliegende Tagesordnung ist Ihnen zeitgerecht mit der Ergänzung zugegangen. In der Präsidialkonferenz wurde vereinbart, die Sitzung um ca 12:30 Uhr zu unterbrechen und um 14:00 Uhr mit den Ausschussberatungen zu beginnen.

Ich komme zum

Punkt 1: Entschuldigungen von der Haussitzung

Für heute entschuldigt sind Frau Landeshauptfrau Mag. Burstaller ab 12:00 Uhr, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haslauer ganztägig. Es gibt die österreichische Verkehrsreferententagung in Wien. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner von 10:00 Uhr bis 12:30 Uhr, Herr Landesrat Sepp Eisl ab 12:00 Uhr, Frau Landesrätin Mag. Schmidjell-Esterbauer ganztägig. Heute ist die Sozialreferententagung die österreichweite. Abgeordnete Mag. Eisl nachmittags, Ing. Schwarzenbacher von 9:00 Uhr bis 11:00 Uhr, Abgeordnete Ottenbacher ganztägig und die Bundesrätin und Bundesräte Mag. Neuwirth, Gruber, Saller und Wenger ganztägig, weil heute in Wien Bundestag ist.

Ich rufe auf

Punkt 2: Beschluss über den Beginn der 4. Session der 14. Gesetzgebungsperiode

Bevor wir in der Tagesordnung weiterfahren, müssen wir gemäß unserer Geschäftsordnung einen Beschluss über den Beginn der 4. Session der 14. Gesetzgebungsperiode fassen. Gibt es Zustimmung zum Beginn der Gesetzgebungsperiode? Bitte ein Zeichen mit der Hand. Danke. Keine Gegenstimmen. Damit ist der einstimmige Beschluss über den Beginn der 4. Session gefallen.

Ich rufe nun

Punkt 3: Genehmigung des stenographischen Protokolls der 8. Sitzung der 3. Session der 14. Gesetzgebungsperiode

auf. Meine Damen und Herren! Das Protokoll der 8. Sitzung der 3. Session der 14. Gesetzgebungsperiode ist allen Landtagsparteien zeitgerecht zugegangen. Einwände dagegen sind in der Landtagsdirektion nicht eingelangt. Wer mit der Genehmigung einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenstimmen. Somit ist das Protokoll einstimmig genehmigt. Danke.

Ich rufe nun

Punkt 4: Einlauf

auf.

4.1 Zuweisung von Vorlagen und Berichten der Landesregierung

4.1.1 **Vorlage** der Landesregierung betreffend die Finanzierung der Planung und Neuerichtung des Amtsgebäudes Bezirkshauptmannschaft Hallein einschließlich allfälliger Grundstückserwerbe und –übertragungen - Nr 13 der Beilagen

4.1.2 **Vorlage** der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Umweltschutz- und Umweltinformationsgesetz geändert wird - Nr 21 der Beilagen

4.1.3 **Vorlage** der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz 2001 und das Salzburger Gemeindebeamtenengesetz 1968 geändert wird - Nr 22 der Beilagen

4.1.4 **Vorlage** der Landesregierung betreffend eine Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG über die Marktüberwachung von Bauprodukten -Nr 23 der Beilagen

4.1.5 **Vorlage** der Landesregierung betreffend eine Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG über eine Änderung der Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG über die Einführung der halbtägig kostenlosen und verpflichtenden frühen Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen - Nr 24 der Beilagen

4.1.6 **Vorlage** der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Krankenanstaltengesetz 2000 geändert wird - Nr 25 der Beilagen

4.1.7 **Vorlage** der Landesregierung betreffend eine Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über eine Weiterführung der stabilitätsorientierten Budgetpolitik (Österreichischer Stabilitätspakt 2011) - Nr 26 der Beilagen

(4.1.8 **Bericht** der Landesregierung über den Vermögensstand und die Gebarung des Fonds für Kunst am Bau und im öffentlichen Raum - Nr 7 der Beilagen - **KEINE ZUWEISUNG**)

4.1.9 **Bericht** der Landesregierung über den Stand der Raumordnung im Land Salzburg (6. Salzburger Raumordnungsbericht 2010) - Nr 27 der Beilagen

4.1.10 **Bericht** der Landesregierung über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in den Jahren 2007 – 2009 - Nr 28 der Beilagen

4.1.11 **Bericht** der Landesregierung über die Gebarung des Salzburger Naturschutzfonds in den Jahren 2008, 2009 und 2010 - Nr 29 der Beilagen

4.1.12 **Vorlage** der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Schu-
lorganisations-Ausführungsgesetz 1995 geändert wird - Nr 78 der Beilagen

4.1.13 **Vorlage** der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Bezü-
gegesetz 1998 geändert wird - Nr 79 der Beilagen

4.1.14 **Vorlage** der Landesregierung betreffend ein Gesetz über allgemeine Bestimmungen zur Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie im Land Salzburg (Salzburger Allgemeines Landesdienstleistungsgesetz – S.ALDG) - Nr 80 der Beilagen

Im Einlauf befinden sich 10 Vorlagen der Landesregierung und 3 Berichte der Landesregierung. Da für den Bericht Kunst am Bau und im öffentlichen Raum kein Regierungsbeschluss vorliegt, kann dieser nicht zugewiesen werden. Ich gehe davon aus, dass auf eine Verlesung verzichtet wird. Wer mit der Zuweisung an die zuständigen Ausschüsse einverstanden ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Ich sehe einstimmige Zuweisung. Damit sind die im Einlauf befindlichen Geschäftsstücke zugewiesen.

4.2 Anträge

Im Einlauf befindet sich ein

4.2.1 Dringlicher Antrag der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wieder- mann betreffend die Ablehnung des "Europäischen Stabilitätsmechanismus" – Nr 81 der Beilagen

Ich ersuche die Schriftführerin Abgeordnete Dr. Solarz um Verlesung des Antrages der FPÖ.
Bitte um Verlesung.

Abg. Dr. Solarz (verliest den dringlichen Antrag):

Präsident Ök.-Rat Illmer: Danke. Zur Begründung der Dringlichkeit hat der Antragsteller
und jede Landtagspartei jeweils fünf Minuten. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Klubob-
mann Schnell. Bitte ans Rednerpult!

Abg. Dr. Schnell: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kol-
legen! Hohe Regierung! Frau Landeshauptfrau! Meine sehr verehrten Damen und Herren in
den Zuhörerbanken!

Wenn Sie heute auf die Regierungsbank schauen und dort sehen, dass nicht einmal die
Hälfte der Regierung anwesend ist, so ist bei uns nicht eine Krankheit ausgebrochen, das ist
ein Dauerzustand bei uns. Das nur zur Erklärung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor einigen Monaten haben wir im Hohen Haus als
Freiheitliche einen Antrag gestellt, dass wir keine Zahlungen nach Griechenland leisten. Da-
mals haben zwar einige der Abgeordneten genickt, aber trotzdem hat die Mehrheit zuge-
stimmt.

Wenn einige ein kurzes Gedächtnis haben, mögen sie im Redeprotokoll nachlesen. Ich habe
damals genau das vorausgesagt, was heute eingetroffen ist. Nämlich dass wir uns bald wie-
der treffen werden und die nächsten Rettungsaktionen beschließen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es kommt aber noch viel schlimmer. Das, was jetzt
geplant ist im Europäischen Stabilitätsmechanismus ist der Rückschritt dieser Europäischen
Union in eine Diktatur. Und zwar in eine Finanz- und Wirtschaftsdiktatur. Denn dann, wenn
das letztendlich durchgepeitscht wird, hat die Bevölkerung, haben die einzelnen National-
staaten nichts mehr zu sagen. Bis dato war es schon so, dass die Bevölkerung nicht gefragt
wurde, dass alles in diesem EU-Bürokratismus durchgepeitscht wurde. Ich kann mich erin-
nern, als wir mit dem Landtag und mit der Regierung zweimal Brüssel einen Besuch abge-
stattet haben und uns dort immer erklärt wurde in einem Satz "Die EU muss vertieft und er-
weitert werden, vertieft und erweitert werden!". Heute wissen wir warum. Man wollte alles

durchpeitschen, damit die Banken und die Wirtschaft ein gutes Leben führen, sich die Taschen füllen und die Bevölkerung hat jetzt zu zahlen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von ÖVP, SPÖ und den Grünen! Das ist die letzte Chance für Sie, diesem Weg eine klare Absage zu erteilen, diesen Weg nicht einzuschlagen, zu schauen, dass dieses Europa frei bleibt, wo ein kleiner Klüngel bestimmt über die Köpfe der Bevölkerung hinweg, was geschehen wird und unserer Jugend damit die Zukunft raubt, indem wir unsere Kassen leeren und die Zukunft der jungen Menschen damit feststellt, dass kein Geld mehr da sein wird. Ich kann mich genau erinnern, wie uns die Experten und die Politiker immer erklärt haben, wie toll das alles ist. Ich kann mich auch noch erinnern, als wir vor dem EU-Beitritt gewarnt haben, dass so verschiedene Volkswirtschaften nicht unter einen Hut gebracht werden können. Die Freiheitlichen waren die Dummköpfe, waren die Hinterbänkler, die nichts verstehen. Zugegebenermaßen: Wie soll auch ein Arzt etwas von Wirtschaft und von Finanzen verstehen. Das mag schon möglich sein. Aber ein bisschen einen Hausverstand habe ich mir als Doktor noch erhalten und ich kann Dinge klar erkennen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich erinnere mich auch noch, als die Kronenzeitung getitelt hat beim EU-Beitritt "Der Schilling bleibt". Hätten wir ihn nur behalten, dann wären wir wie die Schweiz in einer Supersituation mit dem Franken. Die haben erklärt immer, die roten und schwarzen Politiker haben uns erklärt "Der Franken, die Schweiz wird wirtschaftlich untergehen, nachdem sie nicht bestehen kann allein im europäischen Raum." Die Schweizer haben das sehr klug gemacht. Alles, was gut war in der Europäischen Union haben sie mit bilateralen Verträgen mitbeschlossen. Aber sie haben genau gewusst, warum sie sich nicht beteiligen an diesem Desaster, meine sehr geehrten Damen und Herren. Es ist Ihre Verantwortung! Ich habe immer auch Ihnen zugebilligt, dass auch die Schulden im Land nicht unbedingt alle hausgemacht sind, dass wir sehr viel von außen aufgebürdet bekamen. Vor allem auch von unserem großen Vorbild Amerika, wo die ganzen Politiker der Nationalstaaten auf dem Bauch liegen. Dafür bekommen sie jetzt die Schelte von Herrn Obama, dass Europa Schuld ist an allem. Wenn wir uns gut erinnern daran, war es die Immobilienkrise, die uns als erstes in dieses Desaster gerissen hat.

Herr Präsident! Ich bin schon am Ende. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch wenn Sie uns immer für unsere Meinung verteufelt haben, als dumm hingestellt haben: Jetzt ist es soweit, dass selbst die Experten und selbst Politiker unsere Befürchtungen jeden Tag bestätigen, wenn man den Fernseher aufdreht und die ratlosen Augen sieht und man nicht mehr weiß, was man uns noch vorlügen soll. Es ist die letzte Chance: Bitte, bitte vergessen Sie unsere Jugend, die Zukunft unserer Jugend nicht! Verscherbeln Sie nicht unser Geld, das wir sauer erspart haben, unser Steuergeld. Ich bitte Sie, stimmen Sie unserem Antrag zu! Danke. (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

Präsident Ök.-Rat Illmer: Als nächste zu Wort gemeldet die Frau Abgeordnete Hirschbichler bitte!

Abg. Hirschbichler: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist schon schwierig, angesichts von so viel Polemik auf die sachliche Ebene wieder zurückzufinden, aber ich will es versuchen. Es ist nämlich schon ein wenig dürrftig, liebe FPÖ, wenn ihr hier einen Antrag einbringt, der eigentlich, wenn man ihn recht durchliest, nicht mehr bedeutet als ein nein. Und es ist auch ein bisschen einfältig, wenn man glaubt, ...

(Zwischenruf Abg. Dr. Schnell: Wir sind alle dumm!)

...dass man diese Probleme auf nationalstaatlicher Ebene lösen kann. Und was anderes soll dieser Antrag denn bedeuten, als diesen sogenannten EU-Rettungsschirm wieder abzuspannen und dass wir uns von ihm verabschieden. Denn das was er ist, ist ja eigentlich nur eine Notmaßnahme, die das Schwierigste und das Ärgste verhindern soll. Viel eher, Kollege Schnell, sollte man sich schon die Frage stellen, wie sind wir denn in diese Krise geraten? Wie kommen wir denn dahin? Man sollte Ursachenforschung betreiben. Denn wenn ich es mir recht überlege und du hast es ja auch schon angesprochen, dann begann es mit der Hypothekenkrise, die wiederum ist in eine Kreditkrise übergegangen, die wiederum ist in eine Bankenkrise übergegangen und die wiederum hat die Nationalstaaten aller Länder dazu genötigt, hier ihre Rettungsschirme und ihre Konjunkturpakete und ihre Bankenrettungspakete zu schnüren. Und jetzt, jetzt Kolleginnen und Kollegen, das muss man sich ja auf der Zunge zergehen lassen, jetzt ist plötzlich eine Staatsschuldenkrise daraus geworden! Eine Staatsschuldenkrise, die eigentlich nichts anderes sagt, als ihr Steuerzahler, die ihr mit allen euren Steuergeldern die Banken aus dieser Krise herausgerettet habt, ihr dürft jetzt noch einmal zahlen. Ihr dürft jetzt noch einmal zahlen, nämlich denen, die das Geld verborgen, das dazu geholfen hat, dass die Banken gerettet wurden.

Es ist schon ein bisschen pervers. Und das Allerärgste daran ist, dass wir jetzt noch auf diese Währungen spekulieren können. Ja: Jetzt wird ja auf diese Währungen auch noch spekuliert! Und da glaube ich, da ist die Krisenfrage zu stellen und die Ursachenforschung zu betreiben. Denn begonnen hat das alles ja, wie wir alle wissen und wie wir hier herinnen ja auch schon sehr oft diskutiert haben, mit der grenzenlosen Deregulierung, mit der weltweiten Deregulierung. Dadurch ist es ja erst zu einer Schieflage zwischen Einkommen und Vermögen gekommen. Und daher stammt ja auch das Geld, das nicht in die Realwirtschaft gesteckt wurde, sondern das einfach auf den Märkten verzockt werden konnte. Das ist das Problem! Und jetzt kommt ihr her und sagt "abspannen".

Das Problem ist, jetzt muss erst wirklich der Euro stark gemacht werden, denn du hast Amerika angesprochen. Aber warum ist denn der Dollar so stark, obwohl Kalifornien pleite ist? Obwohl Kalifornien pleite ist. Ja, weil die gesamte amerikanische Volkswirtschaft hinter dieser Währung steht. Und warum schwächelt der Euro und warum ist er ständigen Angriffen der Finanzmärkte ausgesetzt? Weil der Euro so stark ist wie das schwächste Glied in der Kette. Und ist das schwächste Glied weg, ...

(Zwischenruf Abg. Dr. Schnell: Warum ist der Franken so stark?)

... dann gibt es ein anderes, schwächeres Land. Das hat man ja heute in der Früh schon gesehen: Die Rating-Agenturen haben ja Italien schon wieder runtergestuft. ...

(Zwischenruf Abg. Dr. Schnell: Warum ist der Franken so stark?)

...Das Diktat der Rating-Agenturen, Kollege Schnell! ...

(Zwischenruf Abg. Dr. Schnell: Ja, warum ist der Franken so stark, Frau Kollegin?)

...Und wir sollten uns schon die Frage stellen, warum, wenn elf Jahre lang, elf Jahre lang die Zinsen für die Staaten im Euroraum annähernd gleich waren, warum es dann plötzlich von heute auf morgen, innerhalb von 18 Monaten eine Zinsentwicklung von 4,7 % auf 17 % gibt. Auf 17 %! Das ist die Ursache! Deshalb stecken wir in der Krise und deshalb heißt das für uns Zusammenhalten, Zusammenstehen. Denn nicht die Griechen sind die Bösen. Und es ist schon klar, in Griechenland ist schon einiges schiefgegangen. Aber so faul sind die Griechen auch nicht, dass sie die ganze Weltwirtschaft in Geiselschaft nehmen können.

Ja. Also wenn man bedenkt, dass zwei Prozent der Wirtschaftsleistung vom Euroraum, nicht einmal von Europa, die griechische Wirtschaft ausmacht, dann muss man sich fragen, wie gibt es denn das. Wie gibt es denn das, dass die Börsenkurse ständig fallen und dass die Armen und diese bösen Griechen die ganze Weltwirtschaft in den Abgrund stürzen. Das ist schon sehr spannend.

Und Kollege Schnell! Ich kann es mir einfach nicht verkneifen, auch wenn ich jetzt deine Einwände mit orange und blau und hellgrün usw schon höre. Aber es gibt auch ein schönes innerösterreichisches Beispiel ...

(Zwischenruf Abg. Dr. Schnell: Das sind die Freiheitlichen!)

...für Solidarität in Österreich. Da muss man sich fragen, warum ist denn Kärnten noch nicht in der Pleite, warum denn? ...

(Zwischenruf Abg. Dr. Schnell: Super!)

...Warum denn? Weil die Republik Österreich mit ihrem solidarischen Beitrag aller Steuerzahler – man konnte es gestern in den Salzburger Nachrichten nachlesen. Das sind nicht nur vier Milliarden, das werden noch viel mehr. Das ist viel mehr, als für die Griechen zur Verfügung gestellt wird - weil die Republik Österreich das Land Kärnten nicht pleite gehen lässt. Nicht lassen wollte und das auch nicht tut. Weil wir alle mit unseren Steuergeldern dafür aufkommen. Das ist der Punkt. Und ich habe dir da für dich als kleine Bettlektüre oder für den Freiheitlichen Klub ein Buch mitgebracht (Tatort Hypo Alpe Adria). Da geht es nämlich nicht um irgendeine Misswirtschaft. Da geht es um kriminelle Energie. Und da sind wir schon noch weit davon entfernt.

Also: wir brauchen einen starken Euro. Wir brauchen einen starken Euro. Wir brauchen die Solidarität im Euro-Raum. Wir brauchen vor allen Dingen und das hast du richtig angesprochen, ein soziales Europa, ein Europa, das nicht von der Finanzwirtschaft diktiert wird, sondern ein Europa, das auf seine Menschen schaut. Und dafür steht die SPÖ. Und ja, wir stimmen dem Antrag zu. Wir wollen darüber diskutieren. Aber nicht, weil wir den Rettungsschirm abspannen wollen, sondern wir wollen uns anhören, welche Lösungsansätze ihr für Europa bereithaltet. Danke. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten und Abg. Scharfetter)

Präsident Ök.-Rat Illmer: Als nächster zu Wort gemeldet Abgeordneter Schwaighofer bitte!

Abg. Schwaighofer: Sehr geehrte Besucherinnen und Besucher! Werte Kolleginnen und Kollegen! Werte Mitglieder der Landesregierung!

Ich gehe ganz kurz auf den Text des Antrages ein und dann vielleicht noch ein paar grundsätzliche Bemerkungen. Der Landtag soll heute beschließen auf Antrag der FPÖ, dass der Landtag die Einführung des "Europäischen Stabilitätsmechanismus" ablehnt. Das halte ich für eine absolut gefährliche Zielrichtung, weil es darum gehen muss, dass wir Stabilität schaffen. Über die Methoden und die Wege kann man diskutieren und da soll man diskutieren. Da gibt es vieles, was nicht so gelaufen ist, wie auch wir Grünen es uns gewünscht hätten. Da gibt es viel Verbesserungspotential. Aber die Ablehnung heißt ja nichts anderes wie ich spekuliere mit der europafeindlichen Stimmung und sage, wir sind jetzt einmal gegen alles. Egal was dabei zugrunde geht. Und das halte ich für einen falschen Weg. Punkt eins.

Punkt zwei: Dann soll der Salzburger Landtag die Bundesregierung auffordern, alle notwendigen Maßnahmen zur Ergreifung sicherzustellen, dass jede grundlegende Änderung der EU-Verfassung einer Volksabstimmung in Österreich unterzogen wird. Ja, bis daher ja. Aber jetzt kommt der Punkt, wo man sagen muss nein, weil es einfach sachlich nicht stimmt. Das gilt insbesondere für die Einführung des Europäischen Stabilitätsmechanismus. Und diese Einführung des Europäischen Stabilitätsmechanismus ist keine grundlegende Veränderung der EU-Verfassung, dass sie sagen, jede oder eine größere Zahl zumindest von Europarechtlern, die sagen nein das ist es nicht. Sondern das ist eine Rettungsmaßnahme von einzelnen Staaten, die akkordiert ist und jetzt, daher glaube ich auch hier sollte man, wenn man wirklich Interesse hat, langfristiges Interesse hat, dass Europa sich gut entwickelt und die Missstände und die Fehlentwicklungen allmählich in den Griff bekommt, dann sollte man hier nicht zustimmen sondern sich anschauen was passiert und welche Maßnahmen sind notwendig.

Ich gebe euch absolut Recht, dass es ein Skandal ist eigentlich, dass man die Banken nicht in den Griff bekommt. Dass in einem Raum, in dem Zinsen von drei, vier Prozent, zwei Prozent, drei Prozent ausreichend wären, horrenden Zinsen von Ländern verlangt werden, die ohnedies große Probleme haben, ihre Wirtschaft entsprechend in Schwung zu bringen, in Schwung zu halten oder umzustrukturieren. Da ist die Europäische Union gefordert, da sind wir weltweit gefordert, hier endlich Regulierungen einzuführen. Das ist ein Versagen. Ohne Zweifel. Und was ist eine mögliche Methode. Ich glaube, dass wir dorthin kommen müssen, dass nicht mehr einzelne Regierungschefs wie Sarkozy und Merkel aus ihrem sehr nationalen Interesse heraus und dem ihrer Banken dort diese Maßnahmen schnüren, sondern dass das Europäische Parlament und die Kommission hier endlich gestärkt werden, die einen anderen Blickwinkel, glaube ich, auf diese Dinge haben. Das ist der eine Punkt.

Kurz noch zu Griechenland ein paar Anmerkungen. Wir haben natürlich ein Problem, dass in Griechenland die Wirtschaft in einer schlechten Struktur, einer absolut schlechten Struktur mittlerweile ist. Großteils Tourismus als wichtigste Einnahmequelle, ein überbordendes Militärbudget, vier Prozent, doppelt so hoch wie in Deutschland, fünfmal so hoch wie in Österreich. Und im Gegenzug im Land der Sonne und am Meer 80 Prozent Energieimporte, Öl und ähnliches mehr. Das heißt dieses Land braucht eine gewaltige Umstrukturierung. Aber die kann man nicht schaffen, wenn man es aushungert, wenn man kein Wachstum, wenn man keinen Transfer, keine Veränderung, keine Entwicklung ermöglicht.

Daher ist es auch für uns und für die gesamte Europäische Union gut, wenn wir und das wird und da bleibt nichts anderes übrig, wenn wir Geduld haben mit den Griechen – ich sage es einmal so, weil es wird nicht leistbar sein, in einem Jahr oder in zwei Jahren von zehn Prozent Neuverschuldung auf sechs Prozent oder auf fünf Prozent herunterzukommen. Schau-

en wir nur, wie schwer wir uns tun im Land Salzburg, von 100 Millionen Neuverschuldung auf 70 oder 60 Millionen im Jahr zu kommen. Das braucht Zeit. Aber es muss ein ordentlicher Reformplan erstellt werden. Der würde für mich auch heißen, Griechenland dorthin zu bringen, dass man radikal zum Beispiel, ich nehme nur ein Beispiel heraus, radikal im Bereich des Militärs reduziert und auf der anderen Seite einen konsequenten Umbau in Richtung erneuerbare Energie vornimmt. Das spart sehr viel Geld, sehr viel Geld, das man für Exporte zahlen muss und das kann die griechische Wirtschaft auch beleben. Aber das geht nicht, indem man sagt, wir zahlen nichts mehr, wir koppeln uns ab. Sondern das braucht eben auch den notwendigen Weitblick dafür.

Daher bin ich sehr dafür, dass wir das diskutieren. Aber inhaltlich kann ich mich mit dem Antrag nicht anfreunden. Danke. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Präsident Ök.-Rat Illmer: Danke. Als nächster zu Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Scharfetter bitte.

Abg. Mag. Scharfetter: Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Landesregierung! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Liebe Schüler eines wirtschaftskundlichen Gymnasiums! Sehr geehrte Damen und Herren aus Bayern! Schön, wenn wir ein EU-Thema unter internationaler Beteiligung im Salzburger Landtag diskutieren. Herzlich willkommen!

Die Präambel, die verlesen wurde, hat ja in sich schon einiges ausgesagt. Lieber Karl Schnell! Was du durchaus auch mit Polemik aber rhetorisch gut vorgetragen hast, zeigt uns eines: Wir wissen jetzt, wogegen die Freiheitliche Partei auftritt. Aber die Frage ist offen geblieben, welche Alternativen und wofür beziehungsweise wie wir mit dieser Krise umgehen. Und das ist schon ein ernstes Thema. Du hast völlig recht. Die Lage hat sich verschärft. Die Situation in Griechenland ist nicht ermutigend. Und was dazukommt, ist ein bisschen untergegangen in den letzten Wochen oder in den letzten Tagen. Alle seriösen großen Wirtschaftsforschungsinstitute in Europa einschließlich Österreich haben ihre Prognosen für das nächste Jahr deutlich nach unten revidiert. Das heißt die Schuldenkrise kommt in der Realwirtschaft an und es kommt zusammen Konsolidierungsbedarf, Schuldenkrise und vieles mehr.

Aber zum eigentlichen Thema, was die Ursache, die Problematik und die Notwendigkeit des Rettungsschirms betrifft. Frau Kollegin Hirschbichler! Du hast gesagt, schauen wir uns einmal an, was zu Beginn oder was auslösend war für diese Krise. Ich glaube auslösend war auch, dass es Staaten in Europa gibt, die deutlich mehr Geld ausgeben als sie einnehmen, sich horrend verschulden und damit in die maximale Abhängigkeit von Finanzmärkten begeben. Und die Finanzmärkte beurteilen die Bonität eines Schuldners und danach werden die

Zinsaufschläge berechnet. Und da sind wir genau bei dem Punkt, da sind wir genau dort, Cyriak du hast recht, es ist eigentlich unverständlich, die Zinsaufschläge gehen massiv auseinander. Da sind wir genau bei dem Punkt, dem Rettungsschirm. Dies war in den Salzburger Nachrichten bei Gerhard Schwischi heute gut nachzulesen. So sehr dies auf Unverständnis stößt, so ist das Vorgehen derzeit alternativlos. Weil das sehr salopp und sehr schnell gesagt werden kann, Griechenland in die Pleite zu schicken. Nur zum Ende gedacht heißt das, dass die Gläubiger von Portugal, von Spanien, von Italien, von Irland, von Belgien und anderer Länder davon ausgehen müssen, dass es einen Dominoeffekt gibt, dass möglicherweise die Staatspleite etwas ist, was auch anderen Ländern droht. Und das wird genau dazu führen, dass diese Länder, wenn überhaupt, dann nur mehr mit extrem hohen Aufschlägen finanziert werden und das wird genau dazu führen, dass wir in eine europaweite Rezession gelangen.

Daher und das ist das, was ich kritisieren würde an diesem Antrag, es fehlt die Alternative. Was wir brauchen ist so etwas wie eine Firewall, dass die Griechenland-Krise nicht auf andere Länder übergreift. Und was die Frage der Volksabstimmung betrifft, darf ich heute auch die Salzburger Nachrichten empfehlen, ist ja ein rechtliches Thema, wo, finde ich, sehr plausibel geschildert wurde, dass das zwar als EU-Thema wahrgenommen wird, aber in Wirklichkeit ist es ein Commitment der Euroländer über ihre nationalen Budgets diesen Haftungsrahmen zu spannen. Ich glaube, das ist rechtlich auch sehr gut begründet.

Aber der eigentliche Punkt ist aus meiner Sicht: Natürlich sind wir auch der Meinung, natürlich sind wir auch der Meinung, dass ein solcher Haftungsschirm, eine solche Unterstützung nicht ohne wenn und aber passieren darf. Daher die Schritte Unterstützung, das klare Einfordern von Reformen, das Kontrollieren dieser Reformen und auch einen Sanktionsmechanismus, wenn diese Reformen nicht Platz greifen. Dieser Zusammenhang ist aus meiner Sicht zu sehen.

Und das Dritte, was ich gerne hinzufügen würde, ich verstehe es eigentlich nicht, dass wir uns in Europa Gott sei Dank einig sind, dass wir diesen Haftungsrahmen brauchen, dass wir die Ansteckungsgefahr, die von Griechenland ausgeht, verhindern müssen.

Noch ein Zwischensatz: Wir haben, Karl Schnell, du wirst dich erinnern, die letzte Dringliche zum Thema Griechenland, auch darüber gesprochen, was passieren würde, wenn Griechenland eine Schuldenschnitt macht, Pleite geht. Die Banken würden zusammenbrechen. Wenn Griechenland aus dem Euro ausscheidet, würden alle Griechen ihre Bankguthaben noch in Euro beheben, würde im Übrigen wenig ändern, weil die Schulden in Euro verrechnet sind. Ein Zusammenbruch der Griechischen Banken heißt massive Auswirkungen auf Osteuropa, genau auf jene Länder, wo unsere Banken massiv engagiert sind. Das heißt wir müssen zur

Kenntnis nehmen, wir sind keine Insel der Seligen. Und wer heute sagt eine Rückkehr zum Schilling ist eine Option. Karl Schnell, entschuldige, aber das war wirklich eine Vorlage. Bitte unterhalte dich einmal mit Vertretern in der Schweiz, mit Wirtschaftsvertretern, die stöhnen aber so was von massiv unter der Hartwährungspolitik, die müssen jetzt ihren Sanktionsmechanismus, die müssen jetzt den Franken an den Euro koppeln. Das WIFO hat einmal gerechnet 40 Milliarden Euro wären unsere Exportausfälle, würden wir in den Schilling zurückkehren.

Und Herr Präsident, noch eine Sekunde. Eines, wenn es auch sehr grundsätzlich klingt. Ich möchte nicht, ich möchte nicht im Interesse unserer Kinder, dass wir in Europa zu einem Europa des Nationalismus zurückkehren und wehret den Anfängen. Wehret den Anfängen. Und ich glaube, wir sollten nicht nur die Frage diskutieren, auch wenn es sehr grundsätzlich klingt, was kostet uns der Euro Rettungsschirm, sondern was ist uns Europa wert.

Ich beobachte, dass eine junge Generation heranwächst, die dieses Europa viel stärker lebt als wir es noch getan haben. Und diesen Prozess sollten wir nicht umkehren. Daher werden wir der Dringlichkeit zustimmen, heute am Nachmittag hoffentlich noch entsprechend darüber diskutieren können. Es gibt keine Alternative zu dieser vorgeschlagenen Vorgangsweise. Danke. (Beifall der ÖVP-Abgeordneten)

Präsident Ök.-Rat Illmer: Nochmals zu Wort gemeldet der Herr Klubobmann Schnell bitte!

Abg. Dr. Schnell: Ja, liebe Einheitspartei ÖVP, SPÖ, Grüne!

Ihr braucht ja sowieso keine Angst haben, dass da jetzt irgendetwas passiert, weil die Freiheitlichen eine andere Meinung haben. Es wird ja eh nicht berichtet. Weil wir haben da oder ihr habt vor allem das Glück einer manipulierten Berichterstattung in Salzburg, wo alles, wenn es von den Freiheitlichen kommt, nicht berichtet wird. Kommt es von einer anderen Partei, zwei Tage später, wird groß für diese Partei berichtet. Ich werde heute noch ein paar Beispiele bringen. Auch der letzte Antrag der Freiheitlichen wurde nicht berichtet, damit ja die Bevölkerung nicht erfährt, dass es eine Partei gibt, die eine andere Meinung hat. Und die demokratische Einstellung der SPÖ haben wir von der Frau Kollegin Hirschbichler erfahren. Wenn jemand eine andere Meinung hat, ist er dumm. Wenn ich schon so dumm bin ...

(Zwischenruf Abg. Hirschbichler: Habe ich nicht gesagt, Kollege Schnell!)

... brauchen Sie mir kein Buch geben, weil dann bin ich eh zu blöd zum Lesen. Nicht. Aber Herr Cyriak Schwaighofer als Kollege, ich schätze dich sehr, aber Cyriak, wenn wir alle unrecht haben, das Volk hat immer recht. Warum seid ihr zu feig, diese Dinge der Bevölkerung

zu überantworten und eine Volksabstimmung darüber zu machen, ob wir das tun sollen oder nicht. Und zur Frage, wie wir das machen, Herr Kollege Scharfetter, es gibt genug Beispiele. Ich habe die Schweiz erwähnt. Wir haben damals schon gewarnt vor den Entwicklungen. Wir haben damals den Weg schon aufgezeichnet, der gescheiter gewesen wäre.

Frau Kollegin Hirschbichler! Auf meinen Zwischenruf haben Sie uns erklärt, dass der Dollar so stark ist. Ui, da sind Sie aber glaube ich fehlinformiert. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Stärke des Franken ist auf einmal sowieso das Verderben der Schweiz, selbstverständlich. Die werden voll untergehen. Also das ist schon unglaublich, was man uns hier weismachen will. Und Frau Kollegin Hirschbichler! Weil Sie die Kriminalität, die kriminelle Energie angesprochen und in unsere Richtung gedeutet haben. Kärnten geht mich nichts an. Gell. Und da war ich der Erste, der dieses System ...

(Zwischenruf Abg. Steidl: Du warst der Privatpilot vom Kärntner Häuptling!)

... da war ich der, der dieses System mehr kritisiert hat als damals die SPÖ als Opposition. Aber reden wir ...

(Zwischenruf Abg. Hirschbichler: Da hat es auch keine Volksabstimmung gegeben!)

... darf ich weiterreden? Reden wir von Salzburg, der größte Skandal, Wirtschaftsskandal nach Lucona war Atomic! Da habt ihr nichts getan! Da war es auch nur der Karl Schnell, der sich gewehrt hat, dass man einem Menschen, einem Pionier wie Alois Rohrmoser den Betrieb gestohlen hat, politisch gestohlen hat unterm Hintern, der dann mit gebrochenem Herz gestorben ist. Wo war da die SPÖ? Wo war da die Wirtschaftspartei ÖVP? Niemand war da! (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

Der größte Wohnbauskandal, den es jemals in Österreich gegeben hat, WEB. Ja, wer war denn da beteiligt? Vielleicht die Freiheitlichen? Nein! ÖVP, SPÖ! Euer damaliger Politiker Radlegger, der sich jetzt groß aufspielt als Besserwisser, hat damals gehen müssen beim WEB-Skandal ...

(Zwischenruf Landeshauptfrau Mag. Burgstaller: Er ist freiwillig gegangen!)

... Ah, freiwillig gegangen. Ja, okay, so kann man es auch nennen. Ist auch gut so. Aber bitte nicht mit Steinen werfen, wenn Sie im Glashaus sitzen! Über die kriminelle Energie, da müsst ihr einmal bei euch zu Hause vor der Türe kehren, da müsst ihr, ich erinnere gerne an Lucona, Noricum-Skandal und, und, und ...

(Zwischenruf Abg. Hirschbichler: BUWOG!)

... wenn das Gedächtnis so kurz ist, dass man sich nicht mehr erinnern kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ganz einfach die Lösung. Entweder fragen wir das Volk. Denn eines muss euch klar sein. Wenn diese Entscheidungen durchgepeitscht werden und es haben Faymann und alle immer versprochen, dass wir das Volk informieren werden, dass wir die Bevölkerung fragen werden. Jetzt bitte wird alles im Hinterzimmer, mit Telefonaktionen. Mit schnell einberufenen Sitzungen entscheiden dann drei, vier Leute offensichtlich in Europa, was passiert. Und genau das wollen wir nicht im Sinne eines demokratischen Vorgehens, damit die Bevölkerung noch etwas zu sagen hat, damit die Einzelnen und ihr seid ja auch immer eingetreten für den Föderalismus, auch in den Ländern noch etwas zu sagen haben. Warum mussten wir denn über die erste Tranche hier im Landtag abstimmen? Das war sehr wohl notwendig, bitte. Also ist es nicht so, dass wir nicht sagen können als Salzburger "Meine lieben Freunde, da spielen wir nicht mit." Ich habe mir immer gedacht, die Erweiterung um die Oststaaten in der Europäischen Union ist viel zu schnell gegangen. Heute bin ich froh zu sehen, dass es in Ungarn einen Ministerpräsident Orban gibt, der sagt "Ich schütze meine Häuslbauer. Ich will nicht, ich will nicht, dass die draufzahlen!"

Heute müssen wir froh sein, dass es die Slowakei gibt und sagt "Moment einmal, da spielen wir vielleicht nicht mit". Das muss man jetzt einmal ehrlich sagen. Da sind ja offensichtlich diese Länder schon viel, viel weiter in der demokratischen Entwicklung wie wir! ...

(Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner: Demokratisch!)

... und das, und das ...

(Zwischenruf Abg. Steidl: Pressefreiheit und das unterstützt du!)

... und das werfe, und das werfe ich euch vor, ...

(Zwischenruf Abg. Steidl: Jemand, der die Pressefreiheit abschafft, nennst du als Beispiel!)

... dass ihr als Politiker nicht unsere Bevölkerung in Schutz nehmt, sondern dass ihr willfährig für diese Europäische Union alles und die Zukunft unserer Jugend verspielt! (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

(Zwischenruf Abg. Steidl: Aber weit hast du es gebracht!)

Präsident Ök.-Rat Illmer: Danke, zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keine Wortmeldungen mehr. Wir kommen damit zur Abstimmung. Wer mit der Zuerkennung der Dringlichkeit des Antrages der FPÖ einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen. Danke. Somit ist die Dringlichkeit des Gegenstandes einstimmig zuerkannt.

Im Einlauf befindet sich ein

4.2.2 Dringlicher Antrag der Abg. Dr. Rössler und Schwaighofer betreffend die Unterstützung der BürgerInnen und Gemeinden durch das Land Salzburg im Genehmigungsverfahren zur 380-kV-Leitung – Nr 82 der Beilagen

Ich ersuche die Schriftführerin Abgeordnete Ebner um Verlesung des Antrages der Grünen.

Abg. W. Ebner (verliest den Dringlichen Antrag):

Präsident Ök.-Rat Illmer: Danke. Zu Wort gemeldet hat sich die Antragstellerin Abgeordnete Rössler! Fünf Minuten Redezeit, bitte!

Abg. Dr. Rössler: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung! Hohes Haus! Geschätzte Besucherinnen und Besucher!

Es geht jetzt in der Frage, wie denn die Entscheidung um die 380-kV-Leitung wirklich aussehen wird, es geht jetzt in die entscheidende Phase in Richtung Genehmigungsverfahren. Leider, das wissen wir, hat sich die Regelung im Landesgesetz mit den Mindestabständen und mit dem Gebot einer Teilverkabelung bei Unterschreitung dieser Mindestabstände, das hat sich so wie das das Land hier beschlossen hat, nicht erfüllt. Wir wissen, es wird jetzt nach einer Bundesmaterie, nach einem Bundesgesetz entschieden. Aber wie sieht denn jetzt die Lösung der Landesregierung aus?

Und leider muss ich feststellen, dass Sie seit den letzten Monaten, eigentlich nachdem das Landesgesetz beschlossen wurde, mehr oder weniger auf Tauchstation gegangen sind, zwar Einzelinitiativen gesetzt haben, aber heute müssen wir erkennen, dass überhaupt keine Chance auf ein Kabel da ist, dass Sie das auch offen zugeben und dass das sicher keine Option, überhaupt keine akzeptable Lösung für die betroffenen Menschen und auch nicht für die vielen Gemeinden im Land Salzburg sein kann.

Letztlich sieht es doch so aus, dass der Verbund seine Pläne ungeschoren umsetzen kann und dass die Landesregierung sich nicht öffentlich dagegenstellt, dass sie es nicht wagen, den Verbund wirklich in die Pflicht zu nehmen und zu sagen, dieses Projekt, dieses unwürdi-

ge Projekt für das Land Salzburg werden wir nicht zulassen. Unter unserer Landesregierung werden wir das nicht zulassen. Warum hören wir das nicht? Die Initiativen stehen auf der Straße und fordern ein, macht eine bessere Lösung, macht zumindest ein Gespräch über eine Teilverkabelung. Macht Teilabschnitte unter der Erde. Aber von der Landesregierung hört man leider in diesem Fall überhaupt nichts.

Wir haben Ihnen in der Opposition mehrere Hölzerl geworfen. Auch in diesem Jahr. Im Mai 2011 noch einmal, nachdem das Schweizer Gericht entschieden hat die Teilverkabelung, noch einmal ein Antrag. Machen wir doch ein Projekt für Salzburg. Initiiert die Landesregierung doch ein Projekt für die Teilverkabelung. Nein. Wurde leider von den beiden Regierungsparteien abgelehnt, abgeschwächt, verwässert, weil man es nicht wagt, dem Verbund wirklich entgegen zu treten. Dann sagt doch halt einmal die Landeshauptfrau bitte der Verbund braucht nicht glauben, dass er hier auf einfache Weise zu einer Genehmigung kommt. Wir wollen das nicht im Land. Die Gemeinden wollen das nicht. Die Menschen wollen das nicht. Das ist eine unzumutbare ...

(Zwischenruf Landesrat Blachfellner: Es gibt ein Gesetz im Bundesland Salzburg Frau Abgeordnete!)

... Es gibt ein Gesetz ...

(Zwischenruf Abg. Schwaighofer: Walter, bleib locker!)

... natürlich ...

(Zwischenruf Landesrat Blachfellner: Das ist ja unwahrscheinlich!)

... natürlich gibt es ein Gesetz ...

(Zwischenruf Landesrat Blachfellner: Das ist ja unwahrscheinlich. Du schreist dazwischen und wenn ich rede tust du so!)

... ganz genau, Herr Landesrat, das nehme ich gerne auf. Sie bekommen die Antwort. Herr Landesrat. Lassen Sie mich antworten!

(Zwischenruf Landesrat Blachfellner: Es gibt ein Gesetz, das müssen wir einhalten.)

... genau, es gibt das Gesetz ...

Präsident Ök.-Rat Illmer (unterbricht): Bitte keine Zwischenrufe. Lassen Sie die Abgeordnete Rössler sprechen, bitte!

Abg. Dr. Rössler (setzt fort): Lassen Sie mich genau auf dieses Argument, Herr Landesrat ...

(Zwischenruf Landesrat Blachfellner: Unwahrscheinlich, unwahrscheinlich. Gesetze, auf die ihr angelobt worden seid!)

... ich schätze Ihren Einwand und ich schätze Ihre Emotion so sehr. Gerade weil wir ein Gesetz haben. Es gibt zum Beispiel ein Naturschutzgesetz. Es gibt ein Naturschutzgesetz im Land Salzburg, Herr Landesrat, das ist genau die Antwort für Sie! Bei einem Windrad, bei einem Windrad im Flachgau hat man dieses Gesetz so genau angewandt, so genau, dass es bis heute nicht genehmigt ist. Bitte wenden Sie doch die bestehenden Gesetze nur halb so genau für die große Verbundleitung von Eugendorf bis Fusch an, wenden Sie die doch nur halb so genau an und dann möchte ich sehen, ob ein Windrad anders bewertet wird als viele, viele hohe Masten und Freileitung über die Häuser, Gemeinden, Köpfe der betroffenen Menschen. Lasst sie doch bitte Käfer zählen! (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

Lasst sie Käfer zählen von Eugendorf bis Fusch und Heuschrecken und Frösche. Das, was man bei anderen Projekten auch anwendet, warum wird der Verbund da bevorzugt? Wenn man das Gesetz ernst nimmt und wenn man die Mindestabstände und die Intention des LEG – der Landtag hat hier einstimmig beschlossen wir wollen Mindestabstände oder Kabel. Wenn man das ernst nimmt, dann lässt sich das in einem Gesetz natürlich, natürlich auch so anwenden. Und nichts anderes fordere ich. Wenden wir die Gesetze an, für alle bitte gleich!

Daher unser Antrag: Bitte es gehört jetzt die einstimmige Unterstützung des Landtages und bitte auch der Landesregierung, dass wir an den Mindestabständen und an der Verkabelung festhalten und das heißt für das kommende Verfahren unbedingt massive breite Unterstützung in rechtlicher Hinsicht, in der Expertise vom Naturschutz bis zur Gesundheit und entsprechende Kostenunterstützung, damit die Gemeinden und die Menschen eine Chance haben, in diesem UVP-Verfahren zu bestehen. (Beifall Abg. Schwaighofer und der FPÖ-Abgeordneten)

Präsident Ök.-Rat Illmer: Als nächstes zu Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Essl bitte!

Abg. Essl: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Zuhörer!

Vorerst einmal herzliche Gratulation zur Wahl zur Landessprecherin der Grünen, Frau Rössler! Auf eine gute Zusammenarbeit von Seiten der Freiheitlichen Partei, Sie wissen, wir arbeiten ja fachlich sehr gut zusammen.

Wir werden die Dringlichkeit und den Inhalt dieses Antrages natürlich mittragen. Ich gehöre diesem Haus ja als einer der großen Kritiker dieser 380-kV-Leitung an. Und jeder weiß, auch die ÖVP und die SPÖ, wenn ich dagegen bin, dann argumentiere ich auch so und begründe es, wieso ich dagegen bin. Glauben Sie mir eins: Diese 380-kV-Leitung, ob Designermasten oder nicht, ist ein uraltes Projekt, ist schon längst überholt. Alle haben sich bereit erklärt zu sagen "Raus aus der Atomenergie hin zu erneuerbarer Energie". Wissen Sie, was für Strom erzeugt wird mit den Windrädern? Gleichstrom! Alle sagen, ja, wir müssen auch so Nischentechnologien wie die Photovoltaik salonfähig machen. Wissen Sie, was da erzeugt wird? Gleichstrom. Und wenn ich hier eine Spannung habe zwischen den zwei Fingern, ist von diesem elektrischen Teilchen, das da drinnen ist, mit dieser Methode, die wir jetzt haben, dann ist nach 8.000 Kilometer durch die Leitung von diesem Teilchen nichts mehr da. Habe ich dieses gleiche Teilchen als Gleichstrom, habe ich dann nach 8.000 Kilometer noch 98 Prozent der Energie ...

(Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner: Da brauchst du auch eine Leitung!)

... Und, glauben Sie mir eines. Gott sei Dank wird das alles da zu Protokoll gegeben. In 20 Jahren wird dieses europäische, transeuropäische Energienetz bei der Langzeitübertragung von Strom aus Gleichstrom bestehen. Und wir haben einen Nebeneffekt, der so groß ist, den man gar nicht berechnen kann. Nämlich Gleichstrom hat keinen Elektromog. Es ist nämlich ein guter Strom. Und wenn Sie mir nicht glauben als kleiner Fahrzeugtechniker, fragen Sie doch bitte den Hannes Ebner, der hat sein ganzes Leben mit Strom zu tun. Das funktioniert und ist kostengünstiger. Wir haben wenig Verluste im Bereich des Widerstandes, das heißt, der Strom, der erzeugt wird, kommt wirklich zu den regionalen Netzen mit 98 Prozent. Und so fordere ich immer die neueste Technologie. Und deshalb werden wir einen Zusatzantrag einbringen ...

(Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner: Da brauchst du auch Netze dazu!)

... ja, ja, Netze. Nur Gleichstrom kann man in ein Kabel legen, überhaupt kein Problem. Wir haben bereits hunderte Kilometer, tausende Kilometer Kabel in Gleichstrom. Überhaupt kein

Problem. Lesen Sie nach! Wir werden einen Antrag einbringen, einen Zusatzantrag, wo wir Freiheitliche das fordern, was Sie hier beschlossen haben, nämlich dass im Bundesrecht der Standard, den Salzburg im LEG Paragraph 54a beschlossen hat, eingeführt wird. Das ist unser Zusatzantrag. Ich hoffe, dass diesmal die Wirtschaftsvertreter der ÖVP, gewisse Gewerkschafter von der SPÖ bei der Abstimmung anwesend sind, und nicht, wie beim letzten Mal, als sie geschwänzt haben. Danke! (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

Präsident Ök.-Rat Illmer: Danke. Ich erteile das nächste Wort Herrn Abgeordneten Steidl bitte!

Abg. Steidl: Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Kollege Essl!

Schwänzen tun wir in der roten Fraktion grundsätzlich nicht. Das haben wir nicht einmal in der Schule gemacht! ...

(Zwischenruf Abg. Essl: Hört, hört!)

... Aber meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine politische Hygiene zwingt mich auch, zum vorherigen Punkt noch einen Satz hinzuzufügen. Wer, lieber Kollege Schnell, ...

(Zwischenruf Abg. Dr. Schnell: Nein, nein. Zum Thema! Zur Dringlichkeit!)

... wer ein politisches System, lieber Kollege Schnell, wer ein politisches System und seinen Führer als Beispiel hinstellt, einer, der gerade dabei ist, die demokratischen Strukturen und die Freiheit abzuschaffen, nämlich die Pressefreiheit zu begrenzen ...

(Zwischenruf Abg. Dr. Schnell: Herr Präsident! Zur Geschäftsordnung! Nein, nein. Zurück zum Thema, zur Dringlichkeit!)

... der disqualifiziert sich politisch selbst. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten) ...

(Zwischenruf Abg. Dr. Schnell: Zur Geschäftsordnung!)

Präsident Ök.-Rat Illmer (unterbricht): Zur Sache sprechen bitte!

Abg. Steidl (setzt fort): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Mit dem vorliegenden dringlichen Antrag wird einmal mehr unterstrichen, dass sich alle Fraktionen in diesem Hohen Haus immer wieder aufs Neue, immer wieder aufs Neue überlegen, wie wir gemeinsam subjektive und auch die objektive Belastung der betroffenen Menschen entlang der 380-kV-Leitung so gering wie möglich halten und letztendlich für Mensch und Natur verträglich gestalten können. Dieses Bemühen, meine sehr geehrten Damen und Herren, gilt sowohl für die Opposition in diesem Haus, deren Engagement und Einsatz ich als ehrliches Bemühen ohne oppositionelle Polemik, Haken und Ösen wahrnehme und ich auch mit Wertschätzung respektiere. Und dieses ehrliche Bemühen, meine sehr geehrten Damen und Herren, für eine gute, verträgliche und zukunftstaugliche Lösung nehmen natürlich auch selbstverständlich alle Akteure beider Regierungsparteien in Anspruch und ich darf in Erinnerung bringen, liebe Kollegin Rössler, ich darf in Erinnerung bringen: Seit dieses Projekt des Verbundes in Auftrag der Republik auf der politischen Tagesordnung hier in Salzburg steht, war es diese Landesregierung, die mit verschiedenen Instrumenten auf mehreren Ebenen und in Ausschöpfung unserer demokratischen Strukturen und auch der Rechtsstaatlichkeit immer wieder aufs Neue Anstrengungen unternommen hat.

Und ich darf in Erinnerung rufen, an der Spitze oder am Beginn stand die KEMA-Studie. Wir hatten den EU-Koordinator hier in Salzburg und gestützt auf seine Erkenntnisse haben wir hier einen einstimmigen Gesetzesbeschluss, nämlich das Landeselektrizitätsgesetz beschlossen. Wir haben hier im Hohen Hause auch uns einstimmig gegen das Wettbewerbsbeschleunigungsgesetz des Bundesministers Mitterlehner ausgesprochen, alle Parteien unisono und die Einsetzung der Expertengruppe zur Optimierung der Trassenführung möchte ich auch erwähnen. Und schließlich haben wir Klage seitens des Landes beim österreichischen Höchstgericht zur Einhaltung des Landeselektrizitätsgesetzes geführt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eines bleibt uns nicht erspart. Wir werden zwei Fragen politisch neu stellen und auch beantworten müssen. Erstens was akzeptiert die Gesellschaft, was akzeptiert die Gesellschaft als zumutbare Belastung des einzelnen Bürgers zum Wohl und zum Vorteil der Allgemeinheit bei infrastrukturellen Einrichtungen, sowohl bei elektrischen Leitungen, bei Verkehrswegen oder anderen infrastrukturellen Dienstleistungen. Wie hoch meine sehr geehrten Damen und Herren, wie hoch darf der Preis für die Allgemeinheit zum Schutz des Einzelnen sein? Auch diese Frage ist zu beantworten. Und zweitens akzeptieren wir weiterhin widerspruchslos das neoliberale Diktat, dass unser geltendes Aktienrecht die umfassenden Interessen von Wirtschaftsorganisationen besser schützen als die Anliegen der Menschen, wenn es um den Schutz, wenn es um die Erwerbsarbeit geht, wenn es um den Schutz der eigenen Gesundheit, der Lebensqualität und der Natur geht.

Das Aktienrecht, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat die Arbeitnehmerinteressen, wir haben es hautnah gespürt bei der Halleiner Papierfabrik, ausgehebelt und die Politik bis hin zum Bundeskanzler erfolgreich in Schach gehalten. Das Aktienrecht - ich bin schon am Schluss, Herr Präsident - das Aktienrecht hält auch die Eigentümervertreter der Republik in Schach, wenn es um die Umsetzung der 380-kV-Leitung geht oder ist es nur ein bequemes Verstecken von Ministern, wenn sie sagen und meinen, wir können keinen Einfluss nehmen, wir können Bürgerinteressen nicht schützen, das Aktienrecht lässt das nicht zu. Darauf gestützt stimmen wir der Dringlichkeit dieses Antrages zu und wir können uns noch näher und einmal mehr diesem Thema im Ausschuss widmen und vielleicht kommen wir zu einer konstruktiven Lösung im Interesse aller Beteiligten. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Präsident Ök.-Rat Illmer: Danke. Jetzt Herr Kollege Schnell zur Geschäftsordnung.

Abg. Dr. Schnell: Herr Präsident! Zur Geschäftsordnung! Ich bin und trete ein für ein lebendiges Parlament. Auch Zwischenrufe sind gestattet. Es kann aber nicht so sein, dass der Herr Steidl sich eine neue Geschäftsordnung schreibt. Er hat zur Sache zu reden und es kann nicht sein, dass er ein anderes Thema hier vorbringt, nur weil er der Meinung ist, dass das, was der Karl Schnell gesagt hat, nicht passt. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie auch als Präsident dem Rechnung tragen und eine Verwarnung aussprechen.

Präsident Ök.-Rat Illmer: Herr Klubobmann! Ich habe zwischendurch den Herrn Abgeordneten aufgefordert, zur Sprache zu sprechen. Und damit ist der Geschäftsordnung Genüge getan. Ich rufe den nächsten Redner auf, Abgeordneter Obermoser bitte!

Abg. Obermoser: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohe Regierung! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Besucher! Geschätzte Nachbarn aus Bayern!

Ich mache es kurz: Im Namen der ÖVP stimmen wir dem dringlichen Antrag der Grünen Fraktion zu. Und ich darf dies ein bisschen untermauern. Erstens ist für mich wichtig, dass die Leitung ...

(Zwischenruf Abg. Schwaighofer: Ihr stimmt dem Antrag zu.)

... - Der Dringlichkeit des Grünen Antrages stimmen wir zu, so war es gemeint - unverzichtbar für den Wirtschaftsraum Salzburg ist und dass diese gebaut werden muss.

Das Zweite: Diese Leitung muss im Interesse der Bürger und hier im Besonderen der Anrainer mit allen rechtlichen Schritten verfolgt werden. Das Dritte für mich wichtige, wir müssen den Verbund, ich möchte es so nennen, zurechtweisen. Es gehört sich nicht, wenn man über

die Bevölkerung drüber fährt, beziehungsweise vor vollendete Tatsachen stellt. Und das Vierte, wie es der Herr Landesrat schon ausgeführt hat, es muss ein Projekt vorgelegt werden. Dieses muss eingereicht werden und im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung gehe ich davon aus, dass unser Landesrat Walter Blachfellner sämtliche rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen wird im Sinne der Salzburger Bevölkerung.

Ich mache es kurz: Wir stimmen eurem Antrag zu. (Beifall der ÖVP-Abgeordneten)

Präsident Ök.-Rat Illmer: Danke. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Daher komme ich zur Abstimmung. Wer mit der Zuerkennung der Dringlichkeit des Antrages einverstanden ist, bitte ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke. Somit ist die Dringlichkeit einstimmig zuerkannt.

Im Einlauf befinden sich 17 Anträge. Wer mit der Zuweisung an die zuständigen Ausschüsse einverstanden ist, den bitte ich, ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke. Damit sind die Anträge zugewiesen.

4.2.3 **Antrag** der Abg. Mag. Eisl, Steidl und Ing. Mag. Meisl betreffend den Ausbau der Atomkraft in der Republik Tschechien - Nr 83 der Beilagen

4.2.4 **Antrag** der Abg. Ing. Mag. Meisl und Steidl betreffend mehr Transparenz bei den Parteispenden - Nr 84 der Beilagen

4.2.5 **Antrag** der Abg. J. Ebner und Steidl betreffend Energiesparlampen - Nr 85 der Beilagen

4.2.6 **Antrag** der Abg. Mag. Hagenauer und Dr. Solarz betreffend die Digitalisierung der Programmkinos - Nr 86 der Beilagen

4.2.7 **Antrag** der Abg. Mag. Schmidlechner und Dr. Solarz betreffend die Bewerbungsmöglichkeit höherqualifizierter Bediensteter in niedrigerer Verwendung - Nr 87 der Beilagen

4.2.8 **Antrag** der Abg. Mag. Rogatsch, Dr. J. Sampl und Dr. Kreibich betreffend Kinderlärm - Nr 88 der Beilagen

4.2.9 **Antrag** der Abg. Mag. Rogatsch, Dr. J. Sampl und Dr. Stöckl betreffend die Sprachstandsfeststellung bei vierjährigen Kindern - Nr 89 der Beilagen

4.2.10 **Antrag** der Abg. Dr. Schöchler und Neuhofer betreffend eine Neuaufteilung des Speichers nach dem Mineralrohstoffgesetz (MinRoG) - Nr 90 der Beilagen

4.2.11 **Antrag** der Abg. Mag. Scharfetter, Dr. Schöchler und Dr. Stöckl betreffend steuerliche Vorteile beim Kauf von Jobtickets - Nr 91 der Beilagen

4.2.12 **Antrag** der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann betreffend Kinderlärm als schädliche Umwelteinwirkung - Nr 92 der Beilagen

4.2.13 **Antrag** der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann betreffend die Evaluierung des Projektes ELISA - Nr 93 der Beilagen

4.2.14 **Antrag** der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann betreffend die Novellierung der Salzburger Gemeindeordnung hinsichtlich der Nachwahl von Mitgliedern der Gemeindevorstellung - Nr 94 der Beilagen

4.2.15 **Antrag** der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann betreffend die vollständige Offenlegung der Parteienfinanzierung - Nr 95 der Beilagen

4.2.16 **Antrag** der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann betreffend Perspektiven der zukünftigen Stromversorgung für Österreich - Nr 96 der Beilagen

4.2.17 **Antrag** der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann betreffend die Kürzung der Parteienförderung im Jahre 2012 - Nr 97 der Beilagen

4.2.18 **Antrag** der Abg. Dr. Rössler und Schwaighofer betreffend die Einführung einer Widmungsabgabe - Nr 98 der Beilagen

4.2.19 **Antrag** der Abg. Schwaighofer und Dr. Rössler betreffend Wahlkampfkostenbegrenzung - Nr 99 der Beilagen

4.3 schriftliche Anfragen

Weiters weise ich darauf hin, dass 38 schriftliche Anfragen eingegangen sind.

4.3.1 **Anfrage** der Abg. Dr. Rössler und Schwaighofer an die Salzburger Landesregierung betreffend die behördliche Vorgangsweise im Falle eines Hundebisses - Nr 1 der Beilagen

4.3.2 **Anfrage** der Abg. Dr. Rössler und Schwaighofer an die Salzburger Landesregierung betreffend die Umsetzung des Staatsziels Gender Budgeting im Landeshaushalt - Nr 2 der Beilagen

4.3.3 **Anfrage** der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. Juli 2011 - Nr 3 der Beilagen

4.3.4 **Anfrage** der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Restitution von Kunstwerken - Nr 4 der Beilagen

4.3.5 **Anfrage** der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landesrätin Mag. Schmidjell-Esterbauer betreffend Fallzahlenentwicklung in der Mindestsicherung - Nr 5 der Beilagen

4.3.6 **Anfrage** der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landesrätin Dr. Widmann betreffend Schließzeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen - Nr 6 der Beilagen

4.3.7 **Anfrage** der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner betreffend die Vermietung bzw Verpachtung von Geschäftsräumlichkeiten - Nr 8 der Beilagen

4.3.8 **Anfrage** der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Behandlungskosten in den SALK ohne Vorlage einer Versicherungskarte - Nr 9 der Beilagen

4.3.9 **Anfrage** der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Vergabe von Aufträgen an Generalunternehmer - Nr 10 der Beilagen

4.3.10 **Anfrage** der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Kosten für die Behandlung von Abhängigen von illegalen Suchtmitteln - Nr 11 der Beilagen

4.3.11 **Anfrage** der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Übernahme von Lehrlingen in den Landesdienst - Nr 12 der Beilagen

4.3.12 **Anfrage** der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. August 2011 - Nr 14 der Beilagen

4.3.13 **Anfrage** der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landeshauptfrau Mag. Burgstaller betreffend die Schließung von Kleinschulen - Nr 15 der Beilagen

4.3.14 **Anfrage** der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landesrat Eisl betreffend Förderungen von Almweideflächen im Land Salzburg - Nr 16 der Beilagen

4.3.15 **Anfrage** der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landesrätin Mag. Schmidjell-Esterbauer betreffend die Errichtung eines Pflegezentrums in der Christian-Doppler-Klinik - Nr 17 der Beilagen

4.3.16 **Anfrage** der Abg. Dr. Rössler und Schwaighofer an die Landesregierung betreffend die im Jahr 2010 gewährten Zuwendungen an die Sport-Dachverbände - Nr 18 der Beilagen

4.3.17 **Anfrage** der Abg. Dr. Rössler und Schwaighofer an Landesrat Eisl betreffend die Biolandbau-Ausbildung an Salzburgs Landwirtschaftsschulen - Nr 19 der Beilagen

4.3.18 **Anfrage** der Abg. Dr. Rössler und Schwaighofer an Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner betreffend die doppelte Geschäftsführung beim Fußballstadion Wals Siezenheim - Nr 20 der Beilagen

4.3.19 **Anfrage** der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landeshauptfrau Mag. Burgstaller betreffend das Digitalfunknetz "Tetron" - Nr 30 der Beilagen

4.3.20 **Anfrage** der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landesrat Eisl betreffend ein neues Gehaltssystem im Landesdienst - Nr 31 der Beilagen

4.3.21 **Anfrage** der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landesrat Eisl betreffend die Aufnahme sogenannter Eignungsmaturanten - Nr 32 der Beilagen

4.3.22 **Anfrage** der Abg. Dr. Kreibich, Ing. Schwarzenbacher und Ottenbacher an die Landesregierung betreffend die Neuorganisation der Flugrettung in Salzburg - Nr 100 der Beilagen

4.3.23 **Anfrage** der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung betreffend Mandatswohnungen im Bundesland Salzburg - Nr 101 der Beilagen

4.3.24 **Anfrage** der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 30. September 2011 - Nr 102 der Beilagen

4.3.25 **Anfrage** der Abg. Dr. Pallauf und W. Ebner an Landeshauptfrau Mag. Burgstaller betreffend die Einführung eines eigenen Faches "politische Bildung" - Nr 103 der Beilagen

4.3.26 **Anfrage** der der Abg. Mag. Rogatsch und Dr. Kreibich an Landeshauptfrau Mag. Burgstaller betreffend die Umsetzung des Blaulichtfunkes - Nr 104 der Beilagen

4.3.27 **Anfrage** der Abg. Schwaighofer und Dr. Rössler an Landeshauptfrau Mag. Burgstaller betreffend die Zuteilung von BeratungslehrerInnen - Nr 105 der Beilagen

4.3.28 **Anfrage** der Abg. Schwaighofer und Dr. Rössler an Landeshauptfrau Mag. Burgstaller betreffend den Masterplan Integration - Nr 106 der Beilagen

4.3.29 **Anfrage** der der Abg. Schwaighofer und Dr. Rössler an Landeshauptfrau Mag. Burgstaller betreffend die Entwicklung von Planstellen im Pflichtschulbereich - Nr 107 der Beilagen

4.3.30 **Anfrage** der Abg. Dr. Kreibich und Dr. Stöckl an Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner betreffend eine Überprüfung der ASKÖ - Nr 108 der Beilagen

4.3.31 **Anfrage** der Abg. Dr. Pallauf und W. Ebner an Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner betreffend die Finanzierung der Veranstaltungsreihe Yellow Lounge Salzburg - Nr 109 der Beilagen

4.3.32 **Anfrage** der Abg. Kosmata und Steidl an Landesrat Eisl betreffend die Energieberatung Salzburg - Nr 110 der Beilagen

4.3.33 **Anfrage** der Abg. Zehentner und Mag. Eisl an Landesrat Eisl betreffend das Bienensterben in Salzburg - Nr 111 der Beilagen

4.3.34 **Anfrage** der Abg. Mag. Hagenauer und Riezler an Landesrätin Dr. Widmann betreffend das Integrationsleitbild und Integrationsprojekte im Bundesland Salzburg - Nr 112 der Beilagen

4.3.35 **Anfrage** der Abg. Riezler und Dr. Solarz an Landesrätin Dr. Widmann betreffend die Förderkulisse im Bereich der Kinderbetreuung - Nr 113 der Beilagen

4.3.36 **Anfrage** der Abg. Mag. Rogatsch und Dr. J. Sampl an Landesrätin Mag. Schmidjell-Esterbauer betreffend die Tarifverhandlungen mit Schulärzten und Schulärztinnen - Nr 114 der Beilagen

4.3.37 **Anfrage** der Abg. Ottenbacher und Dr. Pallauf an Landesrätin Mag. Schmidjell-Esterbauer betreffend Psychosoziale Versorgung – Planung NEU - Nr 115 der Beilagen

4.3.38 **Anfrage** der Abg. Dr. Rössler und Schwaighofer an die Landesregierung betreffend die im Jahr 2010 gewährten Zuwendungen an die Sport-Dachverbände - Nr 120 der Beilagen

4.4 Berichte des Rechnungshofes, des Landesrechnungshofes und der Volksanwaltschaft

3 Berichte des Rechnungshofes und ein Bericht des Landesrechnungshofes sind in der Landtagsdirektion eingegangen.

4.4.1 **Bericht** des Rechnungshofes betreffend Flächenfreihaltung für Infrastrukturprojekte, Verleih von Sammlungsgut durch Landesmuseen, Strombeschaffung und Stromvertrieb der Salzburg AG und der TIWAG und den Trinkwasserverband Gasteinertal

4.4.2 **Bericht** des Rechnungshofes betreffend Verträge der geschäftsführenden Leitungsorgane in öffentlichen Unternehmen ("Managerverträge")

4.4.3 **Bericht** des Rechnungshofes betreffend familienbezogene Leistungen des Bundes und ausgewählter Länder

4.4.4 **Bericht** des Salzburger Landesrechnungshofes betreffend Dienstfahrzeuge Teil I – Last- u. Sonderfahrzeuge, September 2011

Damit ist der Einlauf abgeschlossen. Ich rufe den

Punkt 5: Aktuelle Stunde

auf.

In der Präsidialkonferenz wurde als Thema "Transparenz und Verantwortung im öffentlichen Bereich" festgelegt.

In der Präsidialkonferenz wurde vereinbart, dass nach der ÖVP Frau Landeshauptfrau Mag. Burgstaller zu Wort kommt. Danach werden die Redner in der Reihenfolge SPÖ – FPÖ – Grüne aufgerufen. Eine zweite Runde wird in der Reihenfolge SPÖ – ÖVP – FPÖ – Grüne aufgerufen. Für eine etwaige dritte Runde gilt die Reihenfolge SPÖ – ÖVP – FPÖ – Grüne. Die Wortmeldungen von Regierungsmitgliedern werden nach Bedarf aufgenommen und der jeweiligen Landtagspartei auf die Reihenfolge angerechnet.

Ich erteile das Wort Frau Klubobfrau Gerlinde Rogatsch bitte!

Abg. Mag. Rogatsch: Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte zu dem Thema "Transparenz und Verantwortung im öffentlichen Bereich" im Wesentlichen auf drei Punkte eingehen. Auf den Bereich Corporate Governance Codex, auf das Demokratie-Volksbegehren und auf den Bereich Transparenz. Ich möchte aber vorab einige Bemerkungen machen.

Es wird seit Wochen in unserer Republik über Transparenz, Korruption, Mitbestimmung, Demokratievolksbegehren, Bildungsvolksbegehren, Wehrpflichtvolksbegehren etc diskutiert. Was ist die Ursache für diese breite Diskussion?

Das Problem sehe ich nicht in unserem politischen System, sondern das Problem sehe ich darin, dass manche Personen die grundlegendsten Erfordernisse in diesem System entweder nicht erfüllt oder sogar missbräuchlich ausgenutzt haben. Und zu diesen Systemanforderungen gehört aus meiner Sicht unter anderem Mut, Kraft, nachvollziehbare Entscheidungen zu treffen und zu diesen Entscheidungen auch zu stehen. Das vermisst man derzeit ganz massiv und leider viel zu oft, vor allem, wenn man sich die Zustände auf Bundesebene anschaut und in den Medien täglich serviert bekommt.

Und wenn zu dieser Entscheidungslosigkeit dann letztendlich auch noch Handeln aus Eigennutz, Insidertrading oder Korruption hinzukommt - alles Vorwürfe, die derzeit auf Bundesebene im Raum stehen - dann ist Feuer am Dach und eine lückenlose Aufklärung unum-

gänglich. Und wenn diese Aufklärung nicht gelingt, dann sehe ich ein demokratisches System in Gefahr, weil dann der Sog weiter nach unten geht.

Und deswegen glaube ich, gilt für uns alle, dass wir wesentlich mehr Vorkehrungen gegen Machtmissbrauch treffen müssen. Beispielsweise bessere Mechanismen bei der Auswahl von Kandidaten, Überwachung und Kontrolle der Tätigkeit der Politiker, Berichtspflicht der Politiker. Aber auch viele klarere Regeln und Vorgaben für Unternehmen im öffentlichen und halböffentlichen Bereich beziehungsweise unter öffentlicher Beteiligung.

Da möchte ich zum ersten Punkt kommen, zum Bereich Corporate Governance Codex. Wir haben hier im Landtag einstimmig verlangt, dass die Landesregierung uns einen Codex vorlegt. Bei der Beschlussfassung haben wir uns, lieber Kollege David Brenner, allerdings etwas – zumindest wir im ÖVP-Klub – anderes vorgestellt als das, was du letzte Woche den Medien präsentiert hast. Wir wollten weniger die Zusammenfassung jener Aufgaben, Rechte und Pflichten, die ohnedies bereits gesellschaftsrechtlich oder anderwertig geregelt sind, sondern wir wollten etwas Neues haben. Die Vorlage, die du öffentlich präsentiert hast, die uns im Landtag noch nicht zugegangen ist, die ist ja ohnedies auf breite Kritik gestoßen, nicht nur bei deinem Parteiliebhaber Heinz Schaden. Ich gehe davon aus, dass wir uns auch noch inhaltlich über einzelne Punkte unterhalten werden.

Was meinen wir mit neuen Punkten? Die Neuregelungen zum Beispiel bei Manager-Bonus, gerade in öffentlichen Unternehmen. Dass die künftig nicht nur auf kurzfristige Kursgewinne oder Bilanzkennzahlen ausgerichtet sein dürfen, sondern dass diese Boni auch andere Kriterien, wie Nachhaltigkeit, Mitarbeiterzufriedenheit oder auch die Absicherung der öffentlichen Leistungen beinhalten soll. Das ist übrigens auch ein Punkt, den der Rechnungshof in seinem Bericht über Management-Dienstverträge anregt. Es gehört vieles klarer definiert, für mich unter anderem auch, dass es nicht ohne Konsequenzen bleiben darf, wenn Aufsichtsräte unzureichend, mangelnd oder teilweise auch falsch informiert werden. Oder ich halte es auch für interessant, wenn wir uns mit den Aufgaben der internen Revision auseinandersetzen, wie es gelingen kann, dass diese ihre Aufgabe frei von Einflussnahme der Organisation, die geprüft wird, durchführen kann. Und das ist unser Wunsch, dass wir solche Punkte auch noch in diesem Codex bereden.

Die politische Kontrolle verstärken. Jawohl. Die Aufsichtsräte besser unterstützen, auch schulen. Durchaus auch die Anzahl der Aufsichtsratsfunktionen einzelner Personen begrenzen. Jawohl. Aber wir stehen nicht für einen Rückzug der Politik aus Aufsichtsräten. Denn das käme einer Bankrotterklärung der Politik auch gleich, weil es auch unsere zentrale Aufgabe ist, die Interessen des Landes in jenen Unternehmen, wo wir beteiligt sind, mitzuvertreten.

Zum Zweiten: Das Demokratie-Volksbegehren, das derzeit breit diskutiert wird. In diesem Papier sind einige Punkte drinnen, die ernsthaft und auch relevant zu diskutieren sind. Die Parteienförderung ist öffentlich heute schon diskutiert worden und in den Medien nachzulesen, dass zu den strengen Salzburger Regeln es noch strengere geben wird, nämlich dass jede Spende ab sofort oder ab Beschlussfassung offengelegt wird nicht nur dem Rechnungshof gegenüber, sondern auch der Öffentlichkeit.

Den Bereich Korruption habe ich schon genannt. Einen dritten Punkt möchte ich aber auch ansprechen. Das ist der ganze Bereich Föderalismus. Diese Vorschläge, die hier definiert sind, die halte ich mit Verlaub für gefährlich. Herr Präsident, ich komme zum Schluss, bitte noch zwei Sätze dazu: Das halte ich nämlich als Vorstufe für die Ausschaltung jener bevölkerungsnahen Entscheidungskompetenzen, nämlich der Landtage. Wenn wir hier in unserem Bundesland nichts mehr bestimmen dürfen, dann ist der Weg der Ausschaltung der Landtage der nächste Schritt. Und was die Konsequenzen sind, wenn nur noch die zentralen Stellen entscheiden: Kein Spital unter 300 Betten mehr, Ausdünnung des öffentlichen Verkehrs während anderswo in Wien U-Bahn-Fahrten 24 Stunden, tagaus tagein mitfinanziert werden oder die Finanzierung der maroden Wiener Gebietskrankenkasse auf Kosten der westlichen Krankenkassen, die sich in Wien zusätzlich auch noch ein Krankenhaus leistet. Deswegen: Diesen Punkt halte ich für gefährlich und da werden wir auch uns deutlich zur Wehr setzen.

Und ein Stichwort noch zum Bereich Transparenz. Mein Kollege Scharfetter kann ja nach mir noch reden. Wir haben schon einiges getan im Bereich Subventionsbericht. Ich habe eine Bitte, lieber David! Den ASKÖ-Prüfbericht, für den du nicht den Rechnungshof, unser eigenes Kontrollorgan, ersucht hast zu prüfen, sondern wo du eine private Kanzlei ersucht hast, einen Prüfbericht zu erstellen, hätten wir gerne. Du hast auch den Zeitungen gegenüber gesagt, es sei alles in Ordnung. Wir haben, glaube ich, ein großes Verlangen hier im Landtag, dass wir diesen Prüfbericht auch bekommen. Vielen Dank! (Beifall der ÖVP-Abgeordneten)

Präsident Ök.-Rat Illmer: Als nächste zu Wort gemeldet die Frau Landeshauptfrau! Zehn Minuten Redezeit, bitte!

Landeshauptfrau Mag. Burgstaller: Wir verabschieden unsere Gäste aus Bayern, wünschen Ihnen noch einen schönen Aufenthalt in Salzburg. Kommen Sie oft wieder!

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Liebe Regierungskollegen! Hoher Landtag!
Meine Damen und Herren!

Das Thema Transparenz ist angesagt. Ich möchte damit beginnen, dass ich überzeugt davon bin, dass vor allem Vertrauen gefragt ist in die Politik und in die Demokratie. Das scheint mir im Mittelpunkt zu stehen und dieses Vertrauen ist zurzeit zutiefst erschüttert. Sowohl das Vertrauen in die Politik – ungefähr 80 Prozent der österreichischen Bevölkerung vertrauen unseren Politikern nicht mehr, so die neuesten Umfragen – als auch das Vertrauen in die Demokratie. Nicht umsonst gibt es viele Bewegungen außerhalb der klassischen Parteien, die endlich darauf pochen, mehr mitsprechen zu dürfen. Das hat seine Ursachen mit Sicherheit auch in der Unfähigkeit der Europapolitik, aber auch der weltweiten G-20 zum Beispiel, die richtigen Folgen aus der Finanzkrise zu ziehen und endlich wieder das Primat der Politik einzuführen. Das hat seine Gründe auch in einem eher oft hilflos erscheinenden Hinterherhecheln der europäischen Politiker hinter die Entwicklungen in Griechenland, anstatt voran zu gehen und klar zu vermelden, was nun Sache sein soll. Ich bin überzeugt davon, dass üblicherweise jemand, der schwerst verschuldet ist, entschuldet gehört und nicht, dass immer neues Geld hineingeschüttet wird. Aber das sei nur eine Randbemerkung.

Das Vertrauen in die Politik ist auch deshalb erschüttert, weil es in Österreich und diesen Befund teile ich, einen ziemlichen Stillstand gibt. Statt die Chancen zu nutzen aus der Krise und vieles, was an Ungerechtigkeiten in Österreich besteht, endlich zu beseitigen - ...

(Zwischenruf Abg. Schwaighofer: In Wien wäre das ganz schlecht!)

...und da denke ich auch an das Bildungssystem, genauso wie an das Pensionssystem, an viele andere Politikbereiche – hat man in den letzten Jahren eigentlich hauptsächlich Zank gehört. Zugegeben: Die Krisenbewältigung unmittelbar am Arbeitsmarkt, die ist sehr gut gelungen in Österreich. Anders, als in anderen Ländern. Aber diesen Schwung mitzunehmen, um vieles andere endlich zu erledigen, das hätte uns allen gut getan.

Demokratie braucht Vertrauen und Demokratie braucht auch – meiner Meinung nach - Geschichtsbewusstsein. Auch wenn ich vielleicht jetzt eine Rüge bekomme, dass ich mich nicht unmittelbar zum Thema äußere, aber Herr Kollege Schnell, es hat mich schon betroffen gemacht, dass hier Länder genannt werden als Paradebeispiel für demokratische Entwicklung, die zurzeit eher in Richtung radikalen Nationalismus gehen. Gerade in so einer Stimmung, wie sie zurzeit auch bei vielen Menschen in Europa herrscht, halte ich das für verantwor-

tungslos. Denn immerhin hat dieser radikale Nationalismus im letzten Jahrhundert zu zwei Weltkriegen geführt, die über 70 Millionen Tote gefordert haben und war der Grund für die segensreiche Gründung der Europäischen Union, die hoffentlich eine gute Zukunft hat, die nicht davon abhängig sein soll, dass man ständig Rettungspakete schnürt, sondern vom Zusammenhalt der Nationen. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Transparenz hat aber auch sehr viel – und das ist mir wichtig – mit Wahrhaftigkeit zu tun. Insofern, Frau Kollegin Rössler, möchte ich auch deine Verantwortung als Verantwortungsträgerin, das ist ja Gegenstand der Aktuellen Stunde, einmahnen. Ich gratuliere dir zu deinem Vorsitz bei den Grünen, aber ich finde, damit hast du noch mehr Verantwortung übernommen. Und du kannst hier nicht frank und frei behaupten, halten wir doch die Mindestabstände des LEG ein, wenn der Verfassungsgerichtshof gerade entschieden hat, dass unser Gesetz nicht zur Anwendung kommt. Wir können alle danach trachten, dass der Verbund möglichst die Bevölkerungsinteressen schützt und der Verbund hat sich freiwillig bereit erklärt, die Abstände des Gesetzes trotzdem einzuhalten entsprechend dem Gesetzesbeschluss. Ich habe nur manchmal den Eindruck, manche im Landtag wissen nicht, was in dem Gesetz drinnen steht. Aber mir ist wichtig, wenn wir von der Bevölkerung erwarten, dass sie die Demokratie stärkt, dann sollten wir ihr auch reinen Wein einschenken und wahrhaftig bleiben bei unseren Informationen.

Gut. Wir kommen zurück zum engeren Thema, der Transparenz, das ja heute Gegenstand ist, wie wohl ich meine, neue Regelungen für Parteispenden etc reichen nicht aus, um unsere Demokratie zu optimieren. Aber trotzdem bin ich überzeugt davon, dass anders als auf Bundesebene Salzburg in den letzten Jahren einen sehr, sehr guten Weg gegangen ist, was die Transparenz betrifft. Einen Salzburger Weg. Und darauf, glaube ich, können wir alle, auch die Oppositionsparteien, durchaus stolz sein. Denn anders als auf Bundesebene, wo ich mich erinnern kann, dass ich schon 2006 bei Regierungsverhandlungen dabei war und gemeint habe, sie sollten doch endlich einmal ein Minderheitenrecht machen für Untersuchungsausschüsse, haben wir das schon lange im Bundesland Salzburg. ...

(Zwischenruf Abg. Schwaighofer: Ist eh nur durch unseren Druck entstanden!)

... Wir sind das einzige Land in Österreich, das die Untersuchungsausschüsse zulässt für jede Fraktion, egal wie groß oder klein sie sein möge. ...

(Zwischenruf Abg. Schwaighofer: Wir haben hart gekämpft darum.)

... Das heißt das Minderheitenrecht gibt es bei uns – hart gekämpft hat vielleicht die SPÖ ...

(Zwischenruf Abg. Schwaighofer: Lange!)

... damals bei der Verfassungsreform. Wir haben das nämlich eingeführt, lieber Cyriak Schwaighofer. ...

(Zwischenruf Abg. Schwaighofer: Lange haben wir gekämpft für Transparenz!)

... Wir sind das einzige Bundesland in Österreich, das ein Recht auf eine Sonderprüfung durch den Rechnungshof kennt für jede Fraktion. Egal wie groß sie ist. Auch das gibt es nirgends. Vielleicht sollten wir auch uns manchmal angewöhnen, dass wir nicht nur draufhauen, lieber Kollege Schnell, sondern einmal schauen, was wir auch an Positivem im Land Salzburg haben. ...

(Zwischenruf Abg. Schwaighofer: Stimmt. Wir haben eine starke Opposition in Salzburg!)

... Ich empfinde es schon so und ich würde mich sehr freuen, wenn wir im Rahmen der Föderalismusdebatte einmal zu dem Schluss kommen, dass wir uns um die Sorgen und Anliegen der Menschen kümmern und nicht ständig Politiker-Bashing machen.

Wir sind eines der wenigen Bundesländer in Österreich, das eine Akteneinsicht kennt für alle Abgeordneten. Ich weiß, das ist mühsam und heißt viel Arbeit für die Betroffenen. Aber es gibt sie zumindest. Und lieber Cyriak Schwaighofer! Wir sind auch das einzige Bundesland, das für Fraktionen dringliche Anfragen und Anträge kennt, die in eurer bescheidenen Größe sind. So viel zum Thema starke Minderheitenrechte, die es sonst nirgends gibt in ganz Österreich. ...

(Zwischenruf Abg. Schwaighofer: Wir danken, dass wir das erkämpfen durften. Weil wir so stark sind, musstet ihr nachgeben.)

... Das ist der Salzburger Weg. Auch der Opposition einen fairen Anteil zu geben, demokratisch mitzugestalten, mitzureden und vor allem zu kontrollieren.

Die Parteienfinanzierung ist ein Teil der Transparenz, wo man sich erwarten könnte, dass jeder, der mit öffentlichem Geld arbeitet, zeigt, woher das Geld kommt und jede Partei, die Spenden bekommt, auch transparent genug ist, zu beweisen, dass sie sich nicht kaufen lässt. Das steckt ja im Wesentlichen dahinter. Das ist ja der Succus der Transparenz. Wir sind auch hier das einzige Bundesland, das bereits jetzt Kriterien in Rechtskraft hat für die Rechenschaftsberichte, das heißt das gibt es sonst in keinem Bundesland, dass man die Einnahmen und Ausgaben so genau zuordnen muss. Wir sind das einzige Bundesland, das

Spenden von Körperschaften öffentlichen Rechts und freiwilligen Verbänden genauso auszuweisen hat bei den Parteien. Wir werden bald das einzige Bundesland sein in Österreich, wo auch alle Nebenorganisationen erfasst sind. Ich bedanke mich auch bei der ÖVP, dass unser Vorschlag aufgegriffen wurde, dass wir das Parteienfinanzierungsgesetz noch einmal ein Stück weit verschärfen. Ich glaube, die letzten Tage und Wochen in der österreichischen Innenpolitik haben gezeigt, es gibt keinen einzigen Grund mehr zum Mauern. Sondern es ist alles auf den Tisch zu legen.

Transparenz ist mittlerweile ja schon sehr in Mode gekommen als Überschrift. Ein negatives Beispiel für vorgebliche Transparenz ist für mich die Diskussion um die Transparenzdatenbank. Es ist im Landtag bekannt, dass ich diese ursprüngliche Bundesidee unterstützt habe, zur Vermeidung von Doppel- und Dreifachförderungen Transparenz einzuführen. Aber was daraus für ein bürokratischer Moloch entstanden ist, der letztendlich nur dazu führt, dass jeder für sich selber abfragen kann, was er denn alles so bekommt vom Bund und Land, das ist mit Sicherheit der falsche Weg und das werden wir als Bundesländer nicht akzeptieren, viel Geld für letztendlich keinerlei Transparenz für die Gebietskörperschaften. Das wird es nicht geben.

Der Bund arbeitet zurzeit an einem Lobbying-Gesetz. Auch hier werden wir uns im Salzburger Landtag darüber unterhalten müssen, welche Anteile dieses Gesetzes wir übernehmen wollen. Es ist in Teilen sehr mutig. Es ist in Teilen aus meiner Sicht etwas verwaschen. Ich sage, es gibt einen Unterschied, ob hier herinnen im Landtag Menschen sitzen, die für unsere gesetzlichen Interessensvertretungen, die noch dazu in der Verfassung sind, arbeiten und für die Arbeitnehmer oder auch Unternehmer oder ob sie sich für Lobbies einsetzen wie die Eurofighter-Unternehmen, und dort noch Provisionen kassieren. Das möchte ich eigentlich nicht in einem Aufwaschen erledigt haben. Da braucht es eine klare Unterscheidung. Die einen tun das, dass sie Menschen helfen, ihre Interessen zu artikulieren, die eine große Gruppe sind, aber keine gemeinsame Stimme haben in der Politik, nämlich Arbeitnehmerinteressen vertreten, Unternehmer- und Selbständigen-Interessen vertreten. Die anderen machen es für die eigene Tasche. Und das ist ein großer Unterschied, der zu berücksichtigen ist. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Wie immer bei Landtagsdebatten sind wir durch unsere engen Regeln und Rituale etwas eingeschränkt in den Wortmeldungen. ...

(Unverständlicher Zwischenruf Abg. Dr. Schnell)

... Tatsache ist: Zu dem Thema gäbe es viel zu sagen und zu diskutieren. Und auch wenn der Salzburger Weg bisher ein sehr guter war, glaube ich, dass er noch zu optimieren ist.

Was es aber immer braucht, das sind anständige Menschen in der Politik. Davor werden uns wahrscheinlich die besten Gesetze nicht schützen, dass es welche gibt, die den Eigensinn im Kopf haben und den Eigennutz und nicht den Gemeinnutz. Also suchen wir uns Politiker aus, die aufrecht sind und die Interessen der Bevölkerung wahrnehmen und nicht die des eigenen Bankkontos. Danke! (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Präsident Ök.-Rat Illmer: Nach der vereinbarten Redeordnung kommt jetzt für die SPÖ Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner, bitte!

Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner: Herr Präsident! Geschätzte Landeshauptfrau! Werte Regierungskolleginnen und –kollegen! Werte Abgeordnete!

Es gibt nicht allzu viel Politikfelder, die mich eigentlich mein gesamtes politisches Leben beschäftigt haben. Egal, ob ich als junger Abgeordneter im Landtag war, als Klubvorsitzender, als Regierungsmitglied jetzt oder davor. Das eine Thema, das ist die Abwehr totalitärer Entwicklungen und insofern ist es mir schon ein Anliegen, auch noch einmal darauf hinzuweisen: Das, was derzeit in Ungarn passiert, ist weit davon entfernt, ein demokratischer Fortschritt zu sein. Das ist nicht nur eine höfliche Umgehung der Realität, sondern eigentlich für mich eine Lüge.

Und der zweite Bereich, der mich eigentlich mein ganzes politisches Leben beschäftigt hat, das ist der Bereich Transparenz, weil er auf der gleichen Medaille ist, wie diese Frage, wie gehen wir mit totalitären Entwicklungen um, weil es eine Frage der Demokratie ist.

Das war für mich so als junger Abgeordneter. Das war für mich so, als ich Klubobmann in diesem Haus geworden bin. Wir haben damals lange Diskussionen geführt über Jahre hinweg, wie es um die Transparenz von Subventionen gegangen ist. Und das ist heute für mich so, wenn ich als Finanzreferent dieser Regierung Verantwortung trage, wenn es um Unternehmensbeteiligungen, wenn es um die Budgets geht, wenn es um die Transparenz all dessen geht.

Warum? Ich habe es vorerst schon ausgeführt. Weil ich auch nach zwölf Jahren Politik zu tiefst davon überzeugt bin, dass es tatsächlich eine Frage einer demokratischen Entwicklung ist. Das Thema Transparenz mag sich eignen für Populismus. Transparenz mag sich eignen für den ein oder anderen Schlenkerer zur ein oder anderen Partei in Salzburg oder in Wien. Worum es aber wirklich geht, ist die Nachvollziehbarkeit von politischen Entscheidungen, das Verständnis, das Vertrauen in ein politisches System und das Selbstverständnis – und da meine ich uns selbst – der Politik, dass es nicht unsere Unternehmen sind, dass es nicht unsere Grundstücke sind, dass es nicht unsere Häuser sind, dass es nicht unser Geld ist,

sondern das Geld der Menschen, die Unternehmen der Menschen in Salzburg, die Liegenschaften, die den Menschen in Salzburg gehören und dass sie ein Recht darauf haben zu wissen, wie wir damit umgehen, wie wir uns in ihrer Vertretung entscheiden und was passiert.

Und die Landeshauptfrau hat darauf hingewiesen: Wir brauchen hier unser Licht nicht unter den Scheffel zu stellen. Ich kann mich noch gut erinnern an das Jahr 2005, als wir begonnen haben als Sozialdemokratischer Landtagsklub Transparentchecks durchzuführen bei den Subventionen. So gut wie jede Subvention im Land Salzburg war anonymisiert. Man hat nicht gewusst wer wie viel wofür bekommt. Das hat sich geändert. Wir können heute auf den Cent genau nachlesen, wer bekommt für was Geld von der öffentlichen Hand. Es steht heute im Internet, für jeden nachvollziehbar. Es ist auch keine Geheimwissenschaft für den Landtag alleine, sondern jeder Mensch in diesem Bundesland hat das Recht zu wissen, was mit seinem Geld passiert.

Wir haben die Geschäftsordnung novelliert. Wir haben die Möglichkeit, Untersuchungsausschüsse einzuberufen, als ein Minderheitenrecht gestaltet. Wir haben noch einmal bei der Akteneinsicht nachgebessert. Denn zugegeben: Das Instrument der Schwärzung war scheinbar ein weit verbreitetes Instrument. Das haben wir verbessert. Das ist nicht mehr so wie früher. Wir haben in den letzten Jahren alle Finanzdaten des Landes ins Internet gestellt. Egal, ob Subventionsbericht, Rechnungsabschluss, Budgetzahlen. Das gibt es in keinem anderen Bundesland. Und jetzt bin ich gerade dabei, noch einen Schritt weiter zu gehen. Denn das eine ist die Zahlen zugänglich zu machen, das andere ist aber auch das Verstehen ermöglichen. Denn tausende Zeilen an Ziffern und Zahlen bedeutet noch nicht ein Budget verstehen können. Deshalb gibt es zum Beispiel das erste Mal, seit es Budgets gibt im Bundesland Salzburg, zumindest in der zweiten Republik, jetzt auch eine Kurzfassung des Rechnungsabschlusses, die jeder bekommen kann. Nicht nur der Landtag, sondern jeder, der sie haben möchte, die auch im Internet abrufbar ist, die Übersichten darstellt, die Entwicklungen darstellt, die Zusammenhänge darstellt, weil es ein Grundrecht ist, weil Transparenz eine Frage für eine entwickelte Demokratie ist und nicht eine Frage von Zulassen oder nicht oder von Populismus oder nicht.

Ich möchte auf ein zweites Thema kommen, das mir sehr wichtig ist, der Corporate Governance Codex. Wir sind dank einer Initiative des Landtages, das gehört an dieser Stelle erwähnt, das einzige Bundesland, das derzeit einen solchen Katalog – es ist ein Entwurf – erstellt hat, der verbindliche, transparente, nachvollziehbare Vorschriften bietet und jetzt versuche ich es ganz schnell zu machen, wenn die Glocke mich schon warnt: Es ist auch nicht ganz richtig, dass das nur eine Zusammenschau all dessen ist, was sowieso schon da ist. Es gibt Bestimmungen, die gelten bereits für den ein oder anderen. Aber es sind Bestimmungen

auch dabei, die bisher keine Gültigkeit finden. Ganz konkretes Beispiel: Im Corporate Governance Codex steht, dass die Geschäftsführung von Unternehmen uns Aufsichtsräten, den Eigentümernvertretern Quartalsberichte zu übermitteln hat. Ja, dort wo das Aktienrecht, dort wo Aufsichtsräte vorhanden sind, da gibt es das schon. In anderen Bereichen, zum Beispiel wo es Beiräte gibt, gibt es das nicht. Das ist Neuland. Und hier irrt sich der Bürgermeister. Wir haben drinnen endlich eine Regelung, was die Transparenz von Managergehältern betrifft. Das gibt es noch nicht, dass alle verpflichtet sind, ihre Gehälter auch offen zu legen. Wir haben das Thema Manager-Haftpflichtversicherungen neu geregelt. Das braucht die Zustimmung der Eigentümer. Wir haben das Thema Frauen in Aufsichtsräten neu geregelt und ...

(Zwischenruf Abg. Schwaighofer: Aber schwach!)

... wir haben bei Großprojekten jetzt vorgesehen, dass es ab einem Volumen von 850.000 Euro pro Jahr verpflichtend eine begleitende Kontrolle geben muss. Nicht mehr als fünf Aufsichtsräte und, und, und. Das ist Neuland.

Ein einziger Satz, Herr Präsident, ich beeile mich. Aber Gerlinde Rogatsch hat mich darum gebeten, das Thema Prüfbericht ASKÖ. Wenn ich von Transparenz spreche, wenn ich davon spreche, dass es eine Grundfrage der Demokratie ist, dann muss ich das auch für mich selbst ernst nehmen. Ihr habt heute um 9:00 Uhr eine Anfrage zum Thema ASKÖ-Prüfbericht eingebracht in den Landtag. Ich werde diese Anfrage nicht nur deutlich unter den mir zustehenden sechs Wochen beantworten, sondern ich werde dieser Anfrage auch den vollständigen Prüfbericht anhängen, damit er nicht nur für die Regierungsfractionen, sondern auch für den gesamten Landtag zur Verfügung stehen kann. Das ist richtig. Das ist der Weg, den wir bisher in jedem Detail gegangen sind und das ist der Weg, der uns auch von allen anderen in Österreich unterscheidet. Danke sehr! (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Präsident Ök.-Rat Illmer: Als nächster zu Wort gemeldet Herr Klubobmann Schnell, bitte!

Abg. Dr. Schnell: Sehr geehrte Frau Landeshauptfrau!

Nicht ich, also nicht meine Partei war es, die unbedingt Ungarn und Slowakei in der EU wissen wollten, sondern wenn ich mich richtig erinnern kann, war für diese EU-Erweiterung vor allem die Regierung massiv eingetreten.

Jetzt frage ich mich aber. Ich habe nicht über die politischen Systeme geredet in Ungarn und Slowakei und auch nicht über die Entwicklungen dort, sondern dass Orbán für seine Häuslbauer was tut, indem er den Zinssatz des Franken einfriert und die Slowakei seine Bevölke-

rung schützen will, dass sie an Griechenland nicht zahlen muss und der Bevölkerung dann möglicherweise dieses Geld abgeht.

Was die politischen Systeme betrifft, steht es mir nicht zu, diese zu beurteilen. Aber was wollen Sie jetzt eigentlich? Wollen Sie jetzt Ungarn und Slowakei aus der EU ausschließen? ...

(Zwischenruf Landeshauptfrau Mag. Burgstaller: Nein, aber ich warne vor diesem Nationalismus!)

... Ja, das ist aber nicht meine Aufgabe und das können Sie auch gerne tun. Den Nationalismus in Ungarn und Slowakei habe ich auch sicher nicht zu verantworten. Ich habe die nicht in die EU geholt. ...

(Zwischenruf Abg. Steidl: Mein Name ist Hase, ich weiß von nichts!)

... So, eines ist schön. Liebe Frau Kollegin Rogatsch! Sie sagen, alle Gaunereien sind im Bund passiert. Alles der Bund. Salzburg ist ja völlig sauber und da ist nie etwas geschehen. Als ich in diese Politik eingetreten bin, hier in Salzburg ...

(Zwischenruf Abg. Steidl: Jetzt hören wir das schon wieder!)

... ja, du hast es nur vergessen, weil du ein schlechtes Gedächtnis hast, Kollege Steidl, gell ...

(Zwischenruf Abg. Steidl: Das habe ich schon 35-mal gehört!)

... da war Salzburg betroffen vom größten Wohnbauskandal überhaupt. Gell. Haben wir vergessen, dass es einen WEB-Skandal gegeben hat in Salzburg mit massiver Beteiligung von Politikern und dergleichen mehr.

Dann kann ich mich erinnern, da war ich noch in der Regierung, hat es einen der größten Skandale gegeben in Österreich, nämlich den ATOMIC- und BAWAG-Skandal, der von den Parteien hier ebenfalls gedeckt wurde, als ich die Causa in die Regierung gebracht habe und alles zugedeckt wurde. Die damalige Wirtschaftspräsidentin, Frau Helga Rabl-Stadler hat in einer Diskussion mit mir im ORF behauptet, da kann man nichts machen, als ich der einzige Politiker war, der gesagt hat, schaut euch bitte die Daten an, helft dem Alois Rohrmoser. Was nachher herausgekommen ist, wissen wir.

Als ich damals mein Wort erhoben habe, ist es noch um eine Million Schilling gegangen. Inzwischen sind aus dem viele, viele Millionen Euro geworden! Und das ist das Lustige. Aber man ist ja immer der Dummkopf, wenn man warnt. Und man ist der Hinterbänkler, wenn man das anspricht. Ich darf Sie aber auch erinnern an Blue Dome. Ich darf Sie aber auch erinnern an die Osterfestspiele und an die Olympia-Bewerbung. Alles in bester Ordnung. In Salzburg passt alles, ist ja wunderschön. Transparenz, Frau Landeshauptfrau! Wir haben so wenig Transparenz in diesem Land, dass wir nicht einmal wissen dürfen, wer im Chiemseehof parkt. So hoch ist die Transparenz in diesem Landtag! Gell. Ja, ich habe eine Anfrage gestellt, aber nie eine Antwort bekommen. Soweit haben wir es eigentlich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir jetzt die nahen Betriebe, lieber, lieber Herr David Brenner, Finanzreferent, betrachten, dann ist dein Kontrollsystem oder dein Codex jetzt schon ein Papiertiger, frei nach Shakespeare "Viel Lärm um nichts!". Das behauptet aber nicht Karl Schnell, das behauptet nicht die Opposition, das behauptet euer zweitranghöchster Politiker in Salzburg, nämlich der Bürgermeister von Salzburg, Dr. Schaden!

Es ist doch wirklich lustig, ihr bringt einfach irgendwas. Wisst Ihr, was mich am meisten freuen würde? Zu erfahren, was hat denn das Ganze gekostet. Was hat die Erarbeitung dieses Codex wieder dem Steuerzahler gekostet? Das wäre interessant. Der Herr Kollege Steidl sich so aufregt, weil ich mich heute über den ORF ein bissl mokiert habe. Der ORF ist, das ist eine manipulierte Berichterstattung. Und das kann man auch leicht beweisen. Wenn wir in der Presse bekannt geben, dass wir bei der Parteienfinanzierung eine Offenlegung wollen und das genau detailliert auch mit Strafausmaß darstellen, wird nichts berichtet. Ein paar Tage später von der SPÖ große Berichterstattung. Den Grünen geht es genauso. Cyriak, du nickst, es ist so! Wenn wir hier etwas tun bei den Kriegsrelikten, dass endlich einmal der Bund hier darüber ein Gesetz macht und der Bund zuständig ist, wird nichts berichtet vom ORF. Wenn aber dann der Schaden sich mokiert und groß schreit das ist eine Sauerei, ohne aber etwas dagegen konkret zu tun, dann wird groß berichtet. Das ist der ORF. So ist es eben, das ist so.

Aber jetzt zur Transparenz, Frau Kollegin! "Hallo Salzburg". Eine schöne Broschüre der SPÖ in jeden Haushalt bekommen. Da sind 15 Firmen drinnen, 15 Firmen, die hier werben. Ich habe noch nicht einmal als Obmann der Freiheitlichen Partei eine Parteiwerbung gehabt oder irgendwo, wo bitteschön so viele Firmen werben. Die Banken natürlich. Die Banken, die du heute so verteufelt hast, Frau Kollegin, Frau Landeshauptfrau, sind alle drinnen, auch die schwarzen. Es würde mich freuen und das wäre Transparenz, wie viel haben sie euch denn ...

(Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner: Das steht ja drinnen!)

... bezahlt für diese Broschüre, damit ihr politische Werbung machen könnt? Und das ist der politische Weg, den wir ablehnen! Das wäre Transparenz, aus eigener Kraft, mit dem Geld, das ihr von den Steuerzahlern bekommt, eure Werbungen zu machen. Und die Firmen sollen offenlegen, warum sie für euch werben und wie viel sie euch bezahlt haben! (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

Präsident Ök.-Rat Illmer: Als nächste ist zu Wort gemeldet die Frau Abgeordnete Rössler, bitte!

Abg. Dr. Rössler: Hohes Haus!

Also auch zu diesem Thema Transparenz und Verantwortung vermisse ich eingangs, dass die Transparenz zumindest für die Vorbereitung dieses Themas gilt und wir den Entwurf, der hier breit diskutiert wird und der ja auch letzte Woche schon in einer Pressekonferenz vorgestellt wurde, dass dieser Text, den der Landtag beschlossen hat, den der Landtag eingefordert hat, dass der natürlich den Parteien vorliegt. Und nicht, dass wir nur in bits and pieces das aus der Zeitung erfahren. Ich halte das für, doch auch für symptomatisch, dass die Transparenz von Ihnen, Herr Landeshauptfrau-Stellvertreter, dort geübt wird ...

(Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner: Es gab auch keinen Regierungsbeschluss!)

... wo es genehm ist, dann wäre vielleicht der Zeitpunkt für die Veröffentlichung zu überlegen und dass man nicht mit einem Fragment als Erfolgsmeldung an die Öffentlichkeit geht und der Landtag und auch die Regierungskolleginnen und -kollegen nicht einmal soweit drin eingebunden sind und auch die Diskussion nicht erfolgt.

Transparenz beinhaltet für mich nämlich auch, Diskussion zuzulassen über einen Entwurf, der so wichtig und so dringend überfällig ist für Salzburg, sonst wäre er nicht vom Landtag beschlossen worden. 15 Monate, 15 Monate ist es her, dass dieser Auftrag vom Landtag hier gegeben wurde und es darf schon noch erinnert werden, dass das bereits, im Juli, dass ich im Juli urgier habe, was ist mit dem Entwurf, warum wird kein Entwurf verschickt, warum werden die Landtagsparteien nicht eingebunden, warum wird nicht zugelassen, dass über einen Entwurf diskutiert wird und nicht erst ein fertiges Ergebnis.

Wenn es darum geht, Transparenz dient der Nachvollziehbarkeit. Natürlich. Aber dann vermisse ich zuallererst, dass in diesem Entwurf auch drin steht, dass die Nachvollziehbarkeit die Funktion hat, Kontrolle auszuüben und vorzubeugen, dass wieder Unregelmäßigkeiten passieren. Das vermisse ich in diesem Text. Das ist das Einzige, was ich derzeit habe, diese

vier Seiten aus der website des Landes und da sind schon einige höchst seltsame, höchst seltsame Ankündigungen, wie sie diesen Codex verstanden haben wollen. Wieder geht es in erster Linie um die Zusammenarbeit von Aufsichtsrat und Geschäftsführung. Es sollte doch deutlich klar hervorkommen, dass der Aufsichtsrat ist die Kontrolle der Geschäftsführung. Und es geht hier nicht, ob die sehr gut zusammenarbeiten, sondern dass klar ist, wir brauchen die Sicherstellung, dass der Aufsichtsrat endlich seine Kontrollfunktionen wahrnehmen kann und dass er nicht von gutwilligen Personen besetzt ist, von denen man bereits weiß, dass sie keine unangenehmen Fragen stellen wollen. Wir brauchen den kritischen Aufsichtsrat, den unangenehmen Aufsichtsrat. Das muss der Baring Partner werden für die Geschäftsführung und nicht ein Kuschelgremium, von dem man weiß, dass sie nicht unangenehm sind. Und genau da sind eben schon einige höchst seltsame Bestimmungen in Ihrem Entwurf drinnen. Der Aufsichtsrat, die Mitglieder sollen von sich aus mögliche Umstände für Befangenheit angeben. Es muss bitte umgekehrt sein! Es muss sichergestellt werden durch den Codex, dass bereits der Aufsichtsrat von Geschäftsführung und Eigentümern so ausgewählt wird, dass Unvereinbarkeiten von vornherein aus- ...

(Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner: Der Aufsichtsrat wird sicher nicht von der Geschäftsführung ausgewählt!)

... Nein. ...

(Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner: Das wäre ein schwerer demokratischer Fehler, Frau Abgeordnete!)

... Ich darf diesen Versprecher korrigieren, dass die Eigentümer natürlich bei der Auswahl der Aufsichtsräte darauf achten, dass die Aufsichtsräte wirklich ihre Kontrolle auch wahrnehmen und kritisch sind.

Der zweite Punkt ist für mich völlig unverständlich: Beraterverträge. Beraterverträge oder Werkverträge eines Aufsichtsratsmitglieds bedürfen der Zustimmung der Gesellschafter. Was bitte haben hier Beraterverträge in einem Aufsichtsrat schon wieder verloren? Das ist ja schon wieder eine Einladung zu Unvereinbarkeiten, die ich überhaupt nicht nachvollziehen kann.

Wieder kommt uns der Begriff Controlling vor. Nicht kommt der Begriff der internen Revision – wir wissen spätestens seit dem Olympia-Ausschuss der Länge und der Breite, wie Begriffe letztlich dann sich verwandeln können und wenn wir Kontrolle ernst nehmen, dann muss bereits in diesem Codex klar zum Ausdruck gebracht werden, was denn das Ziel sein soll.

Und das Ausstiegsszenario ist bereits im Codex verankert. Im Einzelfall kann es durchaus sinnvoll sein oder notwendig, einer Empfehlung des Codex nicht zu entsprechen. Also Sie präsentieren bereits die Nichtanwendbarkeit und die Nichtanwendung des Codex, wenn man es halt braucht. Alles in allem entsteht halt doch der Eindruck, dass dieser Codex dazu dient, eine Pflicht sozusagen zu erfüllen. Aber dass Sie aus dem Untersuchungsausschuss und aus den Details nicht unbedingt die Empfehlungen für eine strikte Kontrolle übernommen haben, sondern dass man es notfalls auch wieder so richten kann, wie man es im Einzelfall braucht.

Letzte Frage: Bitte legen Sie offen, wie das Statement von Herrn Bürgermeister Schaden zu verstehen ist, dass die Aufwandsentschädigungen an die Parteien bisher refundiert wurden. Das möchte ich ...

(Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner: In Salzburg nicht üblich!)

... bitte beantwortet wissen.

(Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner: Das zeigt, dass dieser Codex auch in der Stadt angewendet werden soll.)

(Beifall Abg. Schwaighofer)

Präsident Ök.-Rat Illmer: Nächste Wortmeldung ergeht an Klubobmann Meisl bitte!

Abg. Ing. Mag. Meisl: Herr Präsident! Geschätzte Frau Landeshauptfrau! Werte Regierungsmitglieder! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Gäste!

Ein offener Umgang mit Steuergeldern ist für uns Sozialdemokraten in Salzburg eine Selbstverständlichkeit. ...

(Zwischenruf Abg. Schwaighofer: Nein.)

... Und lieber Karl Schnell! Ich darf dich darüber informieren, dass "Hallo Salzburg" in der Produktion keinen einzigen Euro an Steuergeldern verwendet worden ist. Und bereits die Landeshauptfrau und unser Landeshauptmann-Stellvertreter haben klar zum Ausdruck gebracht, wie wir Sozialdemokraten es mit der Transparenz halten. ...

(Zwischenruf Abg. Schwaighofer: Nein, nein, nein.)

... Debatten, wie sie derzeit im Bund geführt werden, wie zum Beispiel mit diesen horrenden Zahlungen für die Erstellung einer Homepage oder ich erinnere daran diese dubiosen Zahlungen für die Organisation einer Pressekonferenz oder auch diese wirklich unklaren Auftragsvergaben, lieber Karl Schnell, bei einem Verkauf von 62.000 BUWOG-Wohnungen oder auch Inseratenkampagnen usw usf - man kann natürlich fast beliebig fortsetzen – schaden nicht nur der Politik im Gesamten, sondern schaden uns Einzelnen als Personen und vor allem rücken sie uns in ein denkbar schlechtes Licht. ...

(Zwischenruf Abg. Dr. Schnell: Wenn ich an eurer Stelle wäre, würde ich schon im Gefängnis sitzen!)

... Und es ist daher von zentraler Bedeutung aus meiner Sicht, dass wir diesen transparenten Weg, den wir in Salzburg gehen, auch fortsetzen und weiterhin Taten setzen. Betrachten wir aber den Transparenzstatus im Bundesland Salzburg und wir können, glaube ich, mit Fug und Recht behaupten, dass wir hier in Salzburg einen sehr, sehr guten Weg gegangen sind. Wir haben seit Jahren, es wurde erwähnt, transparente Budgets. Jeder kann sie von der Homepage des Landes Salzburg herunterladen und im Detail durchlesen. Wir haben seit Jahren einen transparenten Subventionsbericht und wer ihn noch nicht gesehen hat: 2010 auf über 400 Seiten wird dargestellt, wer in welcher Höhe zu welchem Zweck 135 Millionen Euro erhalten hat. Und ich darf auch und hier ganz wichtig, wenn man Nachbarbundesländer betrachtet, immer wieder bei Besuchen von Abgeordneten, sei es aus Bayern oder aus anderen Bundesländern, sind sie erstaunt, dass so was in Salzburg möglich ist, weil das hätten sie auch gerne in anderen Bundesländern. Bei uns kein Thema mehr. Und wir haben aber auch klare Regeln für die Landesparteien und für die Landtagsklubs, wie wir unseren Rechenschaftsbericht abzulegen haben und wir haben auch die Spenden auszuweisen.

Und gerade, ich habe es ja erwähnt, wenn wir andere Bundesländer betrachten, sind wir hier ein Vorzeigeland in Salzburg. Wir haben die detailliertesten Richtlinien zur Kontrolle der Parteifinanzierungen und der Parteiausgaben. Salzburg ist auch das einzige Bundesland, wo die Gesamtsumme und die Anzahl der Spenden von Körperschaften des öffentlichen Rechts, von Anstalten, Stiftungen, Fonds, Berufs- und Wirtschaftsverbänden, dem Landesrechnungshof bekannt zu geben sind. Aber wir dürfen uns nicht darauf ausruhen, sondern wir brauchen weitere Schritte und deswegen haben auch wir Sozialdemokraten heute einen Antrag in den Landtag eingebracht, der besagt, dass alle Spenden offen zu legen sind, nicht nur Spenden über tausend Euro wie bisher, sondern alle Spenden, egal ob ein Euro oder zehntausend Euro. Zum Zweiten, dass sie nicht nur dem Landesrechnungshof bekannt gegeben werden, sondern dass sie von diesem auch veröffentlicht werden und somit für jeden einsichtig werden. Und zum Dritten glaube ich, brauchen wir und das ist ganz zentral, wir brauchen auch Sanktionsmechanismen, das heißt wenn jemand gegen diese Regeln ver-

stößt, braucht es auch eine Strafe dafür. Und seit Monaten wird zwar im Bund über solche, ich sage einmal mustergültigen Regelungen diskutiert, aber in Wien steigt kein weißer Rauch auf, es geht nichts weiter und deshalb ist es auch ein Gebot der Stunde, dass wir in unserem Kompetenzbereich das machen, was wir hier in Salzburg, was für uns möglich ist.

Wir haben aber auch auf Gemeindeebene verschiedene Schritte gesetzt zu mehr Transparenz. Ich darf daran erinnern und es gerät immer so schnell in Vergessenheit. Es gibt seit letztem Jahr eine Fragestunde in der Gemeindevertretungssitzung für Bürgerinnen und Bürger. Es gibt eine verpflichtende Gemeindeversammlung, in jeder Gemeinde einmal jährlich abzuhalten. Und es gibt erhöhte Kontrollrechte für Mitglieder des Überprüfungsausschusses. Es war ein hartes Stück Arbeit, weil die konservativen Kräfte in diesem Bundesland immer wieder dagegen arbeiten, aber es ist der Hartnäckigkeit der Sozialdemokratie zu verdanken, dass wir diese transparenten Lösungen gefunden haben. Und wir arbeiten derzeit aktuell auch an einer Änderung des Landesrechnungshofgesetzes. Ein Landesrechnungshofgesetz, das vorsieht, dass auch Gemeinden zukünftig vom von uns sehr geschätzten Landesrechnungshof geprüft werden können. Für meinen Geschmack dauert die Diskussion schon wieder viel zu lange, aber wir werden auch hier gemeinsam mit unserem Koalitionspartner und mit dem Gemeindebund eine Lösung finden.

Wir Sozialdemokraten stehen zur Transparenz. Wir werden diese weiterhin forcieren, weil wir davon überzeugt sind, dass der Salzburger Weg der einzige richtige ist. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Präsident Ök.-Rat Illmer: Als nächster zu Wort gemeldet Herr Abgeordneter Scharfetter, bitte!

Abg. Mag. Scharfetter: Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen!

Ich würde gerne auf zwei Dinge eingehen. Zum einen die Frage der Transparenz insgesamt, die Gerlinde Rogatsch ja schon aufgegriffen hat und zum anderen die Frage Corporate Governance Codex und auch die Frage, warum Politiker bei landeseigenen Gesellschaften denn in Aufsichtsräten sitzen.

Zur ersten Frage, warum Transparenz. Gerlinde Rogatsch hat zu Recht darauf hingewiesen, wir erleben derzeit und das macht uns alle Sorgen einen massiven Vertrauensverlust der Bevölkerung, was die Politik betrifft. Da geht es nicht nur um die Problemlösungskompetenz, sondern da geht es auch um die Frage der aufgetauchten Malversationen, Seilschaften, Netzwerke und all diese Dinge.

Unsere volle Unterstützung, unsere volle Unterstützung, wenn es darum geht, dies in Zukunft bestmöglich zu verhindern, die Frau Landeshauptfrau sagt zu recht ganz werden wir es nicht verhindern können. Wir haben am Beispiel der Osterfestspiele erlebt, wenn kriminelle Energie im Spiel ist, dann wird es schwierig, wenngleich ich jetzt dazu sage, dieser Verhaltenskodex wäre zum Beispiel auf die Osterfestspielgesellschaft, wie sie vor Umgründung bestanden hat, nicht anwendbar. Muss man auch einmal darüber nachdenken, ob wir hier nicht den Anwendungsbereich ausweiten.

Das Zweite, ganz kurz, warum, ich gebe Gerlinde Rogatsch völlig recht, kein Rückzug der Politik aus den Aufsichtsräten. Da muss man zunächst die Frage stellen, warum halten wir Beteiligungen. Und wenn man sich die Beteiligungsliste Salzburgs anschaut, so sind das Beteiligungen an Unternehmen, wo über die betriebswirtschaftliche Komponente hinaus Interessen des Landes dahinterstecken. Beteiligung der Salzburg AG ist unbestritten, weil die Energiepolitik des Landes wesentlich dort mitbestimmt wird. Beteiligungen an unseren Gesundheitsgesellschaften sind unbestritten, weil das auch die Drehscheibe der Gesundheitspolitik sind. Beteiligungen an Verkehrsgesellschaften auch unbestritten. Also ich glaube, darüber besteht Konsens. Und daher ist es auch zu rechtfertigen, dass wir politische Vertreter in den Aufsichtsräten, auch um dort genau diese Fragen, die über die betriebswirtschaftliche Betrachtung hinausgehen, einzubringen.

Kollege Brenner und ich erleben ja gerade im Aufsichtsrat der Salzburg AG, wenn so wie in Oberösterreich über Teilprivatisierung verstärkt wirtschaftlicher Druck in das Unternehmen kommt. Das ist zum einen nicht so schlecht, weil viele Dinge halt kritischer hinterfragt werden, zum anderen stoßen wir dann an unsere Grenzen, wenn wir die Salzburg AG als multifunktionellen Dienstleister definieren, etwa im Verkehrsbereich.

Jetzt aber zum Codex: Auch hier gilt, wir unterstützen das, was uns zu mehr Transparenz bringt. Ich würde in einem Schritt weitergehen. Und ich würde das durchaus auch unterstützen, was die Kollegin Rössler sagt. Ich glaube, wir sollten sehr genau schauen, wie es mit den Interessenskollisionen in den Aufsichtsräten ist. Ich habe das zum Beispiel erlebt bei den Osterfestspielen. Wir haben dort die Berliner Philharmoniker im Aufsichtsrat. Ich war nie glücklich darüber, weil die gleichzeitig ein Auftragnehmer des Unternehmens – es wird sich ja, wie wir wissen, selbst erledigen. Aber ich glaube hier brauchen wir hohe Sensibilität. Und ich würde weitergehen und ich teile deine Einschätzung Astrid, wer für das Land im Aufsichtsrat eines Unternehmens sitzt, sollte von diesem Unternehmen keine Aufträge entgegennehmen. Auch nicht dann, wenn es im Aufsichtsratskreis genehmigt wird. Ich glaube, wir sollten hier sehr strikt die Grenzen ziehen.

Ich halte es auch für richtig, dass wir die Transparenz haben, was die Managerbezüge betrifft. Im Übrigen bei den großen Landesbeteiligungen, wenn ich die GSWB hernehme, dort haben wir ja eine gesetzliche Begrenzung auch. Wir haben sie eigentlich bei allen. Ich empfehle nur, dass man bei dieser Frage der Veröffentlichung auch die Bonuszahlungen mit einschließt. Das glaube ich ist auch so vorgesehen und glaube ich, ist auch so notwendig. ...

(Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner: Ist so vorgesehen!)

... Das heißt unsere volle Unterstützung, wenn wir hier mehr Transparenz auch im Bereich der Landesbeteiligungen darstellen können. Sie haben auch unsere Unterstützung, ihr habt auch unsere Unterstützung, was die Parteienfinanzierung betrifft. Da sind wir auch durchaus bereit, den hier eingeschlagenen Weg mitzugehen. Weil ich glaube, wir haben alle gemeinsam ein Interesse und das ist kein unernstes Thema, weil hier geht es um die Frage des Vertrauens in die Politik insgesamt. Und ich muss schon sagen, weil schon einige Dinge auf Bundesebene angesprochen wurden. Auch das sei erwähnt. Ich halte es schon für sonderbar, wenn sich ein Infrastrukturminister bei der Österreichischen Bundesbahn stark macht und sagt "Verbessert euer Image, indem ihr eine Millionenkampagne in Auftrag gebt.". Ich sage jetzt ein bissl salopp, da würde mir einiges einfallen, wie die ÖBB ihr Image verbessern könnte. Man könnte einmal über das Pensionseintrittsalter der Mitarbeiter reden, man könnte vielleicht über die Effizienz dort reden, man könnte vielleicht über die Frage der Pragmatisierung einmal ein bissl kritisch reden. All das wären Dinge, wie man das Image der Österreichischen Bundesbahnen erhöhen könnte. Also hier ist einiges für mich schon aufklärungsbedürftig. Aber wir sind gerne bereit, hier in Salzburg voranzugehen und unterstützen alles, was uns in dieser Richtung mehr Transparenz bringt. Vielen Dank! (Beifall der ÖVP-Abgeordneten)

Präsident Ök.-Rat Illmer: Die nächste Wortmeldung steht der FPÖ zu. Herr Klubobmann Schnell, bitte!

Abg. Dr. Schnell: Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es ist schon bemerkenswert, wie die Regierungsparteien diese Errungenschaften der Demokratie und die Rechte der Opposition feiern. Dazu haben wir, Cyriak, die Opposition, die Grünen und wir Freiheitlichen, nichts dazu beigetragen. Wenn ich mich daran erinnere, wie wir kämpfen haben müssen, um die einzelnen Stufen des demokratischen Rechts, um hier auch gehört zu werden, dann glaube ich, sind das viele, viele Tage und Stunden gewesen. Es war sicher nicht die freiwillige Arbeit der Regierung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Landeshauptfrau! Du hast auch den Untersuchungsausschuss angesprochen. Ich habe das bereits hier von dieser Stelle einmal gesagt. Nie wieder würde ich als Oppositionspolitiker, als Obmann der Freiheitlichen einen Untersuchungsausschuss in diesem Landtag einberufen. Denn meine Familie hat das teuer bezahlen müssen vor Gericht. Denn wenn man gewisse Meinungen vertritt und dann die zuständigen Richter dann, weil sie beleidigt sind, weil man sie kritisiert hat, dann die Familienmitglieder das zu bezahlen haben, dann würde ich nie mehr, nie mehr hier in diesem Hohen Haus einen Untersuchungsausschuss einberufen. Das muss einmal ganz klar gesagt sein. Und das ist ja auch das Problem, das wir haben, auch bei der ganzen Transparenzdebatte, die jetzt geführt wird. Eines könnt ihr nicht abstreiten: Jeder in den Aufsichtsräten und in den bestimmenden Positionen kommt entweder von ÖVP oder SPÖ. Cyriak, kennst du da einen Grünen oder einen Freiheitlichen? Ich nicht. Also damit haben wir ja schon diese Demokratie diese offene, diese Transparenz, wenn einer nicht ein braver Parteigänger ist, kommt er nicht dorthin. Und das ist ja das, was der Kollege Schaden, der Herr Bürgermeister, auch so kritisiert, indem er sagt, naja, wenn jetzt der Aufsichtsrat selbst seine Befähigung darstellen muss, dann ist das was Lustiges und wird also auch nicht viel zur wirklichen Transparenz beitragen.

Liebe Kollegen von der SPÖ! Was die Offenlegung der Parteifinzen betrifft, euer Antrag ist gelinde gesagt eine ganz eine milde, weiche Kopie unseres Antrages. Ich hoffe aber – denn unserer ist wesentlich weitgehender, er sieht auch Sanktionen vor – wenn man hier die Offenlegung bricht, dass man dann halt auch weniger Geld bekommt. Ich hoffe, dass Sie dem zustimmen, dann werden wir sehen, wie weit eure Liebe zur Offenlegung, zur Transparenz wirklich geht. (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

Noch einmal: Lieber Roland! Du kennst mich inzwischen. Ich bin sicher auch einer, der auch Personen anderer Couleurs und anderer Parteien durchaus unterstützt, wenn es richtig ist. Und dir nehme ich das auch ab, was du gesagt hast. Sage ich ganz offen. Ich habe auch nicht behauptet, dass da Steuergeld geflossen ist. Sondern da haben einfach viele Firmen, an die 15 Firmen Inserate geschalten und das würde mich von der Parteispitze einfach interessieren, was habt ihr dafür gekriegt, wie viel Geld oder habt ihr dafür den Druck bezahlt oder was müsst ihr dafür tun? Müsst ihr dafür Aufträge besorgen oder, oder. Nicht. Es gibt ja so diese Ge- ...

(Zwischenruf Landeshauptfrau Mag. Burgstaller: Die mögen uns halt!)

... Ja, ich hoffe, es ist so. Ich hoffe, es ist so! ...

(Zwischenruf Landesrat Blachfellner: Das war deine Bundespartei früher!)

... Ja. Ja, genau! ...

(Zwischenruf Landesrat Blachfellner: Das war deine Bundespartei.)

... Das ist ja das Schöne. Ihr vergesst aber eines, liebe Kollegen von der SPÖ. An die Zeiten kann ich mich noch gut erinnern, als ich dieses System angeprangert habe von dieser Stelle und der SPÖ vorgeworfen habe, dass sie nicht einmal die Opposition beherrschen. Denn wenn ich damals was zu sagen gehabt hätte, hätte ich das System gewaltig vor mir hergetrieben. Lieber Walter Blachfellner! Wenn du dich erinnerst, sind das genau die Personen, die mich damals aus der FPÖ und die ganze Landesgruppe entfernt haben, die jetzt alle vor dem Kadi stehen. Also es sind sicher nicht meine Freunde. Das könnt ihr mir wirklich nicht unterjubeln! Aber es geht um Salzburg. Es geht wirklich um Salzburg. Und in Salzburg haben wir viel aufzuarbeiten. Auch in Salzburg ist letztendlich nie wirklich aus den Skandalen gelernt worden. Das ist ja das, schöner Spruch von Ingeborg Bachmann "Die Geschichte lehrt andauernd, aber sie findet keine Schüler!".

Es ist nie wirklich was besser geworden. Und es steht ja da drinnen, wir sollen die Bevölkerung mehr einbinden. Ja, was habt ihr denn gemacht bei der Olympia-Bewerbung? Da hat die Bevölkerung ganz deutlich ihre Meinung kundgetan. Ihr seid drüber gefahren, ihr habt sie nicht in euer Kalkül einbezogen. ...

(Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner: Die hat zugestimmt!)

... Ja, nein, beim letzten Mal. Übrigens, was auch drinnen steht, dass ihr die begleitende – ich bin gleich fertig, Herr Präsident – die begleitende Kontrolle, die du forderst, David Brenner. Ja, wer hat denn die vor der Olympia-Bewerbung gefordert? ...

(Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner: Ja eh, ist ja gut!)

... Wir! Ihr habt sie nur leider abgelehnt. Das war es! Danke! (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

Präsident Ök.-Rat Illmer: Als nächstes zu Wort gemeldet Herr Abgeordneter Schwaighofer, bitte!

Abg. Schwaighofer: Danke schön!

Ich möchte auf ein paar Dinge eingehen, die schon angesprochen worden sind. Erster Punkt: Die Landeshauptfrau hat gesagt, Vertrauen ist etwas ganz Wichtiges. Ja. Vertrauen ist etwas ganz Wichtiges und ich knüpfe ganz kurz beim Karl Schnell und Vertrauen der Bürger in die

Politik. Und das war natürlich in Salzburg auch ein Meilenstein, wenn die Bevölkerung der Bewerberstaaten bei der Olympiabewerbung ganz eindeutig nein sagt und sich die Politik einfach darüber hinwegsetzt. Das ist auch ein massiver Vertrauensverlust, wie er dort passiert ist.

Ich bin im Übrigen der Meinung, wenn wir dieses Vertrauen wieder herstellen wollen, dann müssen wir die Bürger aktiv und viel stärker in Miteinscheidungen einbeziehen. So würde ich einmal sagen und selber entscheiden lassen. Daher würde ich mich freuen, wenn wir in Salzburg hier im Landtag so etwas Ähnliches, wie es in der Stadt verhandelt wird, nämlich eine Aufwertung von Bürgerbegehren, Bürgerabstimmung vornehmen könnten, weil dann würden die Bürger wieder interessierter werden. Das ist auch ein Weg, wie man Bürger wieder mehr interessieren kann für die Politik, wenn sie selber mehr mitentscheiden können und dann kann man auch wieder Vertrauen zurückgewinnen.

Zweiter Punkt: Ich bin ganz deiner Meinung, liebe Landeshauptfrau, diese Transparenz-Datenbank halte ich für ein unsinniges Monster, sage ich jetzt, das es werden könnte, Parallelförderungen abzuschaffen. Ich sage nur ein kleines Beispiel. Viele Kulturinstitutionen im Land Salzburg haben natürlich Förderungen vom Bund, vom Land und von der Gemeinde, weil nur mit diesen gemeinsamen Förderungen kann man viele Projekte überhaupt umsetzen und aus unterschiedlichen Gründen wird gefördert. Also das ist meiner Meinung nach auch ein Auswuchs von einem Aktionismus, wie er anscheinend notwendig schien.

Warum haben wir heute diese Aktuelle Stunde? Ist ja interessant, dass die Regierungsparteien Transparenz und Kontrolle zum Thema der Aktuellen Stunde machen. Ich würde sagen, offensichtlich hat die Regierung das Gefühl, wir müssen da jetzt irgendwie in Vorlage treten, jetzt müssen wir Aktivität zeigen, weil der Druck ist einfach, natürlich von Bundesseite her, insgesamt zu groß. Wir müssen etwas tun. Und das ist gut so. Es gibt nächste Schritte ohne weiteres noch zu tun.

Ich komme auf ein paar Dinge zu sprechen, die angesprochen wurden vom David Brenner in erster Linie. Natürlich ist es erfreulicherweise so, dass wir in Salzburg jetzt Regelungen haben, die es woanders nicht gibt. Aber ich denke zurück an die Jahre 2000, 2001, 2002, wie mühselig der Kampf der Opposition war. Aber ich gebe auch erfreut zu, er war letztendlich erfolgreich. Eure Erfolgsberichterstattung liegt zu guten Teilen, dem liegt zu guten Teilen zugrunde unser Bemühen in den Jahren von 2001 aufwärts. Ich kann mich erinnern mit Walter Thaler, was wir ausgefochten haben da, um die Wirtschaftsförderung endlich einmal ein bissl transparenter zu machen. Ja, wir sind froh, dass wir so weit gekommen sind. Es gibt noch einiges zu tun. Wir werden bei Gelegenheit auch darauf zu sprechen kommen. Die Transparenz ist noch nicht ausreichend.

Ich kann mich erinnern, Thema Parteienfinanzierung. Bereits 2001 haben wir einen Antrag eingebracht, wo wir angeregt haben, es ähnlich wie in Deutschland zu machen. Endlich Dinge offen zu legen. Warum ist das nicht möglich, wenn Transparenz ja auch Bürgervertrauen bringt. Warum geht das nicht? Was gibt es nach wie vor zu verbergen, dass man sich mit Halbwahrheiten zufrieden gibt?

Eine Sache möchte ich für heute Nachmittag ansprechen, weil jetzt habe ich die Gelegenheit. Es ist erwähnt worden von dir die tolle Sonderstellung Salzburgs, wir können als kleine Fraktionen Untersuchungsausschüsse einberufen. Und ich halte das für absolut wichtig als Kontrollinstrument. Auf Bundesebene geht das nach wie vor nicht. Und heute Nachmittag werdet ihr die Gelegenheit haben, dafür zu sorgen, dass das auf Bundesebene auch möglich wird, weil wir heute, das sage ich jetzt gleich, weil wir heute Nachmittag ein Gesetz beschließen werden, das wir nur deswegen behandeln und beschließen müssen, weil auf Bundesebene es eine Junktimierung gegeben hat, nämlich die Oppositionsparteien haben gefordert, die Dienstleistung, die Zustimmung zur Dienstleistungsrichtlinie dann zu geben, wenn endlich auf Bundesebene das Minderheitenrecht Untersuchungsausschuss passieren wird. Und die Regierung, die Bundesregierung, verschleppt das, verschleppt das, verschleppt das. Und hat jetzt folgende tolle Lösung gefunden: Sie machen das Verfassungsgesetz zu einem einfachen Bundesgesetz. Alle neun Bundesländer müssen – Thema Verwaltungsreform und – vereinfachung – alle neun Bundesländer müssen ein Landesdienstleistungsgesetz beschließen und der Bund beschließt eines nur für den Bund, dann ist nicht mehr die Verfassungsmehrheit notwendig und so schraubt sich der Bund oder die Bundesregierung davor, endlich den Untersuchungsausschuss als Minderheitenrecht einzuführen! ...

(Zwischenruf Abg. Essl: Das ist doch ein Wahnsinn!)

... Und jetzt sage ich, lade ich euch ganz herzlich ein, heute Nachmittag gegen dieses Gesetz zu stimmen oder dieses Gesetz zurück zu ziehen, weil dann, wenn nicht alle neun Bundesländer diese Gesetze beschließen, dann wird der Bund endlich tätig werden müssen und wird dieses Recht auf den Untersuchungsausschuss den Oppositionsparteien auch zuerkennen müssen. Weil da geht es genau darum, jetzt konsequent auch dort einzutreten, wo man die Möglichkeit hat für einen entsprechenden Untersuchungsausschuss. ...

(Zwischenruf Abg. Essl: Aufklären da!)

...Ich bin schon neugierig, was wir heute Nachmittag hören werden! (Beifall Abg. Dr. Rössler und der FPÖ-Abgeordneten)

Präsident Ök.-Rat Illmer: Danke. Der Abgeordnete Steidl hat jetzt noch genau zwei Minuten, bitte!

Abg. Steidl: Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Präsident! Hohes Haus!

Dieses Land, meine sehr geehrten Damen und Herren, war noch nie so transparent wie heute. Und verantwortlich für diese Entwicklung, das kann ich mit Stolz hier vermelden, sind sicherlich wir von der Sozialdemokratie, weil diese Entwicklung seit 2004 stattgefunden hat und wir diese Entwicklung gefördert haben, weil es den Menschen und dem Land insgesamt gut tut.

Auch wenn es auf den ersten Blick, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch wenn es auf den ersten Blick nicht gleich für alle in diesem Land erkennbar ist, der vorliegende Corporate Governance Codex wird mit der Übernahme von Standards und guter Unternehmensführung in Form von Empfehlungen und Anregungen den Weg nehmen für eine noch bessere und transparentere Führung öffentlicher Unternehmen.

Und die Umsetzung, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Umsetzung ist ja mit der Einführung dieses Governance Codex nicht abgeschlossen, sondern wird auch an uns auch liegen, ob wir das weiterentwickeln. Ich kann mir vorstellen, dass das ein Projekt work in progress ist, so nach dem Modell von Deutschland und von dort haben wir auch gute Anregungen bekommen, in Deutschland ist das also Standard und es zeigt auch in Deutschland, Wettbewerb belebt das Geschäft. Und auch dort vertritt man die Philosophie von comply or explain, was bedeutet, dass entweder ein Unternehmen erklärt, dass es den Empfehlungen folgt oder es legt dar, in welchen Punkten es den Empfehlungen nicht und warum nicht folgt. Ich glaube, das ist ein gutes Handlungsprinzip.

Aber der Salzburger Codex bekommt auch an Bedeutung, als positives Beispiel für gesellschaftliche und soziale – ich bin gleich am Schluss – und soziale Verantwortung in privaten Wirtschaftsorganisationen. Und daher wünsche ich mir – abschließend ein Schlusssatz, Herr Präsident – dass wir auch in Österreich nach deutschem Muster und Vorbild eine Codexkommission in Österreich etablieren. Aber nicht nur für öffentliche Unternehmen, sondern auch für private Unternehmen, um das, was hier noch an Anregungen mit eingebracht wurde, auch letztendlich umzusetzen. Und es wird also auch die wichtige Frage der Gleichstellung verbessern und vorantreiben können, weil wir wissen: Der equal pay day war gerade auch in Salzburg und wir wissen, dass die Frauen in diesem Lande beim Erwerbseinkommen 460.000 Euro weniger verdienen, dass Frauen per anno 6,5 Milliarden Euro weniger verdienen und ja, ich sage, ein wichtiger Beitrag auch zur Sicherung unserer sozialen Systeme, die uns dabei entgehen. Und mit dieser Transparenz und Öffentlichmachen von Daten, von Un-

ternehmensdaten, die messbar sind, werden wir auch in dieser Frage besser vorankommen.
(Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Präsident Ök.-Rat Illmer: Danke. Meine Damen und Herren! Damit ist der Tagesordnungspunkt fünf, Aktuelle Stunde, abgeschlossen. Ich ersuche die Frau Zweite Präsidentin für den Tagesordnungspunkt sechs, Mündliche Anfragen, den Vorsitz zu übernehmen. Bitte!

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström (hat den Vorsitz übernommen): Werte Kolleginnen und Kollegen!

Wir kommen zu

Punkt 6: Mündliche Anfragen (Fragestunde)

Es liegen vier mündliche Anfragen vor. Zwei von der FPÖ, zwei von den Grünen. Ich beginne mit der ersten

6.1 Mündliche Anfrage des Abg. Schwaighofer an Landesrätin Widmann betreffend familienbezogene Leistungen in Salzburg

Ich ersuche den Abgeordneten Schwaighofer um die Anfrage.

Abg. Schwaighofer: Sehr geehrte Frau Landesrätin!

In dem Bericht des Bundesrechnungshofes "familienbezogene Leistungen des Bundes und ausgewählter Länder" werden die Familienförderungen der Bundesländer Oberösterreich, Kärnten und Salzburg verglichen. In dem Bericht wird kritisiert, dass es zwischen Bund und Ländern keine gesamthafte Abstimmung der jeweiligen Leistungen gab und gibt. Weiters wurde – auch für die geprüften Länder – das Fehlen konkreter Zielsetzungen mit messbaren Indikatoren und eine Evaluierung der Maßnahmen bemängelt, eine fehlende Evaluierung. Ebenso gab es unterschiedliche Methoden für die Berechnung der Anspruchsberechtigung. Auch gab es beispielsweise in Salzburg unterschiedliche Einkommensgrenzen für die Festlegung der sozialen Bedürftigkeit.

Insgesamt schnitt das Land Salzburg im Vergleich zu den Bundesländern Oberösterreich und Kärnten relativ schlecht ab. Laut Berechnungen des Rechnungshofes waren die individuellen Geldleistungen pro Familie bzw pro Kind ohne die institutionellen Kinderbetreuungskosten in Salzburg deutlich niedriger. So berechnete der Rechnungshof, dass in Salzburg

pro Kind 21 Euro Förderung des Landes vergeben wurde, in Oberösterreich mit 43 Euro mehr als das Doppelte, in Kärnten, das ich aber in dem Fall gar nicht als Beispiel heranziehen möchte, sogar 125 Euro, weil da wissen wir ja auch um die Situation des Landes. Aber immerhin in Oberösterreich mehr als das Doppelte.

Daher an Sie die folgende Frage: Welche Maßnahmen werden Sie auf Basis der Kritik des Rechnungshofes an der Salzburger Familienförderung ergreifen?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström: Danke. Frau Landesrätin!

Landesrätin Dr. Widmann: Frau Präsidentin! Geschätztes Hohes Haus! Liebe Gäste auf der Zuhörerbank! Geschätzte Vertreter der Medien! Lieber Cyriak!

Das Land Salzburg schneidet nicht schlecht ab. Es gab nämlich keinen einzigen konkreten Kritikpunkt, wie etwa, wie Du schon erwähnt hast vorhin, für Kärnten. Es ist wichtig zu wissen, Du hast es auch in der Präambel schon angeschnitten, was der Zweck dieses Rechnungshofberichtes war. Zweck war nämlich der Blick auf die wirkungsorientierte Verwaltungsführung, auf Zielfestlegung, auf Evaluierung, auf Datenvernetzung usw. Das heißt also die Kritik des Rechnungshofes zielt darauf ab, sämtliche Förderungen beim Bund bzw beim Familienlastenausgleichsfonds zu konzentrieren, um Doppel- und Dreifachförderungen zu vermeiden. So gab auch der Rechnungshof seine Schlussempfehlungen, und auf die möchte ich jetzt kurz eingehen, damit ich dann sagen kann was wir für Maßnahmen ergriffen haben.

Also - ganz vereinfacht jetzt gesagt - einheitliche Anspruchsvoraussetzungen wurden vom Rechnungshof empfohlen und wir in Salzburg haben tatsächlich insgesamt sogar fünf verschiedene Anspruchsvoraussetzungen. Im Familienreferat unterscheidet sich zum Beispiel die Bemessung für die Hausstandsgründungen oder für die Schülerveranstaltungshilfen voneinander. Das hat man deshalb gemacht, die Untergrenze zum Beispiel ist also bei den Schulveranstaltungen ohne 13./14. Monatsgehalt bemessen, einfach um mehr mittelständische Familien in den Genuss dieser Förderung kommen zu lassen. Allerdings haben wir da schon Diskussionen darüber angezettelt um zu schauen, ob wir nicht da auf eine einheitliche Basis gehen. Das ist die Frage was den Familien mehr nützt.

Dann zielorientiertes Berichtswesen war ein wesentlicher Punkt und da haben wir jetzt im Budget 2012 erstmals Wirkungsziele festgelegt und wir arbeiten das Ressort mit dem Referat an Zielvereinbarungen. Das denke ich ist wichtig und braucht es auch. Überschneidungen sollten vermieden werden und sollen vermieden werden. Also ich habe zum Beispiel mit der Kollegin Schmidjell die Schnittstellengespräche, die ich mit der Kollegin Scharer schon geführt habe, wieder aufgenommen und ich glaube wir sind da auch auf einem guten Weg.

Dann ist Bürgerorientierung eine Empfehlung gewesen, vermehrte Bürgerorientierung, vor allem auch elektronische Verfügbarkeit. Da man muss man ganz einfach dazu sagen, dass das nicht unbedingt unser Klientel ist. Also diejenigen, die die Fähigkeit haben über ein Bürgerkarte zu verfügen, sind oft nicht die, die beim Familienreferat um Hilfe und um Unterstützung fragen. Aber leider ist dieses Zukunftsprojekt Elena, was der Bund für manche Länder versucht hat zu etablieren, zu dem Zeitpunkt noch nicht so ausgereift gewesen und auch jetzt noch nicht so, dass man zum Beispiel eben die Einkommensanforderungen online abrufen könnte.

Wo wir gelobt worden sind in Salzburg ist für die One-Stop-Lösungen, und das ist bei uns das Forum Familie, dass die Bürger in den Regionen direkt eine Stelle haben wo ihnen geholfen wird. Ich hätte versucht, heuer diese Foren Familie auszubauen, aber leider bin ich da am Budget gescheitert. Dann gebietskörperübergreifende Datenbanken. Da arbeitet der österreichische Familienfonds daran und das österreichische Familieninstitut daran und wir haben die Daten schon übersendet und da geht es dann auch um Transparenz, dass eben diese Doppel- und Dreigleisigkeiten von Leistungen des Bundes und Leistungen der Länder in ein- und dergleichen Sache vermieden werden.

Wenn Du jetzt in der Präambel erwähnst, dass Kärnten 125 Euro pro Kind ausgibt und Oberösterreich auch viel mehr, dann muss man sagen, Du hast eh vorhin selber schon gesagt, Kärnten wissen wir eigentlich wo das geendet hat, also das möchte ich auch nicht als Vergleich nehmen. Allerdings was ich schon dazu sagen möchte, dass bei uns die familienbezogenen Leistungen nicht vollständig aufgegriffen wurden, denn sie stammen auch aus anderen Bereichen als aus meinem Familienreferat, zum Beispiel über die Wirtschaftsförderung werden Lehrlinge gefördert. Wohnbauförderung gibt es höhere Fördersätze bei Familien. In der Abteilung sechs gibt es die Jugendcard und das Semesterticket. In der Abteilung zwei der Hin- und Rückweg zur Schule wir noch einmal gesondert gefördert und auch die Nachmittagsbetreuung.

Insgesamt muss man sagen, dass nur Geldleistungen angeschaut wurden und wir zum Beispiel 93 % unserer Leistungen in die Kinderbetreuung in die institutionelle geben. ...

(Zwischenruf Abg. Schwaighofer: Das ist bei den anderen auch so!)

... Nein, bei den anderen ist es wesentlich weniger. Kärnten zum Beispiel hat nur 78 % in der institutionellen Kinderbetreuung und wir setzen wesentlich mehr auf Sachleistungen, vor allem auch auf Beratungsleistungen. Da ist also der Vergleich etwas hinkend.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström: Danke. Cyriak Schwaighofer, hast Du noch eine Unterfrage?

Abg. Schwaighofer: Ja natürlich. Zum einen ist es so, dass diese Empfehlungen des Rechnungshofes nicht an den Bund nur gerichtet werden, ...

(Zwischenruf Landesrätin Dr. Widmann: Hab ich auch nicht gesagt!)

... sondern es steht dezidiert drinnen die Empfehlungen gehen an den Bund und an die Bundesländer, die drei Bundesländer, die geprüft wurden, und es sind insgesamt zehn Empfehlungen, die sehr wohl auch für jedes Land dezidiert auch gelten. Eine konkrete Frage, ich möchte einen Punkt konkret machen, nämlich die soziale Bedürftigkeit als Anspruchsvoraussetzung. Das ist denke ich auch verwaltungsökonomisch vielleicht gar nicht sinnvoll, da unterschiedliche Einkommensgrenzen festzulegen. Ich sage nur ein Beispiel. Für fünf Leistungen in Salzburg, die eh in dem Bericht da drinnen aufgelistet sind, wird das Familieneinkommen herangezogen, aber es wird unterschiedlich berechnet. Bei den Schulveranstaltungen wird das 13. und 14. Gehalt nicht berücksichtigt, bei der Hausstandsgründung schon. Das ist für den Rechnungshof nicht nachvollziehbar, für mich auch nur schwer und wahrscheinlich für die Förderwerber auch nicht unkompliziert. Sinn müsste ja sein, die Dinge möglichst einfach zu machen, für jeden relativ klar und einfach ersichtlich. Daher frage ich, ob da nicht daran gedacht ist, das möglichst zu vereinheitlichen und in anderer Form allenfalls dann anderweitig nachzuhelfen.

Dann möchte ich nur noch ergänzend zu Deinen letzten Sätzen. Die Prüfung umfasst ja die familienbezogenen Leistungen außerhalb der institutionellen Kinderbetreuung. Daher spielen diese Prozentsätze ja da keine Rolle, so zumindest steht es auf dem Prüfbericht drauf und so habe ich ihn gelesen. Sie werden zwar angeführt die Aufwendungen für die Kinderbetreuung, aber da geht es offensichtlich um die familienbezogenen Leistungen außerhalb. So habe ich das verstanden. Aber meine Frage war jetzt dezidiert auf diese unterschiedliche Berechnung des Familieneinkommens, ob man das aufrecht erhalten will, weil es kann ja auch sein, dass das einfach in der Zeit entstanden ist, es hat etwas Neues gegeben und da hat man gesagt ok da machen wir es jetzt so, ob das sachlich wirklich nachhaltig begründet werden kann oder ob das abgeschafft wird.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström: Danke. Frau Landesrätin!

Landesrätin Dr. Widmann: Danke. Ich habe das vorhin versucht schon zu erklären, erstens einmal dass die Empfehlungen natürlich an die Länder auch gehen, ist ja ganz klar, das steht auch ganz deutlich drinnen, vor allem ich habe nur gesagt es hat keinen dezidierten Kritik-

punkt an Salzburg gegeben, wie zum Beispiel an Kärnten, da gibt es ganz klar, wird Kärnten erwähnt. Die Empfehlungen gelten für alle.

Ich habe versucht, das mit den verschiedenen Anspruchsgrundlagen eben so zu erklären, dass man versucht hat, dieses 13. und 14. Monatsgehalt, das hat deshalb den Grund das nicht in die Anspruchsvoraussetzung hineinzunehmen, um eben mehr mittelständige Familien in den Genuss dieser Schulförderung und Schulveranstaltungsförderungen kommen zu lassen, weil es eben sehr viele Kinder betreffen könnte. Bei den Hausstandsgründungen zum Beispiel hat man das 13. und 14. miteingerechnet, weil man eben sagt bei den Hausstandsgründungen sind es nur spezifische Gruppen, die das brauchen.

Es gibt genauso im Wohnbau in der Mindestförderung und bei den Schwangeren noch ganz verschiedene Anspruchsgrundlagen. Da sollte man sich vielleicht allgemein einmal überlegen, wenn es elektronisch möglich wäre, dass man den Einkommenssteuerbescheid bekommt, weil das würde alles sehr viel vereinfachen. Aber ich habe vorhin schon gesagt, ob das dann für die Familien zum Vorteil gereicht, das ist die Frage. Verwaltungstechnisch würde es sicher einiges bereinigen, da gebe ich Dir vollkommen Recht. Aber ob es immer zum Wohle der Familien ist, das ist zu hinterfragen.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström: Ich möchte darauf hinweisen wir haben für jede Anfrage dieses Mal fünfzehn Minuten, also wir haben noch ein paar Minuten, also bitte die Zeit einteilen.

Abg. Schwaighofer: Ich habe eine Frage, eine Zusatzfrage jetzt noch, die schon da drinnen auch behandelt wird, aber die sich auf diesen Bericht auch bezieht, der von Dir schon beantwortet wird. Bei den Hilfen für Frauen in Notsituationen haben wir in Salzburg vom Jahr 2009 auf das Jahr 2010 eine Steigerung um fast 100 % oder ich glaube um fast exakt 100 %. Wie erklärt sich das, dass innerhalb eines Jahres die Hilfe für Familien in Notsituationen so dramatisch angestiegen ist und die Frage dazu noch für mich: Wie schaut das für das Jahr 2011 aus, kann man da schon irgendetwas abschätzen? Das Ganze ist auf der Seite 14, ich kann auch die Beträge vorlesen. 2009 waren es 46.000 Euro und 2010 waren es 89.000 Euro, also fast doppelt so viele und mehr als 50 % mehr Familien. Gibt es dafür irgendeine Begründung, außer dass die Armut in Salzburg steigt?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström: Danke. Frau Landesrätin!

Landesrätin Dr. Widmann: Also ich bitte jetzt um Verständnis, dass ich zu den einzelnen Zahlen das nicht genau parat habe und würde das sehr gerne schriftlich nachweisen, wenn das gestattet wäre.

Abg. Schwaighofer: Gibt es eine Erklärung von Dir für die Tendenz?

Landesrätin Dr. Widmann: Von meiner Seite her gibt es keine Erklärung für das, dass das so extrem gestiegen ist.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström: Entschuldigung. Es gibt zwei Unterfragen, zwei Zusatzfragen. Du hast noch eine Frage offen, wenn Du willst und wir haben noch drei Minuten.

Abg. Schwaighofer: Gibt es eine Tendenz, das war der zweite Teil eigentlich meiner Frage. Insofern ist es keine neue Frage für 2011, die man ablesen kann. Steigt der Bedarf von in Not geratenen Familien oder wird das jetzt wieder besser, kann man da irgendetwas ablesen?

Landesrätin Dr. Widmann: Ich möchte das gerne schriftlich nachbringen, weil das habe ich nicht im Kopf ob der Bedarf steigt. Bei den Hausstandsgründungen wüsste ich es, da sinkt der Bedarf. Bei den Familien in Not werde ich schriftlich, wenn Du das erlaubst, nachreichen.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström: Danke. Du hast noch zwei Minuten zur Zusammenfassung, dann sind die 15 Minuten vorbei.

Abg. Schwaighofer: Für mich bleiben zwei Aspekte auf jeden Fall übrig aus diesem Bericht und auch aus dem Bericht der Landesrätin zur Familienförderung. Man muss sich sicher anschauen, warum steigt die Hilfe für Familien in Notsituationen so dramatisch an. Sollte das 2011 auch der Fall sein, dann glaube ich ist es dringend notwendig, genau hinzuschauen und zu überlegen was kann man von Landesseite hier tun, weil das kann nicht sein, dass in diesem sozialen Feld man diese Entwicklung einfach hinnimmt. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist: Kärnten habe ich selbst bewusst dann nicht als Beispiel genommen, aber es bleibt nach wie vor offen, dass Oberösterreich offensichtlich doppelt so viele familienbezogene Leistungen pro Kind, eine doppelt so hohe Summe muss man sagen pro Kind erbringt als Salzburg, und das weist unser Bundesland natürlich nicht unbedingt als besonders familienfreundlich aus. Und das bitte ich auch zu überdenken, weil das sind jene Felder, wo es letztendlich auch um die Kinder als Betroffene geht und da wird es darum gehen, dass man nicht hier die Sparstifte ansetzt, sondern dass man da eher versucht ein Vorbildland in diem Fall, nicht überall, aber in diesem Fall einem Vorbild nachzueifern. Danke.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström: Danke vielmals. Somit ist die erst mündliche Anfrage abgeschlossen. Wir kommen zur zweiten

6.2 Mündliche Anfrage von Abg. Dr. Karl Schnell an Frau Landeshauptfrau Mag. Gabi Burgstaller betreffend Blockadepolitik in der Landesregierung

Herr Klubvorsitzender, Du bist am Wort!

Abg. Dr. Schnell: Danke Frau Präsidentin. Liebe Frau Landeshauptfrau, liebe Gabi! Gegenüber dem ORF Salzburg hast Du am 6. September 2011 in einer Reaktion auf das soeben erschienene Buch „Vom Stillstand zum Widerstand - Zeit zum Wandel“ von Wolfgang Radlegger erklärt, dass sich die Parteien in der Koalition in Wien oft blockieren würden und Stillstand herrsche. Diese Blockade – hast Du gesagt - gäbe es auch bei uns in Salzburg übrigens.

Deshalb an Dich die Frage: In welchen Bereichen blockieren sich die in der Landesregierung vertretenen Parteien Deiner Meinung nach?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström: Danke. Frau Landeshauptfrau!

Landeshauptfrau Mag. Burgstaller: Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Ich bin mir ja nicht ganz so sicher, ob das eine ernstgemeinte Anfrage ist oder ob Du da wirklich interessiert bist Beispiele zu hören. Ich darf daran erinnern, die Diskussion ist in Österreich vor allem aufgetreten, weil die beiden Parteien der Bundesregierung sich allzu oft blockieren. Ich erinnere etwa an die Bildungspolitik, wo erst nach langem Diskutieren die neue Mittelschule aber auch nur eingeführt wurde für die Hauptschulen und ich erinnere auch an das modulare Oberstufensystem, das übrigens im akademischen Gymnasium, falls die Vertreterinnen noch da sind, sehr gut funktioniert. Nach dem Motto hü-hott ist es so, dass die SPÖ etwas vorschlägt und die ÖVP das dann leider wieder ablehnt. Mittlerweile ist allerdings die Diskussion sehr versachlicht, ist mein Eindruck. Ich hatte letzte Woche Gelegenheit, sowohl die Frau Bildungsministerin als auch den Bildungssprecher der ÖVP bei mir zu haben und das geht jetzt wieder einen besseren konstruktiven Weg. Auch in der Frage der Universitätspolitik geht meiner Meinung nach nichts weiter, weil man sich gegenseitig blockiert. Da ist auch bekannt, dass ich teilweise andere Ansätze verfolge als meine eigene Partei.

In der Bundesregierung ist es leider in vielen Fragen schon fast üblich geworden sich zu blockieren. Es wäre aber auch gelogen zu meinen in Salzburg gibt es da nicht. Ich finde das ist eine bedauerliche Erscheinung, weil wir eigentlich in Österreich ein System von Regierung und Opposition haben und nicht die Opposition in der eigenen Regierung haben sollten. Trotzdem kommt es immer wieder vor. Ein Beispiel, das ich nennen kann, ist die aktuelle Umfahrungsdebatte, wo wir einen klaren Regierungsbeschluss haben, dass es eine Umfah-

rung für Saalfelden geben wird nach Strasswalchen und trotzdem wird über Monate diskutiert über Alternativen, leider nicht mit uns, und versucht andere Reihungen durchzudrücken. Das halte ich für nicht besonders fair.

Ein Beispiel für mich, das mir auch wirklich ein Anliegen ist, ist die Verankerung des Klimaschutzes sowohl in der Verfassung als auch im Naturschutzgesetz. Da gibt es das Junktim das mit einer größeren Novelle zu verbinden. Ich sehe das aber nicht als Blockade, sondern als work in Progress und ich hoffe sehr, dass wir bald dafür eine entsprechende Vorlage bekommen, sodass wir den Klimaschutz auch im Naturschutzgesetz entsprechend verankern können.

Blockade ist schon einmal das politische Unwort gewesen im Jahr 1997, wird üblicherweise wie gesagt eher bei der Opposition zur Anwendung kommen oder auch zum Beispiel in Deutschland was den Bundesrat betrifft. Aus meiner Sicht ist es erforderlich, in der Politik Entscheidungen in der Regierung möglichst gemeinsam und wie vorgesehen zu treffen und daher lege ich auch Wert darauf, dass zum Beispiel unser Regierungsprogramm eingehalten wird, kann aber als prima inter pares nicht mehr tun, als das einzumahnen, weil wir ja das Prinzip der Einstimmigkeit haben. Das Prinzip der Einstimmigkeit ist zwar gut gemeint, aber ermöglicht eher etwas lange auszusetzen als zum Beispiel mehrstimmige Entscheidungen, wo klare Ergebnisse da sind.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström: Danke. Du hast noch zwei Unterfragen.

Abg. Dr. Schnell: Danke. Du hast in Wirklichkeit jetzt ja meine zwei Unterfragen auch schon beantwortet. Ich kann also bereits zusammenfassen. Es freut mich, auch von Dir einmal in der Öffentlichkeit zu hören, dass das, was ja viele andere auch behaupten, dass es eine Blockade teilweise eben leider gibt und Du hast auch die Gründe dieser Blockade teilweise genannt. Auch ich bin der Meinung, dass mit dem Abschaffen des Verhältniswahlrechtes und mit der Einführung des Einstimmigkeitsprinzipes – zumindestens in die Richtung geht es, wenn ich es richtig verstanden habe – eine Blockade erst ermöglicht wurde. Denn ich kann mich erinnern, als ich in der Regierung war und wir das Verhältniswahlrecht gehabt haben, sind die Themen mit differierenden oder divergierenden Meinungen da gewesen. Dann hat halt das Regierungsmitglied der FPÖ im Verhältniswahlrecht entschieden. Das ist relativ rasch gegangen, einmal so, einmal so. Genau das wurde nämlich mir damals immer, damals vom Landeshauptmann Schausberger als Blockierung in der Regierung vorgeworfen, was es eben gerade nicht war, weil ja von sich aus im demokratischen Sinn eine derartige Blockade gar nicht möglich war, wenn man das Verhältnis nicht dazu hat, dass man etwas blockieren kann. Danke für die Beantwortung.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström: Danke Herr Klubvorsitzender. Wir kommen zur dritten

6.3 Mündliche Anfrage der Abg. Dr. Rössler an Herrn Landesrat Sepp Eisl betreffend die Marke SalzburgerLand-Ei

Bitte Frau Abgeordnete!

Abg. Dr. Rössler: Meine Anfrage an Herrn Landesrat Eisl: Auf der Website des Landes und in offiziellen Aussendungen wird gerne das Image des Salzburger Bio-Landes und der "Öko-Region in Europa" gepflegt. Einer Meldung der Landeskorrespondenz vom 16. August ist zu entnehmen, dass Sie die Marke "SalzburgerLand-Ei" als einzigartige Marke wegen ihrer hervorragenden Qualität über alle Maßen loben. Tatsache ist jedoch, dass der weitaus überwiegende Teil dieser SalzburgerLand-Ei-Betriebe die Eier in Bodenhaltung herstellt. In der Liste der teilnehmenden Betriebe ist kein einziger Biobauer angeführt. Eier aus Bodenhaltung müssen mit der Kennzahl 2 gekennzeichnet werden, das ist seit dem Verbot der Käfighaltung die schlechteste Kategorie der Eierproduktion. Im Gegensatz zur Biofreilandhaltung können die Tiere in fensterlosen Stallungen und ohne jeglichen Auslauf gehalten werden, die Besatzdichte beträgt neun bis elf Tiere pro Quadratmeter.

Durch Ihr offizielles Auftreten für die Marke SalzburgerLand-Ei und durch Ihre Diktion entsteht jedoch der Eindruck, es handle sich um ein Produkt höchster Qualität. Dadurch entsteht eine massive Verwechslungsgefahr mit Bioeiern. In diesem Zusammenhang meine mündliche Anfrage:

Wie können Sie ausschließen, dass Ihre starke PR-Unterstützung, verstärkt durch den Markennamen "SalzburgerLand", nicht insgesamt zu einer Aufwertung der Eierproduktion aus Bodenhaltung und damit zu einer Schwächung des Absatzes und der Akzeptanz für Bio-Eier führt? Und ich schließe auch meine beiden Unterfragen gleich an. Wie können Sie sicherstellen, dass es durch Ihre PR-Aktivität nicht zu Verwechslungen mit der Bioqualität kommt? Und die zweite Unterfrage: Mit welchen Förderungen hat das Land Salzburg das SalzburgerLand-Ei direkt oder indirekt unterstützt?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström: Danke Frau Abgeordnete. Herr Landesrat!

Landesrat Eisl: Geschätzte Frau Abgeordnete! Hohes Haus!

Die Marke SalzburgerLand-Ei wurde als begleitende Unterstützung im Marketing zur in Salzburg viel früheren Umstellung von Käfighaltung auf Bodenhaltungsformen kreiert und entwi-

ckelt. Diese Entwicklung der eierproduzierenden Bauern wurde durch das Land Salzburg unterstützt. Es war auch notwendig zum damaligen Zeitpunkt etwas zu tun, denn zum damaligen Zeitpunkt beabsichtigten einige unserer wenigen Eierbauern aufgrund der bei uns zum damaligen Zeitpunkt wesentlich strengeren gesetzlichen Bestimmungen aus der Eierproduktion auszusteigen. Die Eierproduktion im Land Salzburg bzw der Selbstversorgungsgrad beträgt gerade 40 %, also sehr wenig, und aus diesem Grund sind wir bestrebt, die Eierbauern in der Eierproduktion auch in unserem Land zu halten und aus diesem Grund auch die entsprechende Unterstützung.

Die Marke SalzburgerLand-Ei kommuniziert in keiner Form, dass es sich hierbei um Bioeier handelt, sondern kommuniziert ausschließlich, dass es sich um Eier handelt, die im Land Salzburg unter den im Land Salzburg gültigen gesetzlichen Vorschriften produzierte Eier sind, das heißt dass die Vorteile kurze Wege, kein Sozial- und Lohndumping, geringere Emissionen usw, dass all diese Vorteile der Konsument hat, wenn er diese Eier kauft. Aus diesem Grund besteht auch keine Verwechslungsgefahr mit Bio, weil Bio in keiner Form da kommuniziert wird.

Zu den Unterfragen gleich noch. Wie gesagt die Frage Verwechslungsgefahr die besteht nicht. Zum Zweiten was ist an Förderung an die Initiative SalzburgerLand-Ei geflossen. Das waren im Juli 2011 € 3.000,--, im August 2010 waren es € 12.370,-- aus der Achse drei ländliche Entwicklung, das Jahr 2011 ist aus dem Landeshaushalt gekommen. Im Jahr 2010 Februar ist noch eine Förderung aus dem Land Salzburg € 5.000,-- gekommen und im Juli 2003 bis Juli 2006 im Rahmen Art. 33 Förderung, das ist wieder ländliche Entwicklung, € 12.586,-- in Summe, da sind EU-, Bundes- und Landesmittel im gesamten beisammen.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström: Danke Herr Landesrat. Gibt es noch Zusatzfragen?

Abg. Dr. Rössler: Bitte ja, und zwar zu dem angesprochenen Selbstversorgergrad mit 40 %. Das heißt natürlich, dass wir Eier, jede Menge, 60 % importieren müssen. Dazu kommt aber noch das Thema Flüssigei und Trockenei, wo ja auch die Kennzeichnung wesentlich schlechter noch ist. Ist da beabsichtigt, dass das Land Salzburg oder dass Sie hier initiativ werden, auch dieses Thema aufzugreifen und auch zum Thema Import und speziell auch von Eierprodukten etwas zu initiieren, dass die Qualität und die Kennzeichnung verbessert werden kann?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström: Danke. Herr Landesrat!

Landesrat Eisl: Zum Ersten: Frau Abgeordnete, ich glaube es ist wichtig, dass man die Menschen in keiner Irre führt und die Ausführungen in Ihrer Präambel, dass bei uns elf Hen-

nen pro Quadratmeter gehalten werden können, das stimmt nicht. Die gesetzliche Regelung ist bis neun Hühner pro Quadratmeter. Das ist einmal der eine Teil.

Der zweite Teil, genau deswegen haben wir das SalzburgerLand-Ei kreiert, damit der Konsument erkennen kann hier handelt es sich um Eier, die in Salzburg produziert worden sind, und nicht um Eier, die von irgendwoher kommen, wo wir in keiner Form die Produktionsbedingungen kennen bzw beeinflussen können. Das ist die Antwort, die das Land Salzburg darauf gegeben hat. Im übrigen meine Anregung war vielfach, dass zum Beispiel auch bei den Krankenanstalten das Land Salzburg SalzburgerLand-Eier einkaufen möge bzw vom Flüssigei Abstand nehmen möge. Es haben leider diese Bemühungen nicht gefruchtet, weil da dann von Seiten der anderen Ressortzuständigen andere Anweisungen gekommen sind.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström: Danke. Frau Abgeordnete, Du hast noch eine Zusatzfrage.

Abg. Dr. Rössler: Danke keine Zusatzfrage, nur die Zusammenfassung bitte. Die Zahl elf Tiere pro Quadratmeter habe ich abgeleitet aus den Projektangaben dieses neuen Projektes in Annaberg. Dort ist von 1.300 m² Stallfläche für 15.000 Tiere die Rede. Also ich habe das aus Projektdaten rausgerechnet, aber auch neun Tiere pro Quadratmeter ist eine Besatzdichte, eine Tierhaltung ohne Auslauf, es können fensterlose Stallungen sein. Also es gibt einfach aus den Haltungsbedingungen objektiv erhebliche Unterschiede und die Frage ist doch, wenn das Land Salzburg seinen Namen dafür in die Marke zulässt, und es heißt eben Salzburger Land, auch mit dem Schriftzug, der sehr ähnlich ist dem früheren Schriftzug auch auf den Web-Seiten des Landes, dass hier ein Eindruck entsteht mit Ihrem Auftreten dafür, als wäre es die beste Qualität und es gibt natürlich schon einen entscheidenden Unterschied zwischen Bioeiern, zwischen Biofreilandhaltung und zwischen Bodenhaltung. Ich sehe hier schon die Verwechslungsgefahr und werde auch gerne Ihre Anregung aufgreifen und einen entsprechenden Antrag einbringen, in punkto Import und auch auf EU-Ebene initiativ zu werden.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström: Danke Frau Abgeordnete. Somit kommen wir zur letzten

6.4 Mündliche Anfrage von Abg. Friedrich Wiedermann an Herrn Landesrat Sepp Eisl betreffend die Nachbesetzung von Dienstposten

Herr Abgeordneter, Du bist am Wort.

Abg. Wiedermann: Danke Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Landesrat!

Aufgrund der Neuwahl eines Mitgliedes der Landesregierung kam es auch zu personellen Veränderungen im Büro von Frau Landesrätin Mag. Schmidjell. Zwei Mitarbeiterinnen, die bislang in der Gesundheitsabteilung tätig waren, wechselten in das Regierungsbüro. Ich stelle deshalb an Sie folgende mündliche Anfrage:

Wie ist die allgemeine Vorgangsweise hinsichtlich der Nachbesetzung von Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern, die von der Landesverwaltung in ein Regierungsbüro wechseln? 1.1 Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Regierungsbüros waren zuvor in anderen Dienststellen der Landesverwaltung tätig? 1.2 Werden die beiden unbesetzten Dienstposten in der Landesverwaltung nachbesetzt, wenn ja, wann, wenn nein, warum nicht? Ich ersuche um Beantwortung.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström: Danke. Herr Landesrat!

Landesrat Eisl: Geschätzter Herr Abgeordneter! Frau Präsidentin! Werte Damen und Herren!

Zur ersten Frage: Bei Bedarf werden von den Regierungsmitgliedern im Einvernehmen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern solche Mitarbeiter der Landesverwaltung angefordert und dem Regierungsbüro zugeteilt. Ein entsprechender Dienstposten muss natürlich im Regierungsbüro dafür vorhanden sein bzw die Bedeckung gegeben sein.

Zur ersten Unterfrage: Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Regierungsbüros waren zuvor in anderen Dienststellen der Landesverwaltung tätig? So ist die Antwort dazu 33.

Zur Frage 1.2, ob die Dienstposten nachbesetzt werden. Ja das hängt zum Ersten einmal davon ab, ob die Dienstposten in der jeweiligen Abteilung frei sind. Wenn ja, hängt es natürlich noch davon ab, wie der Abteilungsleiter oder die Abteilungsleiterin diese Dienstposten ausschreibt. Aber wenn die Dienstposten frei sind, können sie auf jeden Fall ausgeschrieben und nachbesetzt werden, müssen aber vom jeweiligen Abteilungsleiter durch Ausschreibung angefordert werden.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström: Danke. Herr Abgeordneter, hast Du noch Zusatzfragen?

Abg. Wiedermann: Ja habe ich, Frau Präsidentin. Herr Landesrat, die beiden Mitarbeiterinnen, die vom ehemaligen Regierungsbüro und jetzt Regierungsbüro Landesrätin Schmidjell

abgelöst wurden – ich nenne es einmal abgelöst wurden – und wo eine Neubesetzung stattgefunden hat, ist Ihnen bekannt, wohin die beiden Mitarbeiterinnen dienstzugeteilt oder versetzt wurden? Wissen Sie, ob diese beiden Mitarbeiterinnen in der gleichen Verwendung wieder beschäftigt sind und die gleiche Entlohnung erhalten und kennen Sie auch die Gründe für eine andere Verwendung dieser beiden Mitarbeiterinnen?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström: Danke. Herr Landesrat!

Landesrat Eisl: Zum Ersten ich kenne die Gründe nicht. Es obliegt aber auch nicht mir, die Gründe da zu hinterfragen, sondern das ist eine Entscheidung der jeweiligen Mitarbeiter bzw auch der Regierungsmitglieder, welche Mitarbeiter sie haben und haben wollen. Eine Mitarbeiterin ist in das Landespressebüro gewechselt, die zweite Mitarbeiterin, Frau Landeshauptfrau, kannst Du mir da helfen, ich weiß es nicht auswendig.

Landeshauptfrau Mag. Burgstaller: Eine ist überhaupt ausgeschieden aus dem Landesdienst.

Landesrat Eisl: Eine ist ganz ausgeschieden und eine Mitarbeiterin ist in das Landespressebüro gewechselt. So wie ist die Regelung? Unter welchen finanziellen Verhältnissen geht das dann weiter? So haben wir versucht, generell eine Lösung zu haben, die dazu führt, dass Mitarbeiter, die aus Regierungsbüros ausscheiden, keine Schlechterstellung im Moment bekommen, aber dass diese Regelung eine einschleifende ist oder eine auslaufende ist, also eine sogenannte aufsaugende Regelung, die dazu führt, dass dann der jeweilige Dienstposten, der von dem Mitarbeiter dann besetzt wird, zum Schluss ausschlaggebend ist für das Gehalt.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström: Danke. Herr Abgeordneter, Du hast die Möglichkeit einer Zusatzfrage oder zur Zusammenfassung.

Abg. Wiedermann: Ja eine Zusatzfrage habe ich noch. Nachdem es ja hier um Menschen geht, Herr Landesrat, stellt sich natürlich schon die Frage, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in dem Regierungsbüro, die dann aufgrund welcher Umstände immer, irgendwohin anders wechseln müssen, sei es jetzt in Form einer Dienstzuteilung oder in Form einer Versetzung, dass diese Personen ja doch auch letztlich eine Rechtssicherheit über ihr Einkommen haben sollten, ihnen diese Rechtssicherheit auch zusteht. Ist gewährleistet, dass das auch passiert?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström: Herr Landesrat!

Landesrat Eisl: Herr Abgeordneter, das ist für Mitarbeiter, die mindestens drei Jahre im Regierungsbüro tätig sind, gegeben und gewährleistet.

Abg. Wiedermann: Ich bedanke mich für die Beantwortung der Fragen.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström: Danke. Somit haben wir den Tagesordnungspunkt sechs abgeschlossen. Zum

Punkt 7: Dringliche Anfragen

gibt es keine Anfragen. Damit entfällt dieser Punkt. Wir kommen zu

Punkt 8: Berichte und Anträge der Ausschüsse

Da wir noch Zeit bis halb eins haben, beginnen wir mit diesem Tagesordnungspunkt. Wie üblich verlese ich jetzt zuerst alle einstimmig angenommenen Berichte, bei denen keine Debatte angemeldet ist. Ich fasse das jetzt zusammen.

8.4 **Bericht** des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Riezler, Dr. Pallauf, Ing. Mag. Meisl und Mag. Rogatsch betreffend ein neues Behindertengesetz – Nr 36 der Beilagen

8.6 **Bericht** des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschusses zum Antrag der Abg. Dr. J. Sampl und Dr. Stöckl betreffend die schulische Nachmittagsbetreuung für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf - Nr 38 der Beilagen

8.7 **Bericht** des Ausschusses für Wirtschaft und Energie zum Antrag der Abg. Dr. Rössler und Schwaighofer betreffend ein Landesförderprogramm für Solarstromdächer auf Salzburger Schulen - Nr 39 der Beilagen

8.9 **Bericht** des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Ing. Mag. Meisl und Dr. Schlömicher-Thier betreffend die Verrechnung der Kosten für Behandlungen von PatientInnen aus anderen Bundesländern in Salzburger Spitälern - Nr 41 der Beilagen

8.14 **Bericht** des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht der Volksanwaltschaft an den Salzburger Landtag 2009 – 2010 - Nr 46 der Beilagen

8.15 **Bericht** des Petitionsausschusses zu den Beschlüssen des 1. SchülerInnen-Parlaments vom 27. Jänner 2011 und des 2. SchülerInnen-Parlaments vom 6. Juni 2011 – Nr 47 der Beilagen

Wer mit der Verabschiedung einverstanden ist dieser Punkte, die ich jetzt vorgelesen habe, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe! Somit einstimmig angenommen.

Ich rufe jetzt den Punkt

8.1 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Fischereigesetz 2002 geändert wird – Nr 33 der Beilagen

auf, und zwar ist hier das Abstimmungsverhältnis im Ausschuss gewesen SPÖ, ÖVP, FPÖ gegen Grüne. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Keine. Dann bitte ich um ein Handzeichen wer mit dem Bericht einverstanden ist. Danke. Gegenprobe! Gegen die Stimmen der Grünen. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

8.2 **Bericht** des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht der Landesregierung über den Nationalpark Hohe Tauern für die Jahre 2008, 2009 und 2010, insbesondere über die Gebarung des Salzburger Nationalparkfonds - Nr 34 der Beilagen

Dieser Punkt wurde einstimmig angenommen, aber es ist eine Debatte angemeldet. Gibt es dazu? Herr Abgeordneter Obermoser!

Abg. Obermoser: Frau Präsidentin, ich darf diesen Vier-Parteien-Abänderungsantrag vortragen und bitte diesen abstimmen zu lassen.

Bericht des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht der Landesregierung Nr 619 der Beilagen über den Nationalpark Hohe Tauern für die Jahre 2008, 2009 und 2010, insbesondere über die Gebarung des Salzburger Nationalparkfonds. Der Salzburger Landtag wolle beschließen, die Berichte über den Nationalpark Hohe Tauern für die Jahre 2008, 2009, insbesondere über die Gebarung des Salzburger Nationalparkfonds werden zur Kenntnis genommen. Ich bitte dies zu tun.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström: Danke Herr Abgeordneter. Herr Abg. Essl bitte!

Abg. Essl: Frau Präsidentin! Hohes Haus!

Ich muss von dieser Stelle aus schon die Regierungsmitglieder ermahnen, dass sie ihrer Pflicht, ihrer gesetzlichen Verpflichtung nach den verfassungsrechtlichen Bestimmungen der Geschäftsordnung auch Folge leisten. Dieser Bericht, Frau Landesrätin, der Nationalparkorganisation hat ja gezeigt, dass hier nicht nur ein Fehler passiert ist, sondern dass das Ganze von vorne bis hinten milde gesagt einfach ein kleiner Wahnsinn war, weil die anderen Berichte sind gar nicht gekommen, zwei Berichte verspätet und der dritte Bericht, der zeitgemäß gekommen ist, nicht einmal beschlossen worden ist in der Regierung. Ich ersuche Sie als Mitglied der Landesregierung, dass Sie einfach Ihrer gesetzlichen Kompetenz und Verantwortung gerecht werden. Danke. (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström: Danke. Gibt es dazu eine weitere Wortmeldung? Keine. Mir liegt der unterschriebene Vier-Parteien-Abänderungsantrag zu Nummer 34 vor und ich ersuche um Abstimmung wer für diesen Abänderungsantrag ist. Gegenstimmen? Keine. Somit einstimmig angenommen und wir werden den Bericht 2010 noch einmal behandeln. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

8.3 **Bericht** des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht der Landesregierung zum Jahresbericht über den Salzburger Gesundheitsfonds (SAGES) gemäß § 26 SAGES-Gesetz betreffend das Jahr 2010 - Nr 35 der Beilagen

Dieser Bericht, hier wurde dieser Punkt im Ausschuss auch einstimmig angenommen, aber es ist eine Debatte angemeldet. Keine Debatte. Damit ersuche ich um Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 8.3. Wer ist für den Bericht? Gegenstimmen? Keine. Einstimmig. Danke. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

8.5 **Bericht** des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschusses zum Antrag der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann betreffend das Modulsystem in der Oberstufe und das Aufsteigen mit zwei/drei Nicht genügend - Nr 37 der Beilagen

Im Ausschuss wurde dieser Tagesordnungspunkt mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP, Grüne gegen die FPÖ abgestimmt und es ist eine Debatte der FPÖ angemeldet. Gibt es dazu einen Wunsch? Nicht. Dann ersuche ich um Abstimmung. Wer ist für den vorliegenden Bericht, den ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenstimmen? SPÖ, ÖVP, Grüne gegen die FPÖ. Danke vielmals. Wir kommen zu

8.8 **Bericht** des Ausschusses für Raumordnung, Umweltschutz und Verkehr zum Antrag der Abg. Steidl, Dr. Solarz, Mag. Hagenauer und Kosmata betreffend die Schaffung einer S-Bahn Haltestelle im Bereich der Gartenstadt Aigen - Nr 40 der Beilagen

Der Bericht aus dem Ausschuss wurde mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP, FPÖ gegen die Grünen abgestimmt. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Keine. Dann ersuche ich um Abstimmung des Berichtes. Wer für den vorliegenden Bericht stimmt, bitte ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Gleiches Abstimmungsverhältnis wie im Ausschuss. SPÖ, ÖVP, FPÖ gegen Grüne.

8.10 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Mag. Rogatsch und Dr. Kreibich betreffend eine Novellierung des Landessicherheitsgesetzes - Nr 42 der Beilagen

Dieser Punkt wurde im Ausschuss folgendermaßen abgestimmt: SPÖ, ÖVP, FPÖ gegen Grüne. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Keine. Dann ersuche ich um Abstimmung. Wer für den vorliegenden Bericht stimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Danke. SPÖ, ÖVP, FPÖ gegen Grüne.

8.11 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann betreffend die Schaffung eines Bundesgesetzes über die Kostentragung der Suche und Beseitigung von Kriegsrelikten – Nr 43 der Beilagen

Dieser Punkt wurde einstimmig im Ausschuss angenommen. Es ist aber eine Debatte angekündigt. Keine Debatte. Damit kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Bericht ist bitte um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Keine. Somit einstimmig angenommen.

8.12 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Schwaighofer und Dr. Rössler betreffend die Abschaffung der zusätzlichen Parteienförderung für Bundesräte im Land Salzburg - Nr 44 der Beilagen

Hier war folgendes Abstimmungsverhältnis im Ausschuss. SPÖ, ÖVP gegen FPÖ und Grüne. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Keine. Dann ersuche ich um Abstimmung. Wer für den vorliegenden Bericht stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gibt es dazu Gegenstimmen? SPÖ, ÖVP gegen FPÖ und Grüne.

8.13 **Bericht** des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht des Landesrechnungshofes betreffend Landesabgabenamt - Nr 45 der Beilagen

Abstimmungsverhältnis im Ausschuss SPÖ, ÖVP, FPÖ gegen Grüne. Gibt es eine Wortmeldung? Keine. Ich ersuche um Abstimmung des vorliegenden Berichts. Wer für den Bericht ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Entschuldigung, noch einmal, ich habe es nicht gesehen. OK. Danke. Damit gleiches Abstimmungsverhältnis wie im Ausschuss. SPÖ, ÖVP, FPÖ gegen Grüne.

Somit haben wir diesen Tagesordnungspunkt abgeschlossen und wir kommen zu

Punkt 9: Beantwortung schriftlicher Anfragen

Es wurden keine Debatten angemeldet. Somit sind diese erledigt. Keine Debatten angemeldet. Ah, Entschuldigung, ich habe hier etwas vor mir liegen, das ein bisschen anders aussieht. Es sind zu folgenden Punkten keine Debatten angemeldet, und zwar zu

9.1 **Anfrage** der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 30. Juni 2011 - Nr 48 der Beilagen

9.2 **Anfrage** der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. Juli 2011 - Nr 49 der Beilagen

9.3 **Anfrage** der Abg. Dr. Rössler und Schwaighofer an die Salzburger Landesregierung betreffend die Umsetzung des Staatsziels Gender Budgeting im Landeshaushalt - Nr 50 der Beilagen

9.4 **Anfrage** der Abg. Dr. Rössler und Schwaighofer an die Salzburger Landesregierung betreffend die behördliche Vorgangsweise im Falle eines Hundebisses - Nr 51 der Beilagen

9.5 **Anfrage** der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung betreffend Mobbing und andere Diskriminierungen in der Landesverwaltung - Nr 52 der Beilagen

9.6 **Anfrage** der Abg. Dr. Rössler und Schwaighofer an Landeshauptfrau Mag. Burgstaller betreffend EU-Vertragsverletzungsverfahren - Nr 53 der Beilagen

9.9 **Anfrage** der Abg. Dr. Rössler und Schwaighofer an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haslauer betreffend die Verkehrslösung beim geplanten Salzachkraftwerk Gries - Nr 56 der Beilagen

9.11 **Anfrage** der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haslauer - betreffend die Restitution von Kunstwerken - Nr 58 der Beilagen

9.12 **Anfrage** der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haslauer - betreffend den Schutz der Gasteiner Thermalquellen - Nr 59 der Beilagen

9.15 **Anfrage** der Abg. Schwaighofer und Dr. Rössler an Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner betreffend Kunst und Bau - Nr 62 der Beilagen

9.18 **Anfrage** der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landesrat Eisl betreffend das Bienensterben im Bundesland Salzburg - Nr 65 der Beilagen

9.19 **Anfrage** der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Eisl - betreffend den Schutz der Gasteiner Thermalquellen - Nr 66 der Beilagen

9.21 **Anfrage** der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Eisl - betreffend Mobbing und andere Diskriminierungen in der Landesverwaltung - Nr 68 der Beilagen

9.25 **Anfrage** der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landesrätin Dr. Widmann betreffend Schließzeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen – Nr 72 der Beilagen

9.26 **Anfrage** der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landesrätin Dr. Widmann betreffend die Unterstützung von START und des Österreichischen Integrationsfonds - Nr 73 der Beilagen

9.29 **Anfrage** der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Mag. Schmidjell-Esterbauer - betreffend die Situation in den Jugendämtern - Nr 76 der Beilagen

Dann rufe ich die restlichen Anfragen auf, und zwar

9.7 **Anfrage** der Abg. Dr. Schöchler und Dr. Kreibich an Landeshauptfrau Mag. Burgstaller betreffend Vorsitz Landeshauptmann-Konferenz - Nr 54 der Beilagen

Hier ist eine Debatte angemeldet. Wird das Wort gewünscht?

Abg. Mag. Rogatsch: Zurückgezogen.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström: Danke.

9.8 **Anfrage** der Abg. Dr. Rössler und Schwaighofer an Landeshauptfrau Mag. Burgstaller betreffend die Neuanschaffung von Dienstwägen - Nr 55 der Beilagen

Debatte angemeldet. Keine.

9.10 **Anfrage** der Abg. Mag. Eisl und Kosmata an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haslauer betreffend den Ausbau S-Bahn Nord-Ost-Ast (S-Bahn zwischen Salzburger Hauptbahnhof und Straßwalchen) - Nr 57 der Beilagen

Angemeldet von der SPÖ. Keine.

9.13 **Anfrage** der Abg. Dr. Stöckl und W. Ebner an Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner betreffend die Sportförderung im Land Salzburg - Nr 60 der Beilagen

ÖVP.

Abg. Mag. Rogatsch: Nein danke.

9.14 **Anfrage** der Abg. Dr. Schöchler und Dr. Pallauf an Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner betreffend den Kunstpavillon „White Noise“ - Nr 61 der Beilagen

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström: ÖVP.

Abg. Mag. Rogatsch: Zurückgezogen.

9.16 **Anfrage** der Abg. Ök.-Rat Illmer, Dr. Kreibich und Dr. Stöckl an die Landesregierung - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner - betreffend die gesetzlichen und administrativen Rahmenbedingungen zur thermischen Sanierung und zur Herstellung eines barrierefreien Zugangs zu den landeseigenen Gebäuden im Geltungsbereich des Altstadterhaltungsgesetzes und des Denkmalschutzgesetzes - Nr 63 der Beilagen

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström: ÖVP.

Abg. Mag. Rogatsch: Zurückgezogen.

9.17 **Anfrage** der Abg. Mag. Eisl und Dr. Solarz an Landesrat Eisl betreffend die Kontrolle von landwirtschaftlichen, tierhaltenden Betrieben in Salzburg - Nr 64 der Beilagen

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström: SPÖ.

9.20 **Anfrage** der Abg. J. Ebner und Ing. Mag. Meisl an Landesrat Eisl betreffend die Förderung des ländlichen Verkehrsnetzes - Nr 67 der Beilagen

SPÖ.

9.22 **Anfrage** der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Eisl - betreffend die Situation in den Jugendämtern - Nr 69 der Beilagen

SPÖ und FPÖ.

9.23 **Anfrage** der Abg. Ök.-Rat Illmer, Dr. Kreibich und Dr. Stöckl an die Landesregierung - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Dr. Widmann - betreffend die gesetzlichen und administrativen Rahmenbedingungen zur thermischen Sanierung und zur Herstellung eines barrierefreien Zugangs zu den landeseigenen Gebäuden im Geltungsbereich des Altstadterhaltungsgesetzes und des Denkmalschutzgesetzes - Nr 70 der Beilagen

ÖVP.

9.24 **Anfrage** der Abg. Pfatschbacher und Riezler an Landesrätin Dr. Widmann betreffend die Kinderbetreuung im Bundesland Salzburg - Nr 71 der Beilagen

SPÖ.

9.27 **Anfrage** der Abg. Ottenbacher und Dr. Pallauf an Landesrätin Mag. Schmidjell-Esterbauer betreffend die Kampagne "Mehr Lebensqualität für Senioren in Salzburg" - Nr 74 der Beilagen

ÖVP.

9.28 **Anfrage** der Abg. Mag. Rogatsch und Ottenbacher an die Landesregierung - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Mag. Schmidjell-Esterbauer - betreffend eine beabsichtigte Zentralisierung bei der Pflegeausbildung - Nr 75 der Beilagen

ÖVP.

Abg. Mag. Rogatsch: Zurückgezogen.

9.30 **Anfrage** der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landesrätin Mag. Schmidjell-Esterbauer betreffend Fallzahlenentwicklung in der Mindestsicherung - Nr 77 der Beilagen

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström: FPÖ. Zurückgezogen. Damit ist auch dieser Tagesordnungspunkt abgeschlossen und wir gehen in die Mittagspause bis 14:00 Uhr. Wir treffen uns im Ausschuss um 14:00 Uhr. Danke vielmals.

(Unterbrechung der Sitzung: 11:55 bis 16:30 Uhr)

Präsident Ök.-Rat Illmer (nimmt die unterbrochene Sitzung wieder auf): Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf und es geht weiter mit der zweiten Ergänzung der Tagesordnung. Berichte und Anträge der Ausschüsse. Punkt

8.16 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Schulorganisations-Ausführungsgesetz 1995 geändert wird - Nr 116 der Beilagen

wurde im Ausschuss einstimmig angenommen. Wer mit der Einstimmigkeit einverstanden ist, bitte ein Zeichen mit der Hand zu geben. Punkt 8.16 einstimmig angenommen. Wir kommen zu Punkt

8.17 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz über allgemeine Bestimmungen zur Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie im Land Salzburg (Salzburger Allgemeines Landesdienstleistungsgesetz – S.ALDG) - Nr 117 der Beilagen

Wurde im Ausschuss mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen FPÖ und Grüne abgestimmt. Wer mit dem Stimmverhalten einverstanden ist, bitte ein Zeichen mit der Hand zu

geben. Danke. Wer ist dagegen? Wie im Ausschuss. SPÖ und ÖVP gegen FPÖ und Grüne angenommen. Wir kommen zu Punkt

8.18 **Bericht** des Ausschusses für Europa, Integration und regionale Außenpolitik zum Dringlichen Antrag der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann betreffend die Ablehnung des "Europäischen Stabilitätsmechanismus" - Nr 118 der Beilagen

Hier wurde im Ausschuss folgendes Stimmverhalten SPÖ, ÖVP, Grüne dafür, FPÖ dagegen. Wer ist für diesen Antrag, bitte ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke. Gegenstimmen? So wie im Ausschuss. SPÖ, ÖVP und Grüne gegen FPÖ der Bericht zur Kenntnis genommen. Wir kommen zu Punkt

8.19 **Bericht** des Ausschusses für Wirtschaft und Energie zum Dringlichen Antrag der Abg. Dr. Rössler und Schwaighofer betreffend die Unterstützung der BürgerInnen und Gemeinden durch das Land Salzburg im Genehmigungsverfahren zur 380-kV-Leitung - Nr 119 der Beilagen

Hier wurde punktweise abgestimmt. Punkt eins und zwei wurden mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen FPÖ und Grüne abgestimmt. Ich lasse Punkt eins und zwei abstimmen. Wer ist für diese Punkte? Wie abgestimmt im Ausschuss. SPÖ und ÖVP dafür und FPÖ und Grüne dagegen. Punkt eins ist der Antrag, Punkt zwei Bericht zur Kenntnis, wurden beide mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP gegen FPÖ und Grüne abgestimmt. Bitte um die Abstimmung Punkt 8.19 Punkt eins und zwei. Wer ist wie im Ausschuss für die Kenntnisnahme dieses Punktes? SPÖ und ÖVP. Es stimmt schon, aber machen wir es einzeln. Noch einmal zurück.

Ich lasse den Punkt eins abstimmen. Punkt eins war der Antrag ist abgelehnt mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen FPÖ und Grüne. Bitte den Punkt eins abstimmen. Wer ist für den Punkt Antrag wurde abgelehnt? Wer ist dagegen? Somit ist dieser Antrag wurde abgelehnt mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP gegen FPÖ und Grüne angenommen.

Der Punkt zwei Bericht zur Kenntnis, wer ist für Bericht zur Kenntnis? Wer ist dagegen? SPÖ und ÖVP dafür, FPÖ und Grüne dagegen.

Jetzt komme ich zu Punkt drei und vier des Antrages. Das ist der FPÖ-Zusatzantrag. Dieser wurde im Ausschuss einstimmig angenommen. Wer ist für Punkt drei, bitte ein Zeichen mit der Hand? Damit ist der Punkt drei und vier einstimmig angenommen. Das gleiche Stimmverhalten wie im Ausschuss.

Somit sind wir am Ende der Tagesordnung angelangt. Damit schlieÙe ich die Sitzung und berufe die nächste Sitzung für Mittwoch, 9. November 2011, ein und wünsche allen Damen und Herren noch einen schönen Abend. Danke. Die Sitzung ist geschlossen.

(Ende der Sitzung: 16:33 Uhr)

**Trauerkundgebung
für
verstorbenen Herrn Landtagspräsidenten aD Ing. Georg Griessner
Bürgermeister aD der Gemeinde Bruck an der Glocknerstraße**

**Donnerstag, 29. September 2011, 10:00 Uhr, Sitzungssaal des
Salzburger Landtages, Chiemseehof**

Programm

Bundeshymne

Johann Sebastian Bach: "Jesu, mein Herzens Freud"

Landtagspräsident Ök.-Rat Simon Illmer: Nachruf auf verstorbenen Herrn Landtags-
präsidenten aD Ing. Georg Griessner

Johann Sebastian Bach: "Wachet auf"

Generalvikar Prälat Dr. Hansjörg Hofer, Erzdiözese Salzburg: Worte des Gedenkens mit Se-
gensgebet

Johann Sebastian Bach: "Sheep may Safely Graze"

Dank

Landeshymne

Ausführende:

Brass Quintett Paris Lodron-Ensemble

Reinhold Wieser, Trompete

Gerold Weinberger, Trompete

Andreas Stopfner, Horn

Christian Hörbiger, Posaune

Jürgen Holzer, Tuba

**Nachruf auf verstorbenen Landtagspräsidenten Ing. Georg Griessner,
Bürgermeister der Gemeinde Bruck an der Glocknerstraße**

von

Landtagspräsident Ök.-Rat Simon Illmer

am

Donnerstag 29. September 2011, 10:00 Uhr,

im

Sitzungssaal des Landtages, Chiemseehof

I.

Und wir alle glaubten, wir hätten noch so viel Zeit. Aber es kam anders. Alles hat seine Zeit, die Zeit der Liebe, der Freude und des Glücks, die Zeit der Sorgen und des Leids. Und es gibt auch eine Zeit der Stille, eine Zeit des Schmerzes und der Trauer. Uns bleibt jetzt die Zeit der dankbaren Erinnerung. Mit diesen Gedanken eines abgewandelten Dichterwortes möchte ich die Trauerkundgebung für verstorbenen Herrn Landtagspräsidenten und Bürgermeister der Gemeinde Bruck an der Glocknerstraße außer Dienst Ing. Georg Griessner einbegleiten.

II.

Wie kann, wie soll ich einen Nachruf für einen verstorbenen Politiker beginnen? Viele, ja praktisch alle, die hier anwesend sind, haben Georg Griessner gekannt. Und wer ihn wirklich gekannt hatte, der hat heute noch seine, wie gestochene Handschrift, vor Augen, in Erinnerung. Vielleicht ist das der richtige Einstieg – die Prägung der Zeit durch einen Menschen, die Handschrift, die der Verstorbene hinterlässt.

III.

Knapp zehn Jahre nach dem Tod seines Vorgängers in der Funktion als Landtagspräsident, ja vorher auch als Klubobmann der ÖVP im Salzburger Landtag ist Georg Griessner am 23. September 2011 nach langem, schweren Leiden im 64. Lebensjahr verstorben. Die Prägung seinerzeit, die Handschrift, die er hinterlässt, lässt sich in drei Bereichen sehr klar nachvollziehen:

Das sind die Person und die Familie, das ist der Beruf und das ist die Politik.

IV.

Die Person und die Familie:

Georg Griessner wurde selbst in eine kinderreiche Bauernfamilie – er hatte fünf Geschwister – am 28. Februar 1948 hineingeboren. Er kannte das karge und harte Leben auf dem Bauernhof. Und er hat sein Leben mit seiner Gattin Hilde wieder an vier Kinder weitergegeben. Und er war auch gerne Großvater von sieben Enkelkindern. Die Prägung, die hier gesetzt wurde, war ein starker Familiensinn, getragen von seiner christlichen Überzeugung und vom Glauben. Seine Sorge galt seiner Gattin und seinen Kindern. Aus vielen persönlichen Erzählungen weiß ich, wie sehr und wie gerne er Anteil an der so guten und dynamischen Entwicklung seiner Familie nahm.

Mit dem Persönlichkeitsbild von "Schorsch" Griessner ist der Sportler in ihm untrennbar verbunden. Zum Bergsteigen und Radfahren zählte die körperliche Fitness. "Schorsch" Griessner gewann zwei Mal Gold und einmal Bronze bei Europameisterschaften der Eisstockschießen und er erlangte auch den Europarekord im Weitstockschießen.

V.

Der Beruf:

Selbst aus einer Bauernfamilie stammend – absolvierte Georg Griessner zuerst die landwirtschaftliche Fachschule in Bruck von 1964 bis 1966, besuchte die Höhere Bundeslehranstalt für Alpenländische Landwirtschaft in Ursprung-Elixhausen von 1966 bis 1970, wo er auch die Reifeprüfung ablegte. Anschließend kam die pädagogische Ausbildung zum landwirtschaftlichen Fachlehrer in Ober Sankt Veit. Sein Beruf war der des Landwirtschaftslehrers. Er erreichte schlussendlich über verschiedene Stationen die Funktion des Landesschulinspektors der landwirtschaftlichen Fachschulen in Salzburg. Auch hier kamen ihm Herkunft und Neigung entgegen. Persönliches Interesse und Engagement prägten seinen beruflichen Lebensweg genauso wie Konsequenz und Klarheit in der Aufgabenwahrnehmung. Abermals kommt das alles in seiner klaren Handschrift zum Ausdruck.

VI.

Die Politik:

Früh bereits, mit 26 Jahren wurde Georg Griessner im Jahr 1974 Gemeinderat und war von 1978 bis 1988 Bürgermeister der Gemeinde Bruck an der Glocknerstraße. Wie eng Gemeinde- und Landespolitik miteinander verbunden sind, beweist der Umstand, dass der Verstorbene bereits 1979 in den Salzburger Landtag gewählt wurde.

Er gehörte diesem bis 28. April 2004 durch 25 Jahre hindurch an, davon in der Zeit von 1996 bis 2001 als ÖVP-Klubobmann und von 24. Oktober 2001 bis 28. April 2004 als Landtagspräsident.

Was bleibt vom Politiker Griessner? Es bleibt uns in Erinnerung, dass Georg Griessner durchgehend die Funktion als Sozialsprecher seines Landtagsklubs wahrgenommen hatte. Bedürfte es eines Beweises für das soziale Engagement, dann müsste man etwa sein Engagement für das Ausbildungszentrum in Unken-Oberrain nennen.

Weiters hat er in er Alltagsarbeit die Idee des Nationalparks Hohe Tauern auch in kritischen Zeiten in seinem Bezirk, dem Pinzgau, hochgehalten, verteidigt sowie dazu beigetragen und geholfen, diese Idee populär zu machen; unter die Leute zu bringen, sie auch etwa besonders bei den Bauern akzeptabel zu machen und Widerstände zu überwinden. Die Erfolgsgeschichte des Nationalparks Hohe Tauern war nicht selbstverständlich. Man kann sich das heute kaum vorstellen.

In die Zeit seines politischen Engagements fallen ein neues Tierschutzgesetz 1998 sowie große Raumordnungsgesetznovellen 1992 und 1998 oder das Investitionsbeschleunigungsgesetz. Nicht vergessen möchte ich die Last der Arbeit als Klubobmann durch die Landesverfassungsänderung 1999, wodurch der Regierungsproporz abgeschafft wurde. In der Folge hat er auch eine Geschäftsordnungsreform betrieben und getragen. Durch diese wurden parlamentarischen Minderheiten neue Rechte zuerkannt. Die politische Arbeit könnte man mit einer Schlagzeile der Salzburger Nachrichten vom 6. Oktober 2001 anlässlich der damals bevorstehenden Wahl zum Landtagspräsidenten zusammenfassen und charakterisieren: "Der Neue will keine Tricks."

Für mich bleibt der Name Georg Griessner unauslöschlich mit Aufrichtigkeit, Mut zur Wahrheit, Geradlinigkeit und Fairness verbunden. Seine klare und schnörkellose Handschrift sollte der Politik gerade in der heutigen Zeit ein Vorbild sein.

VII.

Ich danke den zahlreich erschienen Persönlichkeiten aus Politik und öffentlichem Leben. Ihnen allen gilt mein herzlicher Gruß. Für die Landesregierung begrüße ich Frau Landeshauptfrau Mag. Gabi Burgstaller, Herrn Landeshauptmann Stellvertreter Dr. Wilfried Haslauer und Landesrat Sepp Eisl sowie Herrn Landeshauptmann aD Univ.-Prof. Dr. Franz Schausberger.

Für das Land Tirol erweist Herr Landtagspräsident DDr. Herwig van Staa dem Verstorbenen mit seinem Erscheinen die letzte Ehre.

Für die SPÖ begrüße ich Herren Abgeordneten Walter Steidl und die mit ihm erschienenen Abgeordneten des SPÖ Landtagsklubs.

Für die ÖVP Frau Klubobfrau Abgeordnete Mag. Gerlinde Rogatsch mit dem gesamten Landtagsklub und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern;

Für die FPÖ begrüße ich die Herren Abgeordneten Lukas Essl, Friedrich Wiedermann und Ernst Rothenwänder;

Für die Grünen hat Herr Abgeordneter Cyriak Schwaighofer die Teilnahme am Begräbnis in Bruck angesagt, und sich für die Trauerkundgebung entschuldigt.

Für alle Damen und Herren Abgeordneten dieses Hauses außer Dienst begrüße ich stellvertretend namentlich Herrn Landtagspräsidenten aD Johann Holztrattner.

Stellvertretend für den gesamten Landesdienst begrüße ich Herrn Landesamtsdirektor Hofrat Dr. Heinrich-Christian Marckhgott. Mein Dank gilt auch Herrn Generalvikar Prälat Dr. Hansjörg Hofer sowie den Musikern des Brassquintetts Paris Lodron.

VIII.

Ich komme wieder an den Anfang meines Zitates. Alles hat seine Zeit. Alles hat auch die Zeit der dankbaren Erinnerung. Das Mitgefühl gilt seiner Gattin Hilde und der großen Familie. Der Salzburger Landtag wird dem Vestorbenen stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Ende der Trauerkundgebung:

Ich lade alle ein, sich in das Kondolenzbuch einzutragen, welches ich zu gegebener Zeit Frau Hilde Griessner übergeben werde. Mit der Landeshymne ist die Trauerkundgebung beendet.

Dieses Protokoll wurde
am **9. November 2011**
in der Sitzung des Salzburger Landtages
genehmigt.

Der Präsident:

Die Schriftführerin: